

# **Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Duisburg zum 31.12.2018**



## **Inhaltsverzeichnis**

<b>I</b>	<b>Allgemeines</b>	<b>1</b>
<b>II</b>	<b>Grundsätzliche Feststellungen</b>	<b>3</b>
1	Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Oberbürgermeisters	3
2	Weitere grundsätzliche Feststellungen und Empfehlungen	10
<b>III</b>	<b>Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung</b>	<b>11</b>
1	Gegenstand der Prüfung	11
2	Art und Umfang der Prüfung	11
<b>IV</b>	<b>Erläuterungen und Feststellungen zur Gesamtabchlussrechnungslage</b>	<b>13</b>
1	Vorjahresabschluss	13
2	Konsolidierungskreis und Gesamtabchlussstichtag	13
3	Gesamtabchlussrichtlinie	14
4	Konsolidierungssoftware	15
5	Saldenabstimmung	16
6	Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabchluss einbezogenen Abschlüsse	18
7	Ordnungsmäßigkeit des Gesamtabchlusses	22
<b>V</b>	<b>Bestätigungsvermerk</b>	<b>25</b>
	<b>Anlagen</b>	<b>28</b>
<b>Anlage 1</b>	<b>Gesamtbilanz</b>	
<b>Anlage 2</b>	<b>Gesamtergebnisrechnung</b>	
<b>Anlage 3</b>	<b>Gesamtanhang</b>	
<b>Anlage 4</b>	<b>Gesamtlagebericht</b>	

## Abkürzungsverzeichnis

DRS	Deutsche Rechnungslegungs Standards
DUSport	DuisburgSport
DVV-Konzern	Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH
GEBAG	GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH
GemHVO NRW	Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
GO NRW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GPA NRW	Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen
HGB	Handelsgesetzbuch
Handreichung	NKF in Nordrhein-Westfalen, Handreichung für Kommunen, 7. Auflage (Oktober 2016)
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
IMD	Immobilien-Management Duisburg
KomHVO NRW	Kommunalhaushaltsverordnung NRW
MHKBG	Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung
MIK	Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
IKS	Internes Kontrollsystem
KB	Kommunalbilanz
vAB	verselbständigte Aufgabenbereiche
WBD-AöR	Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt öffentlichen Rechts
WLM	Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum

## **I Allgemeines**

Der Gesamtabchluss zum Stichtag 31.12.2018 wurde nach den Vorschriften der im Jahr 2018 gültigen Gesetze und Rechtsverordnungen aufgestellt. Durch das 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz NRW (2. NKFVG NRW) erfolgte zum 01.01.2019 eine umfangreiche Gesetzesänderung. Davon besonders betroffen sind die Vorschriften in der GO NRW.

Weiterhin wurde zum 01.01.2019 die Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) durch die Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) ersetzt. Die gesetzlichen Regelungen der KomHVO NRW werden demnach erstmalig für die Aufstellung und Prüfung des Gesamtabchlusses 2019 angewendet. Für die Prüfung des vorliegenden Gesamtabchlusses 2018 gelten letztmalig die Vorschriften der GemHVO NRW.

Mit Erlass vom 15.02.2019 hat das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG) des Landes Nordrhein-Westfalen u. a. die genauere Anwendung der neuen Vorschriften der GO NRW für den Gesamtabchluss vor dem Stichtag 31.12.2019 geregelt. Die Vorschriften zum Prüfungsmaßstab (materielle Prüfung) sind erstmals auf den zum 31.12.2019 zu erstellenden Gesamtabchluss anzuwenden. Bis dahin gelten die Gemeindeordnung NRW in ihrer alten Fassung (GO NRW). Für die Vorschriften zum Verfahren und dem Vorgehen bei der Prüfung (formelle Prüfung) hingegen ist die Gemeindeordnung NRW in der neuen Fassung (GO NRW) anzuwenden.

Die Aufstellung und Prüfung des Gesamtabchlusses, der dem Konzernabschluss in der Privatwirtschaft entspricht, erfolgt nach kommunal- und privatrechtlichen Regelungen wie der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), der Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) und dem Handelsgesetzbuch in der „alten“ Fassung vom 25.05.2009 (HGB (a. F.)). In § 116 GO NRW wird präzisiert, aus welchen Komponenten ein Gesamtabschluss besteht und welche verselbständigten Aufgabenbereiche (vAB) in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form (u. a. eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, GmbH, Stiftungen) einzubeziehen sind, um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragsgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln. Er soll somit Rechenschaft über die tatsächliche Aufgabenerledigung und die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde unter Einbeziehung der vAB ablegen. Zur eigentlichen Konsolidierung sind die nach § 50 GemHVO NRW anzuwendenden Regelungen des HGB (a. F.) maßgeblich.

Der Gesamtabschluss ist nach § 59 Abs. 3 GO NRW i. V. m. § 102 Abs. 11 GO NRW vom Rechnungsprüfungsausschuss zu prüfen. Dieser bedient sich zur Durchführung der Prüfung der örtlichen Rechnungsprüfung (§ 4 Abs. 2 Buchstabe d der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Duisburg). Die Prüfung erfolgt dahingehend, ob der Gesamtabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragsgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) ergibt und ob die gesetzlichen Vorschriften

und sie ergänzende ortsrechtliche Bestimmungen oder sonstige Satzungen beachtet worden sind. In die Prüfung des Gesamtabchlusses ist die Buchführung einzubeziehen (§ 102 Abs. 3 GO NRW).

Der Gesamtabschluss besteht aus der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnisrechnung, dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Gesamtlagebericht ist dahingehend zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragsgesamtlage der Stadt vermittelt. Dabei ist auch darauf einzugehen, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Gesamtlageberichtes hat sich auch darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften zu seiner Aufstellung beachtet worden sind (§ 102 Abs. 5 GO NRW).

Gemäß § 49 Abs. 1 GemHVO NRW ist dem Gesamtabschluss ein Beteiligungsbericht beizufügen.

Der vom Stadtdirektor/Stadtkämmerer aufgestellte und vom Oberbürgermeister am 10.03.2020 bestätigte Entwurf des Gesamtabchlusses 2018 (DS 20-0181 vom 10.03.2020) wurde dem Rat der Stadt in seiner Sitzung am 15.06.2020 vorgelegt und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss und das Rechnungsprüfungsamt (RPA) überwiesen. Aufgrund der Einschränkungen durch Sars-CoV-2 ist die Ratssitzung am 30.03.2020 entfallen, in der die o. a. Drucksache ursprünglich beraten werden sollte.

Das RPA prüft den Gesamtabschluss nach § 102 Abs. 1 GO NRW als gesetzliche Pflichtaufgabe.

Im Auftrag des Rechnungsprüfungsausschusses wurde das Ergebnis der Prüfung in diesem Prüfungsbericht inklusive Bestätigungsvermerk zusammengefasst.

## **II Grundsätzliche Feststellungen**

### **1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Oberbürgermeisters**

#### **1.1 Inhalt**

Der dem Gesamtabchluss 2018 beigefügte Gesamtlagebericht ist gemäß § 51 GemHVO NRW daraufhin zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabchluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragsgesamtlage der Gemeinde einschließlich der vAB vermittelt. Die Prüfung des Lageberichtes hat sich auch darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften zu seiner Aufstellung beachtet worden sind (§ 102 Abs. 5 GO NRW).

Dazu sind in einem Überblick der Geschäftsablauf mit den wichtigsten Ergebnissen des Gesamtabchlusses und die Gesamtlage in ihren tatsächlichen Verhältnissen darzustellen. Außerdem hat der Gesamtlagebericht eine ausgewogene und umfassende, den Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft der Gemeinde unter Einbeziehung der vAB und der Gesamtlage der Gemeinde zu enthalten. Dabei ist auch auf die Chancen und Risiken für die künftige Gesamtentwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

Der Gesamtlagebericht im Gesamtabchluss 2018 enthält folgende Kernaussagen zur Vermögens- und Schuldengesamtlage des Konzerns Stadt Duisburg:

1. Rahmenbedingungen (Anlage 4, S. 3 ff.)
2. Auflistung ausgewählter verselbstständiger Aufgabenbereiche nach Aufgabenfeldern (Anlage 4, S. 5 ff.)
3. Informationen zu Vorgängen von besonderer Bedeutung (Anlage 4, S. 7 ff.)
4. Informationen zur Ertragslage sowie zur Vermögens-, Schulden- und Finanzlage (Anlage 4, S. 10 ff.)
5. Risiko-, Chancen- und Nachtragsbericht (Anlage 4, S. 18 ff.)
6. Ausblick und Prognose (Anlage 4, S. 23 ff.)
7. Analyse der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation auf der Grundlage von Kennzahlen (Anlage 4, S. 26 ff.)
8. Wesentliche Veränderungen und Entwicklungen der Beteiligungen in 2018 auf einen Blick (Anlage 4, S. 31).

Der Gesamtlagebericht der Stadt Duisburg (Anlage 4 dieses Berichtes) entspricht den gesetzlichen Anforderungen.

Der Gesamtlagebericht 2018 enthält einen eigenen Berichtsteil „Ausblick und Prognose“, der die Darstellung von Chancen und Risiken der Stadt Duisburg im Einzelabschluss bzw. einzelner, ausgewählter vAB enthält. Die Besonderheiten mit Risiken einzelner vAB sind gut dargestellt. Hier wird - wie in den Vorjahren - erläutert, dass z. B. das Zinsänderungsrisiko der Kernverwaltung bedingt durch die hohen Kassenkredite ein Risiko für das Gesamtergebnis darstellt. Eine Darstellung

der Gewichtung/Bedeutung – wie in 2016 vom RPA angeregt – sollte auch hier erfolgen.

Auf eine Angabe am Schluss des Gesamtlageberichtes gemäß § 116 Abs. 7 GO NRW (Verwaltungsvorstand und Ratsmitglieder, Angaben zu Name, Beruf, Mitgliedschaften in Aufsichtsräten etc.) wurde auch in 2018 verzichtet, da sie Bestandteil des Einzelabschlusses der Kernverwaltung ist.

## **1.2 Vermögens-, Finanz- und Ertragsgesamtlage der Stadt Duisburg**

Das Gesamtjahresergebnis beträgt 93,153 Mio. EUR. Dieses positive Jahresergebnis nach Konsolidierung ist insbesondere auf das Ergebnis der Kernverwaltung (41,924 Mio. EUR) zurückzuführen. Auch die Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt öffentlichen Rechts (WBD-AöR 21,352 Mio. EUR) und die GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH (GEBAG 11,351 Mio. EUR) zeigen eine positive Entwicklung. Die Ergebnisse der Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH-Konzern (DVV-Konzern 6,669 Mio. EUR) und des Immobilien Management Duisburg (IMD 7,806 Mio. EUR) sind gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Das Gesamtjahresergebnis hat sich dennoch positiv entwickelt, was auf das deutlich bessere Jahresergebnis der Kernverwaltung (+31,543 Mio. EUR) zurückzuführen ist.

Die Aufteilung des Gesamtergebnisses auf die konsolidierten vAB ist in Anlage 4, S. 12 dargestellt.

Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich das Gesamtergebnis kontinuierlich verbessert. Nach dem Jahr 2015 konnte der Konzern Stadt Duisburg auch in den Jahren 2016 bis 2018 ein positives Gesamtjahresergebnis erzielen.

Die Gesamtbilanz (Anlage 1) stellt die Vermögens- und Schuldenlage dar. Die Gesamtbilanzsumme beträgt 7.568,069 Mio. EUR. Die Bilanzsumme der Kernverwaltung von 5.149,697 Mio. EUR (inkl. Finanzanlagen) zeigt im Vergleich die Bedeutung der Kernverwaltung im Gesamtkonzern. Trotz des im Berichtsjahr erneut erzielten Überschusses der Kernverwaltung vor Konsolidierung muss die Haushaltslage weiterhin als kritisch angesehen werden, so dass Konsolidierungsmaßnahmen auch in den Folgejahren fortzuführen sind.

Ein Großteil der Aktivseite entfällt auf Sachanlagen, die in der Anlage 4, S. 14 ff. auf die verschiedenen Bilanzpositionen aufgeschlüsselt werden. Von den Sachanlagen in Höhe von 6.251,747 Mio. EUR entfallen mit 2.733,435 Mio. EUR fast 44 % auf die Kernverwaltung.

Das Eigenkapital ist auf der Passivseite der Bilanz zwar mit 167,741 Mio. EUR ausgewiesen (Anlage 4, S. 16), unter Berücksichtigung der Bilanzposition „nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ der Aktivseite in Höhe von 196,053 Mio. EUR ist der Konzern Stadt Duisburg zum 31.12.2018 jedoch mit 28,312 Mio. EUR bilanziell überschuldet. Hier ist ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.



Die wirtschaftliche Lage wird durch den Einsatz von Kennzahlen aus dem NKF-Kennzahlenset in einer weiteren Form dargestellt (Anlage 4, S. 26 ff.). Dieses Kennzahlenset lässt sich nach Auffassung der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA NRW) zumindest in Teilen auf den Gesamtabschluss übertragen. Die Kennzahlen werden überwiegend auch im Jahresabschluss der Kernverwaltung verwendet.

Die „Eigenkapitalquote 1“ wird mit 2,22 % ausgewiesen. Der Gesamtlagebericht weist korrekterweise darauf hin, dass sich dieser rechnerische Wert des NKF-Kennzahlensets ausschließlich durch die Sonderrücklage sowie die Anteile anderer Gesellschafter ergibt, da das Eigenkapital vollständig aufgezehrt wurde.

Da ein interkommunaler Vergleich wegen der unterschiedlichen Strukturen der Kommunen problematisch ist, können die Kennzahlen für den Konzernabschluss insbesondere über Vorjahresvergleiche eine gewisse Aussagekraft gewinnen. Das RPA hat einen Vergleich der Kennzahlen für die Abschlüsse 2010 bis 2018 vorgenommen, die im Folgenden tabellarisch dargestellt werden.

	Aufwandsdeckungsgrad	Eigenkapitalquote 2	Infrastrukturquote	Anlagendeckungsgrad 2	Kurzfr. Verbindlichkeitsquote	Zinslastquote	Zuwendungsquote	Personalintensität
GA 2010	96,17	28,76	49,10	56,53	29,50	4,37	23,92	22,12
GA 2011	99,20	25,80	48,22	43,52	32,07	4,26	22,90	20,91
GA 2012	99,20	26,62	46,84	54,42	32,16	3,23	19,09	17,73
GA 2013	101,20	25,56	45,58	54,12	32,67	2,65	15,76	14,93
GA 2014	100,54	25,21	45,03	53,54	32,73	2,61	17,08	16,14
GA 2015	105,30	26,43	44,78	55,43	30,51	3,50*	20,03	18,94
GA 2016	103,39	25,94	44,58	60,62	25,73	2,21*	21,66	20,61
GA 2017	104,06	25,64	44,65	59,62	24,90	2,07	23,36	21,54
GA 2018	104,25	25,41	44,34	59,53	23,93	1,84	21,76	21,51

alle Angaben in %

\* Angabe im Gesamtlagebericht nicht korrekt

### Aufwandsdeckungsgrad (ADG)

Der „Aufwandsdeckungsgrad“ zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Im Jahresvergleich zeigt sich eine positive Entwicklung. Seit 2013 können die ordentlichen Aufwendungen im Konzern durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden.

### **Eigenkapitalquote 2 (EkQ2)**

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2“ misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Gesamtbilanz. Da die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert. Wie schon bei der Eigenkapitalquote 1 zeigt das Eigenkapital auch unter Berücksichtigung der Sonderposten einen weitgehend statischen Verlauf.

### **Infrastrukturquote (IsQ)**

Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie soll Aufschluss darüber geben, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde und ihrer vAB entspricht.

### **Anlagendeckungsgrad 2 (AnD2)**

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

### **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote (KVbQ)**

Wie hoch die Gesamtbilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl „Kurzfristige Verbindlichkeitsquote“ beurteilt werden. In den letzten Jahren ist ein signifikanter Rückgang zu beobachten. Dieser ist u. a. bedingt durch den Abbau von Liquiditätskrediten der Kernverwaltung.

### **Zinslastquote (ZIQ)**

Die „Zinslastquote“ soll aufzeigen, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

### **Zuwendungsquote (ZwQ)**

Die „Zuwendungsquote“ gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde und ihre vAB von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

### **Personalintensität (PI)**

Die „Personalintensität“ gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Insgesamt ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragsgesamtlage ausführlich dargestellt und vermittelt ein realitätsnahes Bild der Lage im Konzern.

### **1.3 Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken**

Im Gesamtlagebericht werden eingangs globale Rahmenbedingungen sowohl weltweit als auch für den Euro-Raum und Deutschland beschrieben. (Anlage 4, S. 3 ff.), Weiterhin sind „Vorgänge von besonderer Bedeutung“, ausschließlich für den Bereich der Kernverwaltung, aufgelistet (Anlage 4, S. 7 ff.). Diese beiden Abschnitte haben Bezug auf den Abschnitt „Risiko-, Chancen- und Nachtragsbericht“ (Anlage 4, S. 18 ff.). Die Verknüpfung zwischen den globalen Rahmenbedingungen und der wirtschaftlichen Entwicklung Duisburgs könnte detaillierter beschrieben werden. Ein Herunterbrechen der Informationen auf NRW könnte helfen, die besonderen Herausforderungen der Stadt darzustellen und eine Erwartungshaltung für die nächsten Jahre zu formulieren. Derzeit liegen jedoch der Stadtkämmerei (Amt 20) keine spezifischen detaillierten Daten vor.

Die Rolle z. B. des Stärkungspaktgesetzes und seiner Auswirkungen auf den Konzern Stadt Duisburg als Chance sowie die Höhe der städtischen Kassenkredite inklusive der ungewissen Zinsentwicklung als Risiko werden korrekt dargestellt.

Wegen der großen Bedeutung der Kernverwaltung an der wirtschaftlichen Situation für den Konzern Stadt Duisburg ist es richtig, dass die Chancen und Risiken aus diesem Bereich ausführlich dargestellt werden. Die Ausführungen enthalten die wesentlichen Entwicklungen und entsprechen im Zusammenhang mit den vorhergehenden finanzwirtschaftlichen Aussagen den tatsächlichen Gegebenheiten.

Weitere Risiken werden beim DVV-Konzern, bedingt durch die Dynamik im Rahmen der Energiewende (Ausbau der erneuerbaren Energien) und anstehende Investitionen im ÖPNV-Netz (Erneuerung des Zugsicherungssystems sowie der Bau und die Erprobung der neuen Stadt-/Straßenbahnen) dargestellt.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Verbrennungsentgelte bei den WBD-AöR ist abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung der GMVA. Die Entgeltkalkulationen der Jahre 2012 bis 2019 mussten infolge des OVG-Urteils zu preisrechtlich überhöhten Verbrennungsentgelten der GMVA mit der Preisprüfungsstelle der Bezirksregierung Düsseldorf abgestimmt werden. Für die Jahre 2012 bis 2017 kam es deshalb zum Erlass neuer Abfallgebührenbescheide und Gebührenrückerstattungen.

Wie erstmals für die Jahre 2016 und 2017 enthält der Gesamtlagebericht 2018 ein Kapitel „Ausblick und Prognose“, der sich mit der zukünftigen Entwicklung des Konzerns befasst. Darin werden perspektivische Chancen und Risiken von Kernverwaltung und wesentlichen Gesellschaften, die Auswirkungen auf den Konzern haben könnten, plausibel dargestellt. Stellenweise werden Risiken quantifiziert, z. B. bei der Darstellung, welche finanziellen Auswirkungen eine nur einprozentige Zinserhöhung auf das Jahresergebnis der Kernverwaltung hätte.

Auch die wesentliche Bedeutung des Konzernmodells „DVV“ und ihre Auswirkungen auf den Konzern Stadt Duisburg sind ausführlich und realistisch dargestellt.

Grundsätzlich ist die Stadtkämmerei (Amt 20) seit 2016 dem langjährigen Wunsch des RPA nach einem Prognosebericht entgegengekommen.

Der Gesamtlagebericht könnte noch informativer gestaltet werden, wenn die Entwicklung des Konzerns - losgelöst vom auf die Gesellschaften gerichteten Blick - für die nächsten beiden Geschäftsjahre themenbezogen dargestellt und bewertet werden könnte.

Wenn man die Informationen aus dem Gesamtlagebericht - auch über diesen Absatz hinausgehend - betrachtet, ist festzuhalten, dass sich keine Einwendungen gegen die dargestellte Einschätzung zur Lage, zum Fortbestand und zur künftigen Entwicklung der Stadt Duisburg ergeben. Die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Konzerns Stadt Duisburg sind im Wesentlichen vollständig und zutreffend dargestellt.

#### **1.4 Zusammenfassende Feststellung**

Auf der Grundlage der zuvor aufgeführten Annahmen, der geprüften Unterlagen sowie der im Rahmen dieser Prüfung durchgeführten Analysen ergeben sich keine Einwendungen gegen die Einschätzung zur Lage und zur künftigen Entwicklung der Stadt Duisburg. Auch wenn Hinweise auf Erwartungen zur künftigen Entwicklung der Stadt Duisburg ausgeweitet werden können, ist die Lage zum Abschlussstichtag 31.12.2018 doch korrekt dargestellt.

Der Gesamtlagebericht entspricht formal den gesetzlichen Vorschriften. Er ist plausibel und nachvollziehbar und steht mit den bei der Prüfung des Gesamtabchlusses gewonnenen Erkenntnissen im Einklang. Die Darstellungen und Beurteilungen der Lage vermitteln insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragsgesamtlage der Stadt Duisburg.

## **2 Weitere grundsätzliche Feststellungen und Empfehlungen**

Der vom Stadtdirektor/Stadtkämmerer aufgestellte und vom Oberbürgermeister am 10.03.2020 bestätigte Entwurf des Gesamtabchlusses 2018 (DS 20-0181 vom 10.03.2020) ist dem Rat der Stadt aufgrund der Einschränkungen durch Sars-CoV-2 erst in seiner Sitzung am 15.06.2020 vorgelegt und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss und das RPA überwiesen worden. Der ursprünglich von der Stadtkämmerei (Amt 20) vorgesehene Termin für die Beratung des Entwurfes des Gesamtabchlusses 2018 am 30.03.2020 ist entfallen. Die nach der GO NRW gesetzlich geforderte Frist, den Gesamtabschluss innerhalb von neun Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen, wurde nicht eingehalten.

Die im Konzern bereits vorhandenen internen Kontrollsysteme (IKS) und Risikomanagementsysteme sind grundsätzlich stärker als bisher zu einem konzernweiten System auszubauen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse wären in den Gesamtlagebericht aufzunehmen. Für 2018 wurde zum dritten Mal ein Prognoseberichtsteil erstellt, der in den Folgejahren nach Ansicht des RPA noch stärker auf die Konzernsicht ausgerichtet werden könnte, sofern dies vor Konsolidierung möglich ist.

### **III Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung**

#### **1 Gegenstand der Prüfung**

Gegenstand der Prüfung ist der Gesamtabchluss zum 31.12.2018 mit seinen in § 116 GO NRW aufgeführten Bestandteilen. In die Prüfung wurden die Buchführung und weitere zur Verfügung gestellte erläuternde Unterlagen einbezogen.

Der vom Stadtdirektor/Stadtkämmerer aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Entwurf des Gesamtabchlusses 2018 wurde vom Rat der Stadt zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss und das RPA überwiesen. Nach § 59 Abs. 3 GO NRW und § 4 Abs. 2 Buchstabe d der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Duisburg bedient sich der Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung des Gesamtabchlusses des RPA.

#### **2 Art und Umfang der Prüfung**

Auf der Grundlage eines risiko- und systemorientierten Prüfansatzes wurden zunächst eine Prüfstrategie entwickelt und Prüfungsschwerpunkte festgelegt. Die Prüfung der einzelnen Prüffelder wurde von einem Prüfteam des RPA nach Zuständigkeitsbereichen durchgeführt.

Als Ergebnis des Risikobeurteilungsprozesses sowie der Festlegung der Prüfstrategie und der Prüfziele wurden in Form von überwiegend System- und Funktionsprüfungen folgende Schwerpunkte für die Prüfung festgelegt:

- Überleitungsrechnungen
- Gesamtabchlussrichtlinie

Die Überleitungsrechnungen von der Handelsbilanz bis zur Kommunalbilanz III (KB III) wurden auftragsgemäß von den Abschlussprüfern der vAB aus dem Vollkonsolidierungskreis bestätigt. Das RPA hat alle NKF-Einzelabschlüsse der vAB auf Nachvollziehbarkeit und Plausibilität geprüft.

Bei der Durchführung der Gesamtabchlussprüfung wurden die Vorschriften der GO NRW, der GemHVO NRW, die 7. Auflage der Handreichung des damaligen Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW (MIK) von Oktober 2016 und weitere gesetzliche Vorgaben herangezogen. Für weitergehende Fragestellungen wurden auch Bereiche des HGB und die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfungen in die Prüfhandlungen mit einbezogen.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Fehler mit hinreichender Sicherheit hätten erkannt werden müssen. Es wurden System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelprüfungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind in den Arbeitspapieren des RPA ausführlich dokumentiert. Die Aussagen in diesem Bericht stellen lediglich eine Zusammenfassung der Endergebnisse dar.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfauftrages ist die Einhaltung der für den Gesamtabschluss maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften und sie ergänzende ortsrechtliche Bestimmungen oder sonstige Satzungen sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft worden.

Die Prüfung wurde in den Monaten März bis Juni 2020 durchgeführt.



## **IV Erläuterungen und Feststellungen zur Gesamtabchlussrechnungslage**

### **1 Vorjahresabschluss**

Der Gesamtabchluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2017 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss gemäß § 59 Abs. 3 GO NRW geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt (DS 19-0850 vom 08.08.2019).

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 30.09.2019 den Gesamtabchluss 2017 gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW festgestellt und dem Oberbürgermeister für das Haushaltsjahr 2017 die Entlastung erteilt (DS 19-1003 vom 04.09.2019). Weiterhin hat er beschlossen, dass der Gesamtüberschuss in Höhe von 73.427.131,82 EUR mit dem auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesenen Bilanzposten „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ zu verrechnen ist (DS 18-1242/1 vom 16.09.2019).

Der vom Rat festgestellte Gesamtabchluss 2017 wurde der Bezirksregierung Düsseldorf gemäß § 96 Abs. 2 GO NRW am 11.10.2019 angezeigt.

### **2 Konsolidierungskreis und Gesamtabchlussstichtag**

Im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung zum 01.01.2008 wurden die unter der Bilanzposition Finanzanlagen ausgewiesenen vAB dahingehend überprüft, ob es sich um Aufgabenbereiche von untergeordneter Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragsgesamtlage handelt. Dementsprechend wurde die Bewertungsmethode und bilanzielle Zuordnung für den jeweiligen vAB gewählt. Aufgrund der gesetzlichen Regelungen ergaben sich somit – abhängig vom kommunalen Einfluss – auch der Konsolidierungskreis und die Konsolidierungsmethode. Das RPA war hier bereits in begleitender Prüfung tätig. Nicht zu konsolidierende vAB gelangen über den Bilanzposten Finanzanlagen in den Gesamtabchluss.

Der Konsolidierungskreis umfasst die wirtschaftlich und organisatorisch selbstständigen Aufgabenbereiche (Gesellschaften im Konzern der Stadt Duisburg), die im Wege einer Vollkonsolidierung bzw. At-Equity-Methode in den Gesamtabchluss einbezogen werden müssen.

Eine Vollkonsolidierung ist dann vorzusehen, wenn die vAB mit der Kernverwaltung selbst eine Einheit bilden, also entweder unter einer einheitlichen Leitung der Kommune stehen oder das Control-Konzept Anwendung findet (§ 50 Abs. 2 GemHVO NRW). Betriebe von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragsgesamtlage der Kommune müssen nicht einbezogen werden.

Kann die Kommune nur einen maßgeblichen Einfluss auf die vAB ausüben, ist die At-Equity-Methode gemäß § 50 Abs. 3 GemHVO NRW i. V. m. §§ 311 und

312 HGB (a. F.) anzuwenden. Danach werden die nach der Buchwertmethode ermittelten Wertansätze auf den fiktiven Erwerbszeitpunkt 01.01.2010 umgerechnet. Die Bewertungsmethoden werden beibehalten.

Die vollkonsolidierten Unternehmen und die nach der At-Equity-Konsolidierung einbezogenen Unternehmen sind im Gesamtanhang in Anlage 3, S. 3 ff dargestellt. Außerdem ist dargestellt, welche Unternehmen wegen der aus Sicht der Konzernfinanzen untergeordneten Bedeutung nicht in den Gesamtabchluss aufgenommen wurden.

Ausgehend von den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der vAB ergibt sich in Relation zur Gesamtlage des Konzerns die Wesentlichkeit der einzelnen vAB. Diese Wesentlichkeit ist nicht gesetzlich normiert, sondern richtet sich nach der Gesamtbilanz und der individuellen Beurteilung der vAB. Dabei wurden Ermessensspielräume ausgeübt.

### **3 Gesamtabchlussrichtlinie**

Die Gesamtabchlussrichtlinie für den Konzern Stadt Duisburg regelt organisatorische und fachliche Fragen. Sie ist von der Stadt Duisburg und ihren verselbständigten Aufgabenbereichen (vAB) verpflichtend anzuwenden.

Die Gesamtabchlussrichtlinie dient der Erstellung des Gesamtabchlusses des Konzerns Stadt Duisburg. Mit dieser Richtlinie soll vor allem ein gemeindeeinheitliches Vorgehen zur Erstellung der Gesamtergebnisrechnung und der Gesamtbilanz einschließlich einheitlicher Bewertungsmaßstäbe sowie zur Erstellung des Gesamtanhangs und des Gesamtlageberichts sichergestellt werden.

Die zu beachtenden Änderungen der Gesamtabchlussrichtlinie für den Abschluss 2018 sind den vAB und den anderen Beteiligten in geeigneter Form zugegangen.

Für den Gesamtabchluss 2018 wurden umfangreiche Änderungen am Nummernkreis der Partnergesellschaften (Anlage 3) vorgenommen. Hierbei wurden kleinere Gesellschaften sowie Gesellschaften, die keine Relevanz für den Gesamtabchluss haben, aus der Anlage entfernt. Die vergebenen Nummern zu den entfallenen Partnergesellschaften behalten dennoch ihre Gültigkeit.

Die Gesamtabchlussrichtlinie ist dem Grunde nach sachgerecht. Sie enthält alle erforderlichen Regelungen und gewährleistet bei Einhaltung die korrekte Erstellung des Gesamtabchlusses.

## **4 Konsolidierungssoftware**

Mit Hilfe der Konsolidierungssoftware „IDL.Konsis“ werden die Kapitalkonsolidierung, die Schuldenkonsolidierung sowie die Aufwands- und Ertragskonsolidierung im Rahmen des Gesamtabchlusses grundlegend automatisiert durchgeführt. Die NKF-Packages (tabellarische Form der Unternehmensbilanzen einschließlich Gewinn- und Verlustrechnung/Ergebnisrechnung) werden entsprechend der Vorgaben der Gesamtabchlussrichtlinie sowie nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen über die Software konsolidiert. Die Software dient ferner dem Zweck der notwendigen Dokumentation dieser Vorgänge. „IDL.Konsis“ ist ein Standardprogramm im Bereich des Konzernreportings. Das RPA besitzt die für die Prüfung benötigten Leserechte.

Beim Einsatz derartiger IT-gestützter Buchführungssysteme gelten für Kommunen in NRW bis 2018 maßgeblich die gesetzlichen Rahmenbedingungen der GemHVO NRW. Im Zuge der Anwendung einer DV-Buchführung sind die Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (u.a. §§ 27, 31, 58 GemHVO NRW) einzuhalten. Die im Gesamtabchluss eingesetzte Konsolidierungssoftware „IDL.Konsis“ ist hiervon betroffen.

Durch die Prüfung ist festzustellen, dass bei sachgerechter Anwendung eine den Ordnungsmäßigkeitsanforderungen entsprechend adäquate Konzernrechnungslegung durch „IDL.Konsis“ gegeben ist.

Im Konzern Stadt Duisburg schreiben die vAB ihre NKF-Einzelabschlüsse in eigener Verantwortung fort. Durch die Stadtkämmerei (Amt 20) wird garantiert, dass die daraus resultierenden NKF-Packages in die Konsolidierungssoftware übertragen werden. Anschließend wird durch die Stadtkämmerei die Durchführung der Konsolidierungsbuchungen angestoßen und überwacht.

Die rechnerische bzw. zahlenmäßige Übereinstimmung zwischen den nach „IDL.-Konsis“ übertragenen Werten und den NKF-Packages ist Bestandteil der Prüfung durch das RPA. Ein durchgeführter risikoorientierter Abgleich dieser Werte ergab keine Beanstandungen.

Abschließend sind für die Kapitalkonsolidierung, die Schuldenkonsolidierung sowie die Aufwands- und Ertragskonsolidierung in „IDL.Konsis“ entsprechende Schwellenwerte hinterlegt. Die Buchungen sind im System von „IDL.Konsis“ dahingehend nachvollziehbar. Dokumentationen sind bei der Stadtkämmerei hinterlegt.

## **5 Saldenabstimmung**

Im Rahmen der Prüfung des Gesamtabchlusses zum 31.12.2018 wurde die Saldenabstimmung (Konsolidierung) zwischen der Kernverwaltung und den vAB sowie innerhalb der vAB betrachtet.

Nach der Vorschrift des § 50 Abs. 1 GemHVO NRW sind verselbständigte Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlichen Organisationsformen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB) zu konsolidieren. Dabei wird zwischen der Schuldenkonsolidierung (§ 303 HGB) und der Aufwands- und Ertragskonsolidierung (§ 305 HGB) unterschieden.

Die Schuldenkonsolidierung nach § 303 HGB bezeichnet die Aufrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten im Konzernabschluss. Der Konzernabschluss stellt den Konzern als ein einziges Unternehmen dar (§ 297 Abs. 3 HGB). Der Konzern kann keine Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber sich selbst ausweisen. Diese müssen deshalb durch die Schuldenkonsolidierung eliminiert werden. Als Ergebnis sind im Konzernabschluss ausschließlich Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen (nicht in den Konzernabschluss einzubeziehenden) Unternehmen vorhanden.

Die Aufwands- und Ertragskonsolidierung nach § 305 HGB eliminiert die konzerninternen Aufwendungen und Erträge, die in den Einzelabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen enthalten sind. Hierzu zählen u. a. die Konsolidierung der Innenumsatzerlöse (§ 305 Abs. 1 Nr. 1 HGB) und die Konsolidierung anderer Erträge und Aufwendungen, z. B. Mieterträge, Zinsen (§ 305 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Sofern die zu eliminierenden Beträge unwesentlich sind, kann auf die Schuldenkonsolidierung verzichtet werden (§ 303 Abs. 2 HGB). Dieses trifft gemäß § 305 Abs. 2 HGB für die Aufwands- und Ertragskonsolidierung ebenfalls zu.

Die Vorgehensweise zur Saldenabstimmung ist in der Anlage 7 „Richtlinie für Saldenbestätigungen im Konzern Stadt Duisburg“ der Gesamtabchlussrichtlinie beschrieben.

Die Prüfung ergab, dass die von der Stadtkämmerei (Amt 20) vorgelegten Unterlagen vollständig waren. Die dokumentierte Vorgehensweise der Schulden-, Ertrags- und Aufwandskonsolidierung zum 31.12.2018 war transparent und nachvollziehbar. Die einzelnen Buchungen und Arbeitsschritte konnten in IDL.Konsis nachvollzogen werden.

Die zwangsläufig aufgetretenen Differenzen nach Einspielen der Erfassungsformulare (Packages) der einzelnen voll zu konsolidierenden vAB in IDL.Konsis wurden durch die Stadtkämmerei (Amt 20) ausgeräumt. Dazu wurden von der Stadtkämmerei die Finanzbuchhaltung des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) und die Gesellschaften angeschrieben und gebeten, eine Saldenabstimmung untereinander vorzunehmen. Die sich aus der Abstimmung

ergebenden Korrekturen wurden von Amt 20 manuell gebucht. Die entsprechenden Saldenbestätigungen dieser Saldenabstimmung lagen vor.

Für die Schuldenkonsolidierung wurden daraufhin entsprechend der Vorschrift des § 303 Abs. 2 HGB und für die Aufwands- und Ertragskonsolidierung gemäß § 305 Abs. 2 HGB Schwellenwerte in „IDL.Konsis“ eingerichtet. Nach Durchführung der Konsolidierungen wurden Differenzen unter dem jeweiligen Schwellenwert automatisch ausgeräumt.

## **6 Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabschluss einbezogenen Abschlüsse**

### **6.1 Jahresabschlüsse zum 31.12.2018**

Die Prüfung der handelsrechtlichen sowie die Bestätigung der übergeleiteten NKF-Einzelabschlüsse der vAB werden den jeweiligen Wirtschaftsprüfern als Abschlussprüfer überlassen. Dabei verbleibt die volle Verantwortung für den Bestätigungsvermerk des Gesamtabchlusses beim Abschlussprüfer des Gesamtabchlusses, d. h. dem RPA. Alle in den Konsolidierungskreis einbezogenen handelsrechtlichen Abschlüsse erhielten von den zuständigen Abschlussprüfern einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Die Überleitungsrechnungen von den Handels- zu den NKF-Einzelabschlüssen der vAB aus dem Vollkonsolidierungskreis werden vereinbarungsgemäß von den Abschlussprüfern der vAB bestätigt und bilden die Grundlage für weitere Prüfungshandlungen des RPA unter Berücksichtigung des risikoorientierten Prüfungsansatzes. Das RPA hat die NKF-Einzelabschlüsse der vAB auf ihre Plausibilität und Nachvollziehbarkeit hin überprüft.

Der Jahresabschluss 2018 der Kernverwaltung wurde durch das RPA geprüft. Die Prüfung hat keine Tatsachen ergeben, die der Feststellung des Jahresabschlusses durch den Rat entgegenstehen.

### **6.2 Prüferische Durchsicht der Jahresabschlüsse durch das RPA**

Die vorliegenden Jahresabschlüsse und Unterlagen der vAB, insbesondere die Überleitungsrechnungen von der Handelsbilanz in die Kommunalbilanz III der vAB, die einer prüferischen Durchsicht der Abschlussprüfer unterzogen wurden, waren vollständig, nachvollziehbar und wurden für eine Übernahme in die Prüfung des Gesamtabchlusses als geeignet angesehen.

Zu allen Jahresabschlüssen der vAB des Vollkonsolidierungskreises lagen die Jahresabschluss-Prüfberichte sowie die Bestätigungen der Abschlussprüfer vollständig vor. Die prüferische Durchsicht der Unterlagen der Kernverwaltung erfolgte durch das RPA, da dieses auch den NKF-Einzelabschluss für das Jahr 2018 geprüft hat.

## **6.3 Hinweise zu den Einzelabschlüssen der vAB**

### **6.3.1 DuisburgSport (DUSport)**

Die Prüfung des Jahresabschlusses der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung DuisburgSport wurde für das Jahr 2018 an eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft übertragen (DS 18-0522 vom 23.05.2018). Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2018 wurde am 01.07.2019 durch den Rat der Stadt Duisburg festgestellt und die Betriebsleitung sowie der Betriebsausschuss für das Geschäftsjahr 2018 entlastet (DS 19-0536 vom 23.05.2019).

DuisburgSport wird als eigenbetriebsähnliche Einrichtung (Sondervermögen) in vollem Umfang konsolidiert.

Es ergaben sich bei den Prüfungen keine maßgeblichen Beanstandungen, die Auswirkungen auf den Gesamtabchluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2018 haben. Bezüglich der Überleitungsbuchungen in den Jahresabschlüssen zwischen HGB-Bilanz (KB I) und NKF-Bilanz (KB III) konnten die aufgetretenen Fragen mit DuisburgSport in hinreichendem Maße erläutert und ausgeräumt werden.

### **6.3.2 Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV-Konzern)**

Der testierte DVV-Konzernabschluss 2018 wurde nach den Bestimmungen des HGB (a. F.) in einen NKF-Einzelabschluss übergeleitet und in dieser Form als vAB in den Gesamtabchluss übernommen.

Die wesentlichen Einflussgrößen auf Konzernebene sind die großen Gesellschaften Stadtwerke Duisburg AG, die Duisburger Verkehrsgesellschaft AG sowie die Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH.

Das Konzernergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10,302 Mio. EUR auf einen Jahresüberschuss von 10,065 Mio. EUR verschlechtert. Ursächlich ist hier im Wesentlichen eine Steigerung der Personalkosten aufgrund von Tarifierhöhungen.

### **6.3.3 GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH (GEBAG)**

Der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2018 wurde am 01.07.2019 durch den Rat der Stadt Duisburg entgegengenommen und festgestellt. Zudem wurde die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 an den Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen e.V. übertragen (DS 19-0685 vom 17.06.2019).

Die GEBAG hat im Geschäftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss in Höhe von 6,423 Mio. EUR erwirtschaftet. Der Grundstücks- & Immobilienbestand der GEBAG setzt sich überwiegend aus Grundstücken mit Wohnbauten, also vermieteten Wohnflächen und Grundstücken mit Gewerbeimmobilien zusammen. Entsprechende Miet- und Nebenkostenzahlungen der Mieter prägen die Ertragslage

der GEBAG maßgeblich. Zusätzlich erzielte die GEBAG bei Grundstücksgeschäften und durch die Betreuung von Eigentümergemeinschaften Buchgewinne.

In 2018 wurden mehrere Neubauprojekte fertiggestellt, die eine Kapazität von 14 Mietwohnungen und 6 Miet-Einfamilienhäusern aufweisen, welche in den Folgejahren zu Neuvermietungen und somit Mehrerträgen führen könnten. Zudem sind ein Kindergarten und ein GEBAG-Servicebüro errichtet worden. Gleichzeitig wurde mit weiteren Baumaßnahmen zur Bestandserweiterung begonnen, wie zum Beispiel das Neubauvorhaben „Am gebrannten Heidgen 15-17“, welches ein Volumen von 30 Mietwohnungen umfasst.

Das zweite Geschäftsfeld „Wohnbauflächenentwicklung“ wurde im Geschäftsjahr 2018 deutlich ausgebaut und wird auch in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Insbesondere der Erwerb des rd. 280.700 m<sup>2</sup> großen Grundstückes „Am Güterbahnhof Süd“ sowie die Geschäftsbesorgungsverträge über die Entwicklung und Erschließung der Flächen „Am Alten Angerbach“ und „Mercatorviertel“ mit der Stadt Duisburg tragen dazu bei.

Das Thema Rückabwicklung des Projekts „Museum Küppersmühle“ war auch im Geschäftsjahr 2018 ein wesentlicher Sachverhalt der GEBAG. Die Rückstellungen für eine möglicherweise entstehende Verpflichtung eines verbleibenden Sachverhaltes betragen zum 31.12.2018 3,484 Mio. EUR.

#### **6.3.4 Immobilien-Management Duisburg (IMD)**

Der geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 06.06.2019 versehene Jahresabschluss zum 31.12.2018 sowie der Lagebericht wurden in der Sitzung des Rates der Stadt am 01.07.2019 entgegengenommen und festgestellt (DS 19-0649).

Die Bilanz des IMD zeichnet sich durch eine hohe Anlagenintensität aus. So wird die Aktivaseite mit 90,9 % durch das Anlagevermögen bestimmt.

Der Immobilienbestand des IMD setzt sich überwiegend aus Immobilien für Schulen jeglicher Schulformen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, kulturellen und sozialen Einrichtungen, Verwaltungsgebäuden sowie Veranstaltungs- und Feuerwehreinrichtungen zusammen. Insofern erbringt das IMD nahezu ausschließlich Leistungen für die Stadt Duisburg. Die entsprechenden Miet- und Nebenkostenzahlungen der Kernverwaltung und von DuisburgSport prägen die Ertragslage des IMD maßgeblich. In der Konzernbetrachtung haben diese Erlöse des IMD allerdings keine Auswirkungen, da sie im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierungen sowohl zwischen den vollkonsolidierten vAB als auch mit der Kernverwaltung entsprechend verrechnet werden.

#### **6.3.5 Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum (WLM)**

Das Geschäftsjahr 2018 schließt mit einem minimalen positiven Jahresergebnis in Höhe von 155,67 EUR ab, welches mit dem Bilanzverlust aus Vorjahren in Höhe



von 29.313,32 EUR verrechnet wurde. Somit beträgt der Bilanzverlust zum 31.12.2018 nur noch 29.157,65 EUR.

Ausweislich des am 03.12.2018 beschlossenen Wirtschaftsplanes 2019 wird ein Jahresdefizit in Höhe von 0,193 Mio. EUR prognostiziert. Derzeit ergeben sich keine Erkenntnisse, die Auswirkungen auf den Gesamtabchluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2018 haben. Gleichwohl sieht die Fünfjahresplanung von 2019 bis 2023 jährliche Fehlbeträge in Höhe von 0,071 Mio. EUR bis 0,238 Mio. EUR vor. Das Kuratorium hat diese Planung in seiner Sitzung am 23.05.2018 zur Kenntnis genommen, ohne konkrete Beschlüsse zur Beseitigung der Fehlbeträge zu treffen. Als mögliche Lösungen sieht der Vorstand der Stiftung WLM eine Erhöhung des seit Jahren nominell unveränderten Betriebskostenzuschusses, verstärkte Anstrengungen der Stifter bzw. intensivierte Bemühungen um Zustiftungen. Daher ist eine Verstärkung im Bereich des Marketings, der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit anzustreben, um die Attraktivität des Museums kontinuierlich zu steigern, um so Förderer, Sponsoren und Mäzene zu gewinnen. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Stiftung WLM bleibt zunächst abzuwarten.

#### **6.3.6 Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR (WBD-AöR)**

Die Prüfung des Jahresabschlusses der WBD-AöR wurde für das Jahr 2018 an eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft übertragen. Dies ergibt sich aus der DS 18-0605 vom 14.06.2018. Mit DS 19-0631 vom 18.06.2019 wurde der ordnungsgemäße Abschluss dem Rat der Stadt zur Entscheidung vorgelegt. In der öffentlichen Ratssitzung vom 01.07.2019 hat der Rat die Entlastung des Vorstandes einstimmig beschlossen.

Die WBD-AöR wird in vollem Umfang konsolidiert.

Es ergaben sich bei den Prüfungen keine Beanstandungen. Bezüglich der Überleitungsbuchungen in den Jahresabschlüssen zwischen HGB-Bilanz (KB I) und NKF-Bilanz (KB III) für die WBD-AöR waren diese nachvollziehbar.

## **7 Ordnungsmäßigkeit des Gesamtabchlusses**

Im Gesamtabchluss einer Kommune ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragsgesamtlage der Kernverwaltung selbst und der konsolidierten vAB so darzustellen, als wären diese eine Einheit. Dies setzt die Zusammenfassung der Jahresabschlüsse der Kernverwaltung und der vAB zum Konzern Stadt Duisburg voraus. Danach hat der Konzern so Rechnung zu legen, als bilde er eine einzige wirtschaftliche Einheit.

Der dem RPA zur Prüfung vorgelegte Entwurf des Gesamtabchlusses zum 31.12.2018, bestehend aus Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung, Gesamtanhang und Gesamtlagebericht, ist nach den Vorschriften der GO NRW und GemHVO NRW vollständig aufgestellt worden. Die Gesamtbilanz und die Gesamtergebnisrechnung sind ordnungsgemäß aus den erstellten Abschlüssen und Überleitungsrechnungen der konsolidierten vAB und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden. Die Konsolidierungsbuchungen wurden entsprechend den gesetzlichen Regelungen durchgeführt und im Anhang zutreffend dargestellt.

Die Gesamtbilanz und die Gesamtergebnisrechnung sind gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO NRW entsprechend der Regelungen für den Jahresabschluss der Kommunen zu gliedern, soweit ihre Eigenarten keine Abweichungen bedingen. Diese Vorgaben wurden erfüllt. Die Gesamtbilanz zum 31.12.2018 und die Gesamtergebnisrechnung 2018 (siehe Anlagen 2 und 3 dieses Berichtes) sind entsprechend den gesetzlichen Vorschriften gegliedert und entsprechen in ihrem Aufbau den vom Innenministerium vorgegebenen Mustern. Die gesetzlichen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO wurden eingehalten.

Der Gesamtanhang enthält im Wesentlichen Angaben zum Konsolidierungskreis, zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und zur Aufgliederung einzelner Posten aus dem Gesamtabchluss 2018.

Im Konsolidierungskreis sind die voll zu konsolidierenden Gesellschaften unter Einbeziehung der assoziierten Unternehmen vollständig dargestellt worden. Es wurden darüber hinaus die vAB aufgeführt, die unter Berücksichtigung von Wesentlichkeitsgesichtspunkten nicht konsolidiert wurden. Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden die im NKF zugelassenen Methoden angewendet. Diesbezüglich wurden die für den Gesamtabchluss wesentlichen Vorschriften und Sonderregelungen der GemHVO NRW zugrunde gelegt.

Dem Gesamtanhang wurde eine Gesamtkapitalflussrechnung gemäß § 51 Abs. 3 GemHVO NRW beigelegt, die unter Beachtung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) erstellt wurde. Die Kapitalflussrechnung soll über die finanzielle Entwicklung des Konzerns Stadt ergänzende Angaben machen, die aus dem Gesamtabchluss nicht oder nicht unmittelbar entnommen werden können. Sie gibt innerhalb der Abrechnungsperiode des Jahres 2018 Aufschluss über die Liquiditätssituation des Konzerns Stadt Duisburg.

Bei der Gesamtkapitalflussrechnung werden die aus den Aktivitäten der Stadt und der voll zu konsolidierenden Gesellschaften resultierenden Geschäftsvorfälle in gemeindlichen Zahlungsströmen erfasst. Für den Bereich der laufenden Geschäftstätigkeiten wurde die indirekte Methode gewählt, das bedeutet, das Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung wurde zugrunde gelegt und um die zahlungsunwirksamen Vorgänge bereinigt, wie z. B. Ab- und Zuschreibungen, Änderungen der Rückstellungen oder Auflösungen von Sonderposten.

Für die Bereiche Investitions- und Finanzierungstätigkeit wurde die direkte Methode gewählt, das bedeutet, dass die einzelnen Positionen der Finanzrechnungen der Stadt Duisburg und aller voll zu konsolidierenden Gesellschaften aufsummiert wurden.

Somit gliedern sich die Zahlungsströme wie folgt:

- Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit
- Cashflow aus Investitionstätigkeit
- Cashflow aus Finanzierungstätigkeit.

Von der Stadtkämmerei (Amt 20) wurden für die vABs und für die Kernverwaltung folgende Cashflows errechnet.

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	218,014 Mio. EUR
Cashflow aus Investitionstätigkeit	- 149,937 Mio. EUR
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 95,901 Mio. EUR
Cashflow gesamt	- 27,824 Mio. EUR

Die zugrundeliegenden Werte wurden aus der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung abgeleitet.

Die Prüfung der Cashflows ergab, dass die angewandten Errechnungsmethoden den Vorschriften des DRS 2 entsprechen.

Der Gesamtanhang wird gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO NRW um einen Verbindlichkeitspiegel ergänzt, welcher der Mindestgliederung des § 47 GemHVO NRW entspricht. Außerdem sind zum besseren Verständnis ein für den Gesamtabchluss gesetzlich nicht vorgeschriebener Anlagen- und Rückstellungsspiegel beigelegt.

Der vorgelegte Verbindlichkeitspiegel zum 31.12.2018 entspricht in seinem Aufbau dem auf Grundlage der Bestimmungen der GemHVO NRW vom damaligen Innenministerium empfohlenen Muster.

Der Gesamtlagebericht entspricht formal den gesetzlichen Vorschriften. Er steht im Einklang mit dem Gesamtabchluss sowie mit den vom RPA bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragsgesamtlage der Stadt Duisburg. Die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung, auch bezogen auf die vAB, sollten - wie im Vorjahr bereits angeregt - im nächsten Gesamtabchluss stärker im

Hinblick auf die Auswirkungen bundesweiter Entwicklungen auf die Stadt Duisburg ausgerichtet werden, sofern detaillierte Informationen vorhanden sind.

Dem Gesamtabschluss ist gemäß § 49 Abs. 2 GemHVO NRW ferner ein Beteiligungsbericht beizufügen. Er enthält detaillierte Informationen zu den einzelnen Beteiligungen der Stadt Duisburg. Im Beteiligungsbericht werden alle städtischen Gesellschaften und Beteiligungen aufgeführt, auch wenn sie nicht dem Konsolidierungskreis angehören. Er ergänzt den im Gesamtabschluss vermittelten Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Gesamtlage der Kommune.

Der Beteiligungsbericht ist nicht Gegenstand der Prüfung durch das RPA. Nach prüferischer Durchsicht ist er geeignet, den im Gesamtabschluss vermittelten Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Lage der Stadt Duisburg zu unterstützen.

## **V Bestätigungsvermerk**

Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung wird folgender uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt:

An die Stadt Duisburg

### **Prüfungsurteile**

Die Rechnungsprüfung hat den Gesamtabchluss der Stadt Duisburg zum 31. Dezember 2018, bestehend aus der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnisrechnung und der Gesamtkapitalflussrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Gesamtanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, geprüft. Darüber hinaus hat die Rechnungsprüfung den beigefügten Gesamtlagebericht geprüft.

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Gesamtabchluss den haushaltsrechtlichen Vorschriften sowie sie ergänzende ortsrechtliche Bestimmungen oder sonstige Satzungen. Der Gesamtabchluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragsgesamtlage der Stadt Duisburg.

Der Gesamtlagebericht steht im Einklang mit dem Gesamtabchluss und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragsgesamtlage der Stadt Duisburg. Er stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Gesamtabchlusses und des Gesamtlageberichts geführt. Die Prüfung des Gesamtabchlusses hat keine Tatsachen ergeben, die der Feststellung des Gesamtabchlusses durch den Rat entgegenstehen.

### **Grundlage für die Prüfungsurteile**

Die Rechnungsprüfung hat die Prüfung des Gesamtabchlusses und des Gesamtlageberichts in Übereinstimmung mit § 59 Abs. 3 i. V. m. § 102 Abs. 11 GO NRW in Anlehnung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Die Verantwortung der Rechnungsprüfung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung der Rechnungsprüfung für die Prüfung des Gesamtabchlusses und des Gesamtlageberichts“ des Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Die örtliche Rechnungsprüfung ist nach § 101 Abs. 2 GO NRW bei der Erfüllung der ihr zugewiesenen Prüfungsaufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für die Prüfungsurteile zum Gesamtabchluss und zum Gesamtlagebericht zu dienen.

## **Verantwortung des gesetzlichen Vertreters für den Gesamtabchluss und den Gesamtlagebericht**

Der Entwurf des Gesamtabchlusses und des Gesamtlageberichts wird nach § 116 Abs. 1 GO NRW vom Stadtkämmerer aufgestellt und dem Oberbürgermeister zur Bestätigung vorgelegt.

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich dafür, dass der Gesamtabchluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragsgesamtlage der Gemeinde vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Gesamtabchlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Außerdem ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Gesamtlageberichts und dass dieser insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gemeinde vermittelt, in allen wesentlichen Belangen mit dem Gesamtabchluss in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Gesamtlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Gesamtlagebericht erbringen zu können.

## **Verantwortung der Rechnungsprüfung für die Prüfung des Gesamtabchlusses und des Gesamtlageberichts**

Das Ziel der Rechnungsprüfung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Gesamtabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Gesamtlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gemeinde vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Gesamtabschluss und mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Darüber hinaus soll ein Bestätigungsvermerk erteilt werden, der die Prüfungsurteile zum Gesamtabschluss und zum Gesamtlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 102 GO NRW in Anlehnung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung wird pflichtgemäßes Ermessen ausgeübt und eine kritische Grundhaltung bewahrt. Darüber hinaus

- identifiziert und beurteilt die Rechnungsprüfung die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Gesamtabchluss und im Gesamtlagebericht, plant und führt Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch. Die Rechnungsprüfung erlangt Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für das Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnt die Rechnungsprüfung ein Verständnis von dem für die Prüfung des Gesamtabchlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Gesamtlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieses Systems der Gemeinde abzugeben.
- beurteilt die Rechnungsprüfung die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Gesamtabchlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Gesamtabchluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Gesamtabchluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragsgesamtlage der Gemeinde vermittelt.
- beurteilt die Rechnungsprüfung den Einklang des Gesamtlageberichts mit dem Gesamtabchluss und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gemeinde.
- führt die Rechnungsprüfung Prüfungshandlungen zu den vom gesetzlichen Vertreter dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Gesamtlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollzieht die Rechnungsprüfung dabei insbesondere die zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilt die sachgerechte Ableitung der Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu diesen Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen wird nicht abgegeben. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Duisburg, den 06.08.2020



Dirk Tabel

Leiter des Rechnungsprüfungsamtes

## **Anlagen**

<b>Anlage 1</b>	<b>Gesamtbilanz</b>
<b>Anlage 2</b>	<b>Gesamtergebnisrechnung</b>
<b>Anlage 3</b>	<b>Gesamtanhang</b>
<b>Anlage 4</b>	<b>Gesamtlagebericht</b>







<b>Gesamtergebnisrechnung Stadt Duisburg</b>	<b>Ergebnis 2018 EUR</b>	<b>Ergebnis 2017 EUR</b>
<b>Ordentliche Erträge</b>		
+ Steuern und ähnliche Abgaben*	664.922.491,02	628.881.263,46
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen*	750.881.638,61	744.765.371,86
+ Sonstige Transfererträge*	19.397.957,64	19.531.175,64
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	229.541.154,42	225.191.530,78
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.385.528.776,09	1.193.667.146,24
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	194.752.661,28	196.901.157,29
+ Sonstige ordentliche Erträge	166.777.727,56	140.590.191,87
+ Aktivierte Eigenleistungen	34.644.770,30	35.468.215,27
+ Bestandsveränderungen	4.059.520,75	3.850.746,96
<b>= Summe ordentliche Erträge</b>	<b>3.450.506.697,67</b>	<b>3.188.846.799,37</b>
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>		
- Personalaufwendungen	711.864.562,07	659.992.299,84
- Versorgungsaufwendungen	68.341.348,58	69.309.250,91
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.473.165.346,56	1.261.150.658,94
- Bilanzielle Abschreibungen	227.258.593,93	264.631.734,59
- Transferaufwendungen	627.824.170,29	629.125.781,59
- Sonstige ordentliche Aufwendungen		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.652.584,25	8.840.890,24
Sonstige Steuern	-2.189.112,84	3.279.226,94
Übrige sonstige ordentliche Aufwendungen	197.938.073,29	168.060.887,69
- Summe sonstige ordentliche Aufwendungen	201.409.498,78	180.181.004,87
<b>= Summe ordentliche Aufwendungen</b>	<b>3.309.863.520,21</b>	<b>3.064.390.730,74</b>
<b>Ordentliches Gesamtergebnis</b>	<b>140.643.177,46</b>	<b>124.456.068,63</b>
<b>Gesamtfinanzergebnis</b>		
+ Erträge aus Beteiligungsverhältnissen	8.021.272,06	8.726.855,53
+ Anteil am Ergebnis v. assoziierten Unternehmen	2.781.625,50	2.031.592,20
+ Zinsen und ähnliche Erträge	2.564.876,76	1.981.963,62
- Aufwendungen aus Gewinnabführungsverträgen	82.418,04	187.541,46
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	60.775.990,96	63.581.806,70
<b>= Summe Gesamtfinanzergebnis</b>	<b>-47.490.634,68</b>	<b>-51.028.936,81</b>
<b>Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>93.152.542,78</b>	<b>73.427.131,82</b>
<b>Außerordentliches Gesamtergebnis</b>		
+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
<b>= Summe außerordentliches Gesamtergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>Gesamtjahresergebnis</b>	<b>93.152.542,78</b>	<b>73.427.131,82</b>
Jahresergebnis Anteil Fremder * <sup>1</sup>	-4.492.616,44	-4.536.203,54
Ergebnisverwendung * <sup>2</sup>	-15.110.701,99	-22.367.674,53
<b>Gesamtbilanzergebnis</b>	<b>73.549.224,35</b>	<b>46.523.253,75</b>
Nachrichtlich: Verrechnung v. Erträge/Aufwendungen m. d. allg. Rücklage gem. § 38 (3) GemHVO		
Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	6.400.490,93	13.003.690,92
Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	0,00	7.123.435,25
Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	4.844.506,82	7.043.424,64
Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	1.295.104,01	22.201.989,08
<b>Verrechnungssaldo</b>	<b>260.880,10</b>	<b>-9.118.287,55</b>

\* 1 im Jahresergebnis enthaltener, anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn oder der auf sie entfallende Verlust

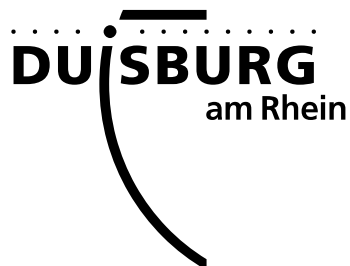
\*<sup>2</sup> Entnahmen/Zuführungen Allgemeine Rücklage



# Gesamtabschluss 2018

für das Haushaltsjahr vom 01.01.2018 – 31.12.2018

## Gesamtanhang



## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Allgemeine Grundlagen</b> .....	3
<b>Konsolidierungskreis des Konzerns Stadt Duisburg</b> .....	3
Überblick über die in den Gesamtabschluss einbezogenen vAB .....	5
Überblick über die nicht einbezogenen vAB.....	6
<b>Konsolidierungsgrundsätze</b> .....	11
<b>Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden</b> .....	13
<b>Aufgliederung einzelner Posten aus dem Gesamtabschluss</b> .....	15
A K T I V A.....	15
1. Anlagevermögen.....	15
2. Umlaufvermögen .....	20
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten.....	22
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag .....	22
P A S S I V A .....	22
1. Eigenkapital .....	22
2. Sonderposten .....	23
3. Rückstellungen .....	24
4. Verbindlichkeiten .....	25
5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten .....	25
<b>Überblick über die Ertragslage des Konzerns</b> .....	26
<b>Haftungsverhältnisse</b> .....	26
<b>Finanzinstrumente</b> .....	27
<b>Gesamtkapitalflussrechnung</b> .....	27
<b>Sonstige Angaben</b> .....	29
<b>Anlagenspiegel zum 31.12.2018</b> .....	30
<b>Rückstellungsspiegel zum 31.12.2018</b> .....	31
<b>Verbindlichkeitenspiegel zum 31.12.2018</b> .....	32

## **Allgemeine Grundlagen**

Die Stadt Duisburg, Burgplatz 19 in 47051 Duisburg, hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, also der Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, sowie der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Zudem ist dem Gesamtabschluss der gemeindliche Beteiligungsbericht beizufügen.

Zum Gesamtabchluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres ihrer verselbständigten Aufgabenbereiche (vAB) in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren.

Aufgestellt wird der Gesamtabchluss nach den maßgeblichen Vorschriften aus Gemeindeordnung NRW (GO), Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO), Handelsgesetzbuch in der Fassung vom 25. Mai 2009 (HGB) und der Gesamtabchlussrichtlinie des Konzerns Stadt Duisburg. Analog der Vorgehensweise zum dem Einzelabschluss 2018 der Stadt Duisburg wurde die ab 2019 gültige KomHVO (zuvor GemHVO) noch nicht angewendet.

Zum Zwecke einer klareren Darstellung sind verschiedene Posten der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung zusammengefasst worden. Hier im Anhang werden diese Posten gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gesamtergebnisrechnung ist nach den Vorschriften des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) gegliedert.

Der Gesamtabchluss wird in Euro aufgestellt. Alle Beträge sind – soweit nicht anders angegeben – in Euro (EUR) ausgewiesen.

Der vorliegende Abschluss bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2018 (1. Januar bis 31. Dezember).

Aufstellung, Vollständigkeit und Richtigkeit des Gesamtabchlusses sowie des Gesamtlageberichts liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt Duisburg.

Der Gesamtabchluss des Konzerns Stadt Duisburg wird vom Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Duisburg gem. § 116 Abs. 9 GO NRW geprüft.

Erstellt wurde der Gesamtabchluss mit Hilfe der Konsolidierungssoftware IDL.Konsis der Firma IDL GmbH Mitte, Schmitt.

## **Konsolidierungskreis des Konzerns Stadt Duisburg**

In den Gesamtabchluss sind neben der Stadt Duisburg alle wesentlichen verbundenen verselbständigten Aufgabenbereiche (vAB) einbezogen. Wesentliche assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert.

VAB, die aus Konzernsicht von untergeordneter Bedeutung sind, werden nicht konsolidiert und unter den Finanzanlagen auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen.

Bei der Beurteilung der untergeordneten Bedeutung wurde ein mehrdimensionaler Ansatz gewählt, bei dem u.a. die Kriterien Bilanzsumme, Ergebnis und Verschuldung herangezogen wurden.

Im Berichtsjahr wurden folgende vAB zusätzlich zur Stadt Duisburg in den Gesamtabschluss miteinbezogen:

*Vollkonsolidierte vAB:*

- Immobilien Management Duisburg (IMD) – eigenbetriebsähnliche Einrichtung
- DuisburgSport (DuSport) – eigenbetriebsähnliche Einrichtung
- Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH – Konzern (DVV)
- Wirtschaftsbetriebe Duisburg – Anstalt öffentlichen Rechts (WBD)
- GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH
- Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum (SWLM)

*Assoziierte Unternehmen (Einbeziehung nach der Equity-Methode<sup>1</sup>)*

- Duisburger Hafen AG – Konzern (duisport)

Nachfolgende vAB wurden aufgrund des Grundsatzes der Wesentlichkeit nicht konsolidiert:

*Verbundene Unternehmen:*

- Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH
- Duisburg Kontor GmbH
- filmforum GmbH (filmforum)
- Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH & Immobilien KG (DBV Immo KG)
- Immobilien Service Duisburg GmbH (ISD) – inaktiv
- Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG)
- MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG

*Beteiligungen:*

- Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH (WfbM)
- Deutsche Oper am Rhein gGmbH (DOR)
- Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR)
- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH (GFW)
- Sana Kliniken Duisburg GmbH (bis 2015 - Assoziiertes Unternehmen)

Die Stadt Duisburg ist Trägerin der örtlichen Sparkasse. Diese wird mitsamt ihrer Beteiligungen und ihr zugehörigen Betriebe gem. § 1 Abs. 1 S. 2 Sparkassengesetz NRW nicht konsolidiert. Ebenso nicht konsolidiert wird der Sparkassenzweckverband der Städte Duisburg und Kamp-Lintfort.

---

<sup>1</sup> Die Equity-Methode ist dadurch charakterisiert, dass der Wertansatz für den gemeindlichen Betrieb, ausgehend von den historischen Anschaffungskosten, in den Folgejahren entsprechend der Entwicklung des anteiligen bilanziellen Eigenkapitals des assoziierten Unternehmens fortgeschrieben wird.



## Überblick über die in den Gesamtabschluss einbezogenen vAB

### ***Vollkonsolidierungskreis***

Die **Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH - DVV-Konzern** ist als 100%ige Tochter der Stadt Duisburg eine bedeutende Beteiligung im Sinne der §§ 116 Abs. 3 GO NRW und 51 KomHVO NRW. Sie erfüllt originäre Kernaufgaben der Kommune (ÖPNV, Stadtwerke etc.) und ist hinsichtlich Umsatzes die Bedeutendste vAB der Stadt Duisburg. Der Konzern ist daher voll zu konsolidieren und hinsichtlich der Entwicklung des Konzerns Stadt Duisburg von großer Wichtigkeit.

Die **Wirtschaftsbetriebe Duisburg – Anstalt öffentlichen Rechts (WBD)** ist eine bedeutende Beteiligung der Stadt Duisburg im Sinne der GO NRW. Die Stadt Duisburg ist alleinige Trägerin der Anstalt (100% Anteil). Die WBD-AöR erfüllt originäre Kernaufgaben der Stadt Duisburg (Entsorgung etc.). Sie ist voll zu konsolidieren.

Das **Immobilien Management Duisburg (IMD)** hat als öffentlich-rechtlicher Betrieb wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss und ist somit als bedeutend gem. GO NRW einzustufen. Es liegt zudem eine einheitliche Leitung der Stadt Duisburg vor, da es sich um eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung handelt. Das IMD bilanziert den Großteil des bebauten, städtischen Immobilienvermögens und ist daher voll zu konsolidieren.

Die **Duisburger Baugesellschaft mbH (GEBAG)** ist eine 100%ige Tochter der Stadt Duisburg und eine bedeutende Beteiligung im Sinne der GO NRW. Sie erfüllt originäre Kernaufgaben der Kommune (Bereitstellung von Wohnraum etc.) und hat – insbesondere aufgrund des hohen Anlagevermögens - wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss. Die GEBAG ist voll zu konsolidieren.

**Duisburg Sport (DuSport)** ist eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Duisburg und steht somit auch unter einheitlicher Leitung der Kommune. DuSport hat keinen wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss, wenn es darum geht, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu vermitteln. Durch die Einbeziehung in den Vollkonsolidierungskreis werden wichtige Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens (Sportstätten) dargestellt. DuSport ist voll zu konsolidieren.

Die **Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum (WLM)** ist eine Stiftung der Stadt Duisburg. Es liegt eine einheitliche Leitung der Kommune vor (Stadt Duisburg ist Hauptstifterin). WLM hat keinen wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss, wenn es darum geht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu vermitteln. Allerdings würden bei Nicht-Einbeziehung wichtige Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens (Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler) nicht dargestellt. Um dies zu vermeiden, ist WLM voll zu konsolidieren.

### ***At-Equity-Konsolidierung***

Die **Duisburger Hafen AG – duisport** ist eine bedeutende Beteiligung im Sinne der GO NRW und hat wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss. Allerdings liegt zum einen keine einheitliche Leitung der Stadt Duisburg vor (33,33% der Anteile fallen auf

die Stadt) und auch die im Prüfschema genannten Kontrollmöglichkeiten finden auf die AG keine Anwendung.

Jedoch kann die Kommune maßgeblichen Einfluss auf die AG ausüben. Die Duisport – AG ist somit nach der Equity-Methode einzubeziehen und als assoziiertes Unternehmen auszuweisen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse der vAB werden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gemäß den Vorschriften des NKF im Gesamtabchluss abgebildet (siehe Konsolidierungsgrundsätze).

## **Überblick über die nicht einbezogenen vAB**

### ***Verbundene Unternehmen***

Die **Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH (DKH)**, ehemals Duisburg Marketing GmbH (DMG) ist eine 100%ige Beteiligung der Stadt Duisburg. Die DKH erfüllt Aufgaben der Stadt Duisburg im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Vermarktung von Veranstaltungsstätten auf dem Gebiet der Stadt Duisburg, insbesondere der Mercatorhalle im City-Palais sowie des Landschaftsparks Duisburg-Nord. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert der Verbindlichkeiten umfassen allerdings jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens im Konzern Stadt Duisburg. An die DKH wird zwar jährlich ein Verlustausgleich geleistet, dieser macht aber nur einen geringen Anteil der Aufwendungen der Stadt Duisburg aus. Insgesamt ist die DKH also von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die **Duisburg Kontor GmbH (DK)**, ehemals FrischeKontor Duisburg GmbH (FKD) ist eine 100%ige Beteiligung der Stadt Duisburg. Das Betreiben von Märkten sowie eines Fleischzentrums, die Organisation von Veranstaltungen und die Förderung des Tourismus sind keine originären Aufgaben von Kommunen. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert der Verbindlichkeiten von DK umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens im Konzern Stadt Duisburg. An die DK wird zwar jährlich ein Verlustausgleich geleistet, dieser macht aber nur einen geringen Anteil der Aufwendungen der Stadt Duisburg aus. Insgesamt ist die DK also von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die **filmforum GmbH Kommunales Kino & filmhistorische Sammlung der Stadt Duisburg (filmforum)** ist eine 100%ige Beteiligung der Stadt Duisburg. Die Gesellschaft erfüllt keine originären Aufgaben der Stadt. Es gibt keine Beschränkung der Ausübung der Rechte der Stadt als Muttergesellschaft. Da das Eigenkapital die Wesentlichkeitsgrenze von 1 Mio. Euro unterschreitet, ist die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die Stadt Duisburg ist alleinige Kommanditistin der **Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DBV) & Co. Immobilien KG (DBV Immo KG)** und hat

somit die einheitliche Leitung der Gesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) ist die Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DBV), eine 100%ige Tochtergesellschaft der GEBAG. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert der Verbindlichkeiten umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens im Konzern Stadt Duisburg. Darüber hinaus ist die Einstellung des aktiven Geschäftsbetriebes geplant. Insgesamt ist die DBV Immo KG also von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die **Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG)** hat keinen wesentlichen Anteil am Gesamtabschluss. Die DEG ist von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll. Des Weiteren empfiehlt das Modellprojekt auf die Vollkonsolidierung von Servicebetrieben zu verzichten, wenn folgende Kriterien erfüllt sind: Leistungserbringung im Wesentlichen für die Kommune bzw. den Konzern, kein oder nur geringes Sachanlagevermögen, keine oder nur geringe langfristige Fremdverbindlichkeiten, ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Diese Kriterien sind bei der DEG erfüllt.

Die **MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG** ist eine Tochtergesellschaft, an der die Stadt Duisburg insgesamt einen Anteil von 50,1 % (unmittelbar 16,8 %, mittelbar über die DBV KG 33,3 %) hält. Die MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG ist Besitzgesellschafterin der Schauinsland-Reisen-Arena. Einzige Mieterin ist die Profifußballgesellschaft des MSV Duisburg e. V.. Die Gesellschaft erfüllt keine originäre Aufgabe der Stadt Duisburg und ist von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Alle vorgenannten vAB werden mit Ihrem Beteiligungsbuchwert aus dem Einzelabschluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2018 auf der Aktivseite unter „Anteile an verbundenen Unternehmen“ im Gesamtabchluss ausgewiesen.

### **Beteiligungen**

Die **Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH (WfbM)** ist eine 50%ige Tochtergesellschaft der Stadt Duisburg. Die Stadt Duisburg hat in der Gesellschafterversammlung nicht die Stimmmehrheit. Es wird keine originäre Aufgabe der Stadt erfüllt. Es gibt keine Beschränkung der Ausübung der Rechte der Stadt als Muttergesellschaft. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert des Unternehmens umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens aller Finanzanlagen. Der Gesellschaftsvertrag enthält Regelungen, wonach unter bestimmten Umständen ein Fehlbedarf nach Anerkennung durch die Stadt Duisburg ausgeglichen wird. Insgesamt ist die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die Stadt Duisburg ist an der **Deutsche Oper am Rhein gGmbH (DOR, Rheinoper)** nur mit 45% beteiligt. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert des Unternehmens umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens

aller Finanzanlagen. Insgesamt ist die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die Stadt Duisburg ist an der **Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR)** nur mit rd. 8,2% beteiligt. Es wird keine originäre Aufgabe der Stadt Duisburg erfüllt. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert des Unternehmens umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens aller Finanzanlagen. An die FMR wird jährlich ein Zuschuss bezogen auf die Betriebsstätte Revierpark Mattlerbusch der FMR geleistet, dieser entspricht aber nur einem geringen Anteil der Aufwendungen der Stadt. Insgesamt ist die Gesellschaft also von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die **Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH (GFW)** ist eine Tochtergesellschaft der Stadt Duisburg der Aufgaben mit geringem Volumen übertragen wurden. Es gibt keine Beschränkung der Ausübung der Rechte der Stadt als Muttergesellschaft. An die GFW wird jährlich ein Verlustausgleich geleistet, dieser entspricht aber nur einem geringen Anteil der Aufwendungen der Stadt Duisburg.

Da das Eigenkapital die Wesentlichkeitsgrenze von 1 Mio. Euro unterschreitet, ist die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die Stadt Duisburg ist an der **Sana Kliniken Duisburg GmbH** (ehemals Klinikum Duisburg GmbH) nur mit 1% beteiligt. Die Gesellschaft ist von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

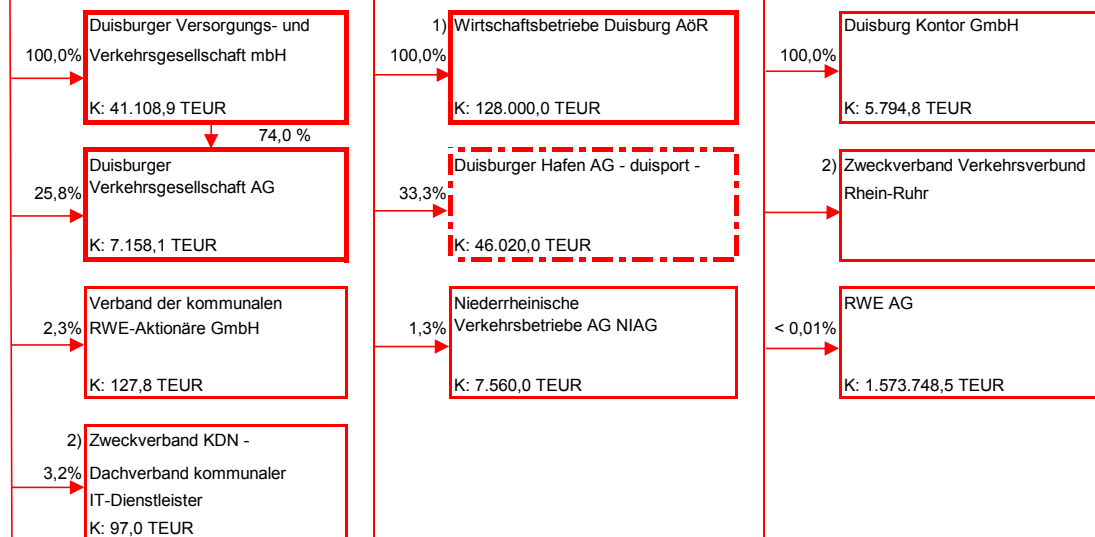
Alle vorgenannten, d. h. nicht einbezogenen vAB werden mit Ihrem Beteiligungsbuchwert aus dem Einzelabschluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2018 auf der Aktivseite unter „Beteiligungen“ im Gesamtabchluss ausgewiesen.

Die nachfolgenden Übersichten zeigen eine grafische Darstellung des Konsolidierungskreises des Konzerns Stadt Duisburg.

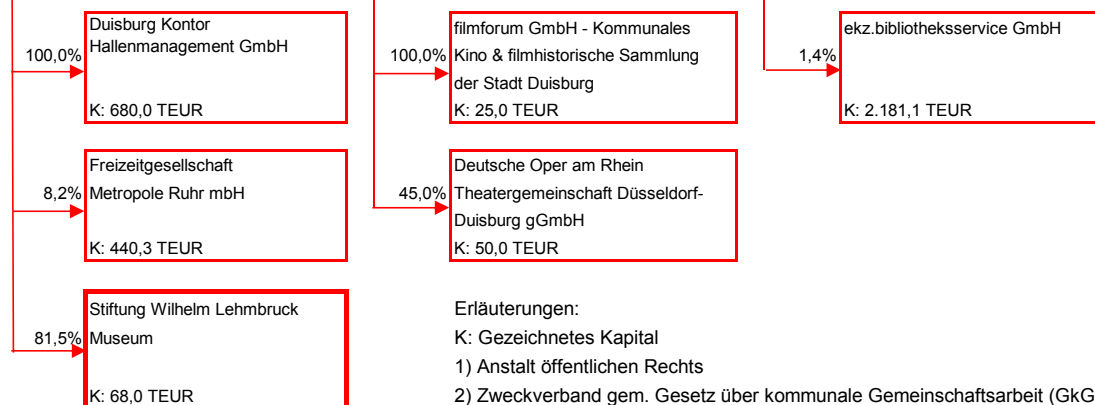
Die unmittelbaren Beteiligungen der

**STADT DUISBURG**

**Versorgung, Entsorgung und Verkehr**



**Stadtmarketing, Kultur und Freizeit**



Erläuterungen:

K: Gezeichnetes Kapital

1) Anstalt öffentlichen Rechts

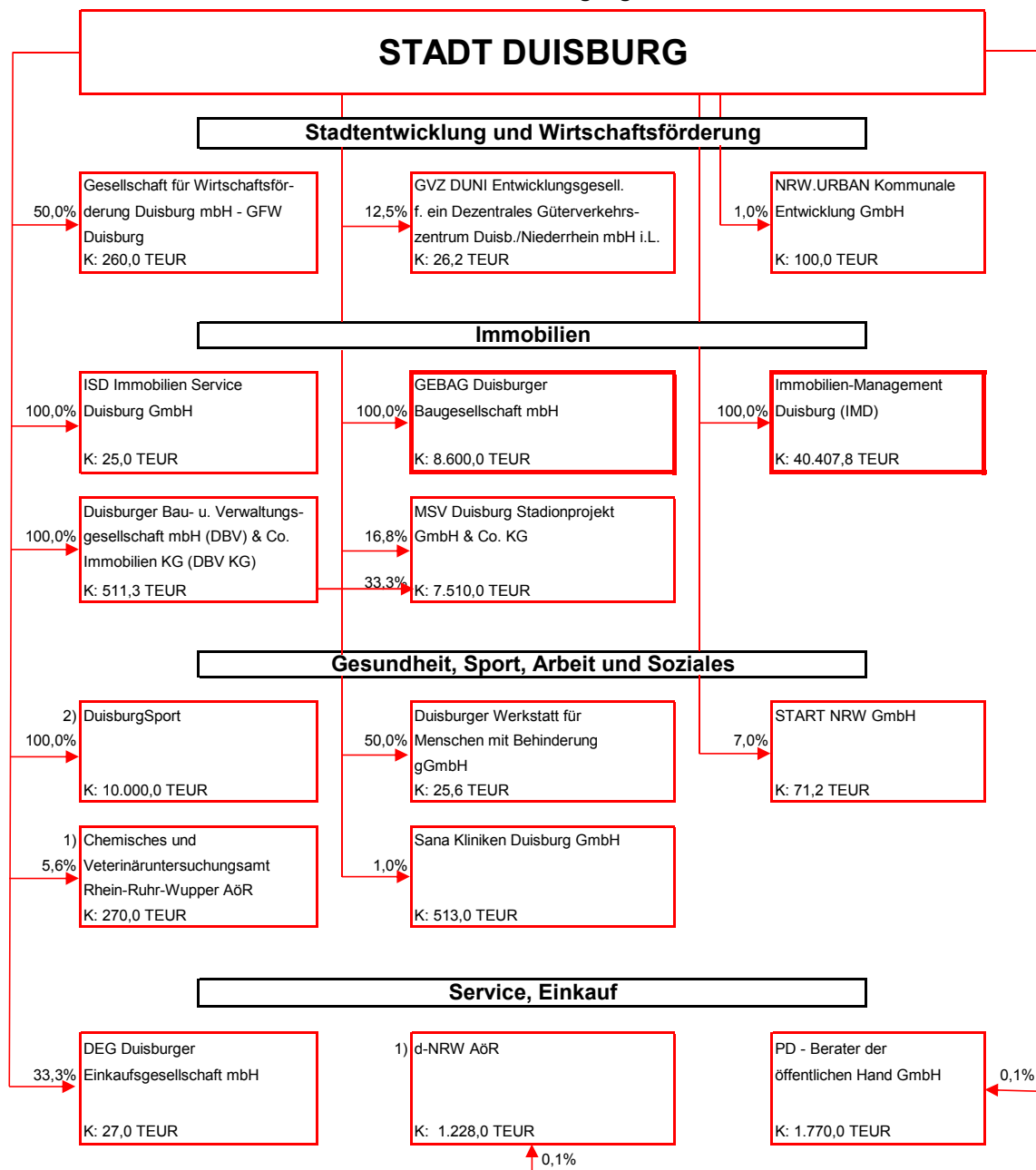
2) Zweckverband gem. Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG)

  Vollkonsolidiert

  At Equity Konsolidierung

Stand : 31.12.2018

Die unmittelbaren Beteiligungen der



## Vorbemerkung

Der Gesamtabchluss basiert grundsätzlich auf der Grundlage der geprüften Einzelabschlüsse.

## Konsolidierungsgrundsätze

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse der vAB werden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gemäß den Vorschriften des NKF im Gesamtabchluss abgebildet. Die **voll zu konsolidierenden** vAB wurden dafür in einem ersten Schritt zum Erstkonsolidierungszeitpunkt 01.01.2010 nach der Neubewertungsmethode neu bewertet. In einem zweiten Schritt erfolgte sodann die Fortschreibung dieser Werte mittels bestimmter, gesetzlich vorgeschriebener Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (s. u.). Bei der Neubewertung zum Erstkonsolidierungszeitpunkt entstanden im Rahmen der Kapitalkonsolidierung folgende aktive und passive Unterschiedsbeträge:

Aktive Unterschiedsbeträge:

- DVV-Konzern	22.149.738,95 EUR
- WLM	11.988,85 EUR
<i>Summe</i>	<i>22.161.727,80 EUR</i>

### Bemerkung:

Der aktive Unterschiedsbetrag (Firmenwert) resultiert aus dem Bereich der Stadtwerke. Er ergibt sich als Differenz zwischen dem Ertragswert und dem Zeitwert. Faktoren, die zur Bildung eines Firmenwertes führen können, sind Know How, gutes Management, Marktstellung und Kundenstamm.

Systematische Differenz

Passive Unterschiedsbeträge:

- IMD	108.454.831,21 EUR
- DuSport	1.425.091,30 EUR
- WBD	32.274.690,50 EUR
- GEBAG	46.789.731,54 EUR
<i>Summe</i>	<i>188.944.344,55 EUR</i>

### Bemerkung:

Hebung stiller Reserven

Die Differenz entsteht, weil der Bilanzansatz DuSport in der städtischen Bilanz zum 31.12.2009 aufgrund einer Hochrechnung abgewertet wurde. Der tatsächlich eingetretene Fehlbetrag v. DuSport fiel geringer aus, weswegen das Eigenkapital höher als der Bilanzansatz ist.

Hebung stiller Reserven

Hebung stiller Reserven

Die aktiven Unterschiedsbeträge sind auf der Aktivseite unter dem Anlagevermögen, bei den Geschäfts- oder Firmenwerten als Geschäftswert Kapitalkonsolidierung ausgewiesen. Sie werden linear über 15 Jahre abgeschrieben.

Die passiven Unterschiedsbeträge aus Kapitalkonsolidierung finden sich grundsätzlich unter dem Eigenkapital als Teil der allgemeinen Rücklage. Da der Konzern Stadt Duisburg jedoch zum 31.12.2012 erstmals ein negatives Eigenkapital vorweisen musste, werden die Unterschiedsbeträge in der Bilanz nicht mehr gesondert ausgewiesen.

Aufwendungen und Erträge sowie Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den vollkonsolidierten vAB wurden eliminiert. Zwischenergebnisse waren nicht herauszurechnen.

Im Rahmen der Schulden- sowie der Aufwands- und Ertragskonsolidierung wurden Differenzen über 1 Mio. € grundsätzlich geklärt. Es ergab sich für die Schuldenkonsolidierung ein zu bereinigender Betrag per Gesamtsaldo von 9.265.165,59 EUR und für die Aufwands- und Ertragskonsolidierung ein Betrag per Gesamtsaldo in Höhe von 19.090.054,93 EUR. Diese konnten saldiert in der Schuldenkonsolidierung bis auf insgesamt 3.461.948,31 EUR (verteilt auf 18 Sachverhalte) und in der Aufwands- und Ertragskonsolidierung bis auf 5.206.489,73 EUR (verteilt auf 18 Sachverhalte) aufgeklärt werden.

Auch die nach der **Equity-Methode** zu konsolidierenden vAB wurden prinzipiell zum Erstkonsolidierungszeitpunkt 01.01.2010 neu bewertet.

Beim *duisport-Konzern* ergab die Neubewertung einen höheren Unternehmenswert in Höhe von 10.686 TEUR. Gem. § 312 Abs. 1 Satz 3 HGB (alte Fassung von 2002) darf der Wert die Anschaffungskosten für die Anteile an dem assoziierten Unternehmen nicht überschreiten. Somit wurde dem Beteiligungsbuchwert der Stadt der entsprechend gleiche Betrag als anteiliges Eigenkapital des duisport-Konzerns gegenübergestellt. In der Bilanz wird daher kein Unterschiedsbetrag mehr ausgewiesen.

## Teilkonzerne

Der DVV-Konzern ist als Teilkonzern in den Gesamtabschluss einbezogen und voll konsolidiert worden. Die in der 7. Handreichung dafür aufgeführten Voraussetzungen sind gegeben:

- Es wird ein vollständiger handelsrechtlicher Konzernabschluss aufgestellt.
- Die Kapitalverflechtungen und Leistungsbeziehungen zwischen den im Teilkonzern voll zu konsolidierenden Betrieben und anderen zu konsolidierenden gemeindlichen Betrieben wurden aufgedeckt und berücksichtigt.
- Änderungen der Konsolidierungsstruktur wurden berücksichtigt.
- Die im Teilkonzern aufgedeckten stillen Reserven werden fortgeschrieben.

Als assoziiertes Unternehmen ist der duisport-Konzern „at equity“ konsolidiert worden; gem. den Vorschriften des § 312 Abs. 6 HGB erfolgt die Einbeziehung nicht auf Basis des Einzelabschlusses, sondern auf Basis des geprüften Konzernabschlusses. Auch hier waren stille Reserven bzw. stille Lasten zu heben.



## **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Grundsätzlich sind sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden zum Einbeziehungsstichtag 01.01.2010 neu bewertet worden (s.o.). Dabei wurden nur die im NKF zugelassenen Methoden verwendet. Die Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit wurden beachtet. Die Wertansätze werden auf Basis der nachfolgend dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden fortgeschrieben.

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Sämtliche immateriellen Vermögenswerte weisen eine bestimmbare Nutzungsdauer auf und werden planmäßig linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden werden jährlich überprüft.

Die Ermittlung der Wertansätze für das Sachanlagevermögen in der Eröffnungsbilanz ist gem. § 54 Abs. 1 GemHVO i.V.m. § 92 Abs. 3 GO stichtagsbezogen auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten vorgenommen worden. Bei der Ermittlung der Wertansätze der Vermögensgegenstände wurde hierbei grundsätzlich der Wiederbeschaffungszeitwert herangezogen. Grundlage für die Berechnung sind die (ursprünglichen) Anschaffungs- und Herstellungskosten des Vermögensgegenstandes. Diese wurden dann auf den Bilanzstichtag hochgerechnet, wenn stille Reserven vorhanden waren. Entsprechend den Bestimmungen des § 35 GemHVO ist der Wertansatz für Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, im Rahmen der Zeitwertermittlung um planmäßige lineare Abschreibungen unter Berücksichtigung der festgesetzten Restnutzungsdauern vermindert worden. Diese Werte gelten als fortgeführte Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Zugänge des Sachanlagevermögens ab 01.01.2010 sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen sind nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände bemessen und können der Abschreibungstabelle für den Konzern Stadt Duisburg entnommen werden. Abschreibungen erfolgen mit Beginn des Folgemonats der Anschaffungen.

Grundsätzlich wird die Einzelbewertung angewandt. Teilbereiche der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Grünanlagen sind aus Vereinfachungsgründen nach dem Festwertverfahren gemäß § 34 Abs. 1 und Abs. 2 GemHVO bewertet. Es handelt sich im Wesentlichen um

1. Aufwuchs und Ausstattung von Forst- und Parkanlagen
2. Einrichtungen in Schulen
3. Einrichtungen in Kindertagesstätten
4. Fahrzeugbeladungen Feuerwehr
5. Büromobiliar
6. Medienbestände der Stadtbibliothek

Nach § 55 Abs. 3 GemHVO werden für die Kulturpflege bedeutsame Vermögensgegenstände mit ihrem Versicherungswert, ansonsten mit dem einer dauerhaften Versicherung zu Grunde zu legenden Wert angesetzt. Sonstige Kunstgegenstände, Ausstellungsgegenstände und andere bewegliche Kulturobjekte werden mit einem Erinnerungswert (1 €) angesetzt.

Darüber hinaus werden nach § 33 Abs. 4 GemHVO geringwertige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungskosten unter 410,00 € zzgl. Umsatzsteuer betragen, aus Vereinfachungsgründen im Jahr des Zugangs vollständig abgeschrieben.

Die Bewertung der verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen, die nicht in den Gesamtabschluss miteinbezogen werden, erfolgt mit Ausnahme von Einzelfällen, in denen die Ertragswertmethode anzuwenden ist, nach der Substanzwertmethode. Beteiligungen von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung sind nach der Eigenkapitalspiegelmethode bewertet. Sofern Beteiligungen ein negatives Eigenkapital ausweisen, wird ein Erinnerungswert angesetzt.

Die Bewertung der Vorräte erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Der Wert der Vorräte wird am Jahresende über die Inventur ermittelt und die Bestandsveränderung aufwandserhöhend bzw. aufwandsmindernd gebucht.

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert unter Abzug gebotener Wertberichtigungen angesetzt.

Die liquiden Mittel sind zum Nennwert ausgewiesen.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden vor dem Bilanzstichtag geleistete Ausgaben ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die Sonderposten beinhalten zweckgebundene Zuwendungen für bereits fertig gestellte Vermögensgegenstände. Die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten erfolgt parallel zu den Abschreibungen auf den Vermögensgegenständen über die festgelegte Restnutzungsdauer.

Die Rückstellungen wurden nach dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht für sämtliche erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen gebildet. Die Pensionsrückstellungen sind gemäß § 36 Absatz 1 GemHVO nach den beamtenrechtlichen Vorschriften, bezogen auf den Bilanzstichtag bewertet. Der Rechnungszins beträgt 5% für die Pensionsrückstellungen. Die Beihilfen sind pauschal nach § 88 des Landesbeamtengesetzes mit 22% bezogen auf die Rückstellungen von Versorgungsbezügen ermittelt. Für sämtliche Rückstellungen gilt § 36 GemHVO.

Der Ansatz der Verbindlichkeiten entspricht ihrem jeweiligen Rückzahlungsbetrag. Verbindlichkeiten in fremder Währung waren zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, die einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

## Aufgliederung einzelner Posten aus dem Gesamtabschluss

Der Konzern Stadt Duisburg weist zum 31.12.2018 eine

*Gesamtbilanzsumme* von **7.568.069.137,61** EUR

aus und schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einem

*Gesamtjahresüberschuss* von **93.152.542,78** EUR

ab. Unter Berücksichtigung der Anteile Fremder am Jahresergebnis\*<sup>1</sup> sowie der Ergebnisverwendung\*<sup>2</sup> ergibt sich als *Gesamtbilanzergebnis* ein

*Überschuss* von **73.549.224,35** EUR.

\*<sup>1</sup> im Jahresergebnis enthaltener, anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn oder der auf sie entfallende Verlust

\*<sup>2</sup> Entnahmen/Zuführungen Allgemeine Rücklage

## Aufgliederung der Bilanzpositionen

Nachfolgend sind zu den Bilanzpositionen (Anlage 2) die einzelnen Gliederungspunkte aufgeschlüsselt. Die Nummerierung ist hierbei der Bilanz entnommen, Positionen zu denen keine weitere Aufschlüsselung möglich ist sind nicht dargestellt.

### A K T I V A

#### 1. Anlagevermögen

##### 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Geschäfts- oder Firmenwert	8.864.691,12	10.342.139,64
davon: Geschäftswert Kapitalkonsolidierung	8.864.691,12	10.342.139,64
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	5.522.778,40	5.624.228,49
Anzahlungen auf immat. Vermögensgegenstände	568.308,81	353.249,52
	<b>14.955.778,33</b>	<b>16.319.617,65</b>

Zu den sonstigen immateriellen Vermögensgegenständen zählen Konzessionen, Nutzungsrechte, Lizenzen und Software.

## 1.2 Sachanlagen

### 1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Grünflächen	197.452.932,53	195.681.213,53
Ackerland	33.254.061,43	33.395.712,02
Wald, Forsten	18.509.437,87	18.758.554,58
Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	179.704.236,95	185.735.733,13
	<b>428.920.668,78</b>	<b>433.571.213,26</b>

Unter den Grünflächen sind Park- und Grünanlagen, Kleingärten, Friedhöfe, Sportflächen, Wasserflächen und Naturschutzflächen bilanziert.

Unter der Position Ackerland werden sowohl der Grund und Boden des begünstigten Agrarlandes (besondere Flächen der Land- oder Forstwirtschaft) als auch die rein landwirtschaftlich genutzten Flächen ausgewiesen.

Unter den sonstigen unbebauten Grundstücken werden insbesondere das Bauland, Rohbau- und Bauerwartungsland sowie Grundstücke, für die Erbbaurechte vergeben worden sind, ausgewiesen.

### 1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Kinder- und Jugendeinrichtungen	108.933.176,03	106.532.572,13
Schulen	847.380.340,42	859.431.991,03
Sportstätten	59.215.482,25	51.367.065,54
Wohnbauten	513.333.479,50	498.272.270,48
Grundstücke mit sozialen Einrichtungen	5.882.373,46	5.802.154,32
Grundstücke mit Mehrzweck- und Messehallen	56.141.564,22	57.510.622,74
Grundstücke mit sonstigen Dienst-, Geschäfts- und sonstigen Betriebsgebäuden	246.264.083,57	244.270.233,53
	<b>1.837.150.499,45</b>	<b>1.823.186.909,77</b>

### 1.2.3 Infrastrukturvermögen

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	375.445.884,64	376.351.594,10
Brücken und Tunnel	148.973.297,69	152.264.665,99
Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	87.665.511,80	90.373.111,48
Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	612.179.178,28	593.359.796,24
Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	741.366.720,92	752.091.701,95
Stromversorgungsanlagen	281.228.543,33	282.619.938,76
Gasversorgungsanlagen	129.574.654,67	131.393.655,29
Wasserversorgungsanlagen	104.310.242,53	102.548.393,57
Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	875.033.495,95	896.611.050,70
	<b>3.355.777.529,81</b>	<b>3.377.613.908,08</b>

#### Grund und Boden des Infrastrukturvermögens

Es handelt sich hierbei um einen Sammelposten, der sämtlichen Grund und Boden des gemeindlichen Infrastrukturvermögens enthält. Eine genaue Zuordnung auf die einzelnen Bilanzposten des Infrastrukturvermögens ist nicht erforderlich.

#### Brücken und Tunnel

Zu diesem Bilanzposten gehören Brücken, Tunnel, Durchlässe und sonstige Ingenieurbauwerke. Diese sind unabhängig von ihrer Nutzung für Fußgänger, Straßen- oder Schienenverkehr.

#### Gleisanlagen

Hierzu zählen sämtliche dem Betrieb des Streckennetzes unmittelbar dienende Anlagen wie z.B. Gleisunterbau, Schienen, Oberleitungen, Signal- und Funkanlagen, Zugsicherungs- und Zuglenkungsanlagen.

#### Versorgungsanlagen

Zu den Versorgungsanlagen zählen Strom-, Gas- und Wasserversorgungsanlagen. Der Ausweis erfolgt getrennt.

#### Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens

Unter den Sonstigen Bauten des Infrastrukturvermögens sind in erster Linie die Bauwerke der Stadtbahn, wie z.B. Bahnhöfe, Haltestellen, Rampen, Tunnel- und Brückenbauwerke erfasst. Darüber hinaus wurden wassertechnische Anlagen wie z.B. Hochwasserschutzanlagen, Deiche, Durchlässe und Verrohrungen angesetzt.

1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Bauten auf fremdem Grund und Boden	621.268,61	998.416,69

Hierunter sind im städtischen Besitz befindliche Gebäude auf Erbbaurechtsgrundstücken erfasst.

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

	<b>31.12.2017</b>	<b>31.12.2016</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	89.392.334,07	89.352.334,07
Baudenkmäler	50,00	50,00
Bodendenkmäler	126,00	126,00
	<b>89.392.510,07</b>	<b>89.352.510,07</b>

Diese Bilanzposition beinhaltet zum größten Teil Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler der Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum; außerdem Kunstgegenstände des Kultur- und Stadthistorischen Museums sowie des Museums der Deutschen Binnenschifffahrt.

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Maschinen und technische Anlagen	90.805.100,47	70.348.724,62
Spezialfahrzeuge	26.862.395,33	23.774.866,45
Fahrzeuge für den ÖPNV	29.678.803,03	24.058.645,62
Sonstige Fahrzeuge	8.268.524,66	8.535.899,91
	<b>155.614.823,49</b>	<b>126.718.136,60</b>

1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Geleistete Anzahlungen	62.971,71	
Anlagen im Bau	276.799.366,16	234.653.150,87
	<b>276.862.337,87</b>	<b>234.653.150,87</b>

### 1.3 Finanzanlagen

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Anteile an verbundenen Unternehmen	8.204.080,70	9.218.236,63
Beteiligungen	46.213.599,06	36.311.501,14
Assoziierte Unternehmen	334.574.057,88	332.116.566,52
davon Unterschiedsbetrag	0,00	0,00
Wertpapiere des Anlagevermögens	42.631.776,90	41.770.884,90
Ausleihungen	50.851.636,26	52.794.354,84
Sondervermögen	4.142.989,00	4.131.787,85
<b>Summe Finanzanlagen</b>	<b>486.618.139,80</b>	<b>476.343.331,88</b>

Unter den vorgenannten Positionen werden die Anteile an folgenden nicht vollkonsolidierten Unternehmen und Beteiligungen ausgewiesen. Diese sind mit dem Wert aus dem Einzelabschluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2018 einbezogen.

#### 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Zum Anteilsvermögen der verbundenen Unternehmen zählen:

- Sparkassenzweckverband der Städte Duisburg und Kamp-Lintfort
- Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH (vormals Duisburg Marketing GmbH)
- Duisburg Kontor GmbH (vormals FrischeKontor Duisburg GmbH)
- filmforum GmbH - Kommunales Kino und Filmhist. Sammlung der Stadt Duisburg
- Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DBV) & Co. Immobilien KG (DBV KG)
- Immobilien Service Duisburg GmbH (inaktiv)
- Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG)
- MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG

#### 1.3.2 Beteiligungen

Das Anteilsvermögen der Beteiligungen umfasst die Anteile an den nachstehend aufgeführten Gesellschaften:

- Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH (wfbm)
- Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
- Deutsche Oper am Rhein Theatergemeinschaft Düsseldorf-Duisburg gGmbH (DOR)
- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH - GFW
- Sana Kliniken Duisburg GmbH (zuvor Klinikum Duisburg GmbH)

#### 1.3.3 Assoziierte Unternehmen

Nachfolgende Beteiligungen werden mit der At-Equity-Methode in den Gesamtabchluss einbezogen:

- Duisburger Hafen AG - duisport

### 1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens

- Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
- START NRW GmbH
- Niederrheinische Verkehrsbetriebe AG NIAG
- ekz.bibliotheksservice GmbH
- Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
- GVZ DUNI (inaktiv)
- RWE AG, Stammaktien
- Stadtbahn-Fonds
- Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper AöR
- Zweckverband KDN - Dachverband kommunaler IT-Dienstleister
- PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH
- d - NRW Anstalt öffentlichen Rechts
- NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH

### 1.3.6 Ausleihungen

Unter den Ausleihungen sind langfristige Darlehen der Stadt Duisburg, die diese im Rahmen ihrer Aufgabenerzielung vergibt, bilanziert.

### 1.3.7 Sondervermögen

Unter dem Sondervermögen sind Unselbstständige Stiftungen im Besitz der Stadt Duisburg bilanziert (siehe 2.4 „Sonstige Sonderposten“).

## 2. Umlaufvermögen

### 2.1 Vorräte

Der Posten Vorräte umfasst die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen, fertige Erzeugnisse und Waren sowie geleistete Anzahlungen. Als Vorräte sind nur Lagerbestände an verwertbaren Materialien anzusetzen. Sofern bereits Bestände aus Lagern abgegeben worden sind, gelten sie als verbraucht. Abweichend von dem Grundsatz der Einzelbewertung sind die Festbewertung, die Gruppenbewertung und die Sammelbewertung als Bewertungsvereinfachungsverfahren zulässig (§ 34 GemHVO).

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.653.675,65	10.192.552,91
Waren (auch Grundstücke des Umlaufvermögens)	38.339.115,71	11.675.450,98
Unfertige Erzeugnisse	40.641.729,64	35.665.148,10
Fertige Erzeugnisse	16.874,00	16.120,00
Geleistete Anzahlungen	362.903,53	474.242,64
	<b>88.014.298,53</b>	<b>58.023.514,63</b>



## 2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

### 2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

Öffentlich-rechtliche Forderungen sind öffentlich-rechtliche Ansprüche der Stadt Duisburg/des vAB in der Rolle als Gläubiger, von einem anderen in der Rolle als Schuldner eine Leistung, ein Tun oder ein Unterlassen zu verlangen. Sie resultieren aus der Festsetzung von Gebühren, Beiträgen und Steuern sowie aus Transferleistungen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Rechtsverhältnissen.

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Gebührenforderungen	30.080.423,48	23.051.702,76
Beitragsforderungen	11.807.780,02	10.353.421,38
Steuerforderungen	20.354.177,97	18.556.493,93
Forderungen aus Transferleistungen	19.685.876,68	19.956.001,01
Forderungen aus sonst. öff.-rechtl. Forderungen	36.675.391,03	39.514.239,68
	<b>118.603.649,18</b>	<b>111.431.858,76</b>

Gebühren sind Geldleistungen, die als Gegenleistung für eine besondere Leistung, Amtshandlung oder sonstige Tätigkeit der Verwaltung (Verwaltungsgebühr) oder für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen und Anlagen (Benutzungsgebühr) erhoben werden. Bei einer Gebührenforderung handelt es sich demnach um einen geldlichen Anspruch der Stadt Duisburg/des vAB gegen einen anderen, der aus der Festsetzung einer Verwaltungs- oder Benutzungsgebühr entsteht.

Beiträge sind Geldleistungen, die dem Ersatz des Aufwandes für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen und Anlagen, jedoch ohne die laufende Unterhaltung und Instandsetzung, dienen. Bei Beitragsforderungen handelt es sich demnach um einen geldlichen Anspruch der Stadt Duisburg/des vAB gegen einen anderen, der als Gegenleistung aus der Entstehung eines wirtschaftlichen Vorteils erhoben wird.

Transferleistungen sind Geldmittel oder Sachleistungen, die wirtschaftlich Schwächere von wirtschaftlich Stärkeren erhalten. Forderungen aus Transferleistungen sind demnach Ansprüche der Gemeinde gegen einen anderen, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft, um wirtschaftlich Schwächere zu entlasten. Zu den Forderungen aus Transferleistungen gehören Finanzausweisungen, Umlagen und Steuerbeteiligungen.

## 2.2.2 Privatrechtliche Forderungen

Die privatrechtlichen Forderungen werden folgendermaßen unterteilt:

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Privatr. Forderungen gegen den privaten Bereich	88.839.876,20	86.457.782,97
Privatr. Forderungen gegen den öffentl. Bereich	18.434.537,12	16.754.908,03
Privatr. Ford. gegen verb. nicht vollkonsolidierte Unternehmen	1.769.668,82	881.411,99
Privatr. Forderungen gegen Beteiligungen	5.920.728,51	6.165.399,24
	<b>114.964.810,65</b>	<b>110.259.502,23</b>

## 3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet Ausgaben, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen. Des Weiteren werden in dieser Bilanzposition geleistete Zuwendungen ausgewiesen, die mit einer mehrjährigen, zeitbezogenen Gegenleistungsverpflichtung der Zuwendungsempfänger verbunden sind.

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Disagio	12.329,54	23.943,18
Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten	65.106.413,28	65.110.871,73
Aktive latente Steuern	5.469.605,82	5.772.368,80
	<b>70.588.348,64</b>	<b>70.907.183,71</b>

## 4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Im Gesamtabchluss 2018 wird aufgrund des negativen Eigenkapitals des Konzerns, ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag auf der Aktivseite ausgewiesen.

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	196.052.634,31	292.303.613,40

## P A S S I V A

### 1. Eigenkapital

#### 1.1 Allgemeine Rücklage

Die allgemeine Rücklage ist aufgrund des negativen Eigenkapitals seit dem Gesamtabschluss 2012 komplett aufgezehrt.

Nach § 43 Abs.3 GemHVO NRW sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 90 Abs.3 Satz 1 GO

NRW sowie aus Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar (ergebnisneutral) mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Die Verrechnungen werden unter der Gesamtergebnisrechnung (Anlage 3) nachrichtlich dargestellt. Für 2018 ergibt sich ein Verrechnungssaldo von 260.880,10 EUR.

Dieser ergibt sich aus den verrechneten Erträge bei Vermögensgegenständen in Höhe von 6,4 Mio. EUR, sowie auf der Aufwandsseite aus Verrechneten Aufwendungen bei Vermögensgegenständen in Höhe von 4,8 Mio. EUR sowie Verrechneten Aufwendungen bei Finanzanlagen in Höhe von 1,3 Mio. EUR.

## 1.2 Sonderrücklagen

Unter dem Bilanzposten Sonderrücklagen werden die der Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum übertragenen Kunstgegenstände mit 54.475.103,67 EUR ausgewiesen.

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Sonderrücklagen	54.475.103,67	54.475.103,67

## 1.7 Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter

In dieser Position werden die Anteile des Eigenkapitals zusammengefasst, die anderen Gesellschaftern zustehen.

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
DVV - Konzern	100.931.501,38	99.074.501,38
Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum	12.334.685,52	12.334.657,09
	<b>113.266.186,90</b>	<b>111.409.158,47</b>

## 2. Sonderposten

### 2.1 Sonderposten für Zuwendungen

Für erhaltene Zuwendungen, die im Rahmen einer Zweckbindung bewilligt und gezahlt worden sind und für die Anschaffung von Vermögensgegenständen verwendet wurden, sind entsprechende Sonderposten anzusetzen. Die Auflösung der Sonderposten wird entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes vorgenommen.

Wurden bei Eigenbetrieben im Rahmen der Vermögensübertragung Sonderposten nicht mit übertragen (ist also gem. den Wahlrechten der Eigenbetriebsverordnung Eigenkapital entstanden), so wurde im Rahmen der Neubewertung für diese Objekte auf einen Ausweis des anteiligen Sonderpostens für diese Objekte verzichtet. Bei Anlagegütern, die vor dem 01.01.2010 angeschafft wurden und bei denen die Investitionszuschüsse direkt abgezogen wurden (Nettomethode), ist teilweise auch im Gesamtabchluss entsprechend verfahren worden.

Vom 01.01.2010 an werden im gesamten Konsolidierungskreis neu angeschaffte Anlagegüter brutto dargestellt und der Sonderposten für Investitionszuschüsse ausgewiesen.

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Sonderposten für Zuwendungen	1.594.521.804,37	1.607.858.139,03

## 2.2 Sonderposten für Beiträge

Die Sonderposten für Beiträge beinhalten die im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen erhaltenen Erschließungsbeiträge sowie Straßenbaubeiträge resultierend aus dem Baugesetzbuch und dem Kommunalabgabengesetz.

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Sonderposten für Beiträge	160.489.960,75	165.594.578,93

## 2.3 Sonderposten für den Gebührenaussgleich

Diese Position beinhaltet Sonderposten der WBD-AöR, die dem Ausgleich von ausstehenden Gebühren dienen.

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	12.559.534,26	8.523.342,26

## 2.4 Sonstige Sonderposten

Für rechtlich unselbstständige Stiftungen, bei denen durch den Stifter Vermögensgegenstände mit einer bestimmten Zweckbindung der Gemeinde übertragen wurden, sind in Höhe der Vermögenswerte Sonderposten in der Bilanz gebildet. Ferner sind unter dem Bilanzposten „Sonstige Sonderposten“ alle sonstigen vermögenswirksamen Leistungen, die der Gemeinde von Dritten gewährt worden sind, angesetzt, soweit dabei die Voraussetzungen für die Bildung eines Sonderpostens vorliegen.

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Sonstige Sonderposten	27.917.440,62	26.826.916,85

## 3. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Pensionsrückstellungen	1.171.937.385,51	1.133.210.767,32
Instandhaltungsrückstellungen	10.469.273,00	13.071.032,90
Steuerrückstellungen	19.106.200,99	18.195.955,19
Sonstige Rückstellungen	414.183.420,31	412.775.181,98
	<b>1.615.696.279,81</b>	<b>1.577.252.937,39</b>

Die Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen zum Teilwert. In den Vorschriften zum NKF ist ein Rechnungszinssatz von 5% vorgegeben.

#### Instandhaltungsrückstellungen

Während nach den Vorschriften des HGB der Zeitraum für die Berücksichtigung von Maßnahmen auf 3 Monate begrenzt ist, können im NKF alle Maßnahmen berücksichtigt werden, die im Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung hinreichend konkret beabsichtigt sind.

#### Steuerrückstellungen

Hierzu gehören alle Rückstellungen für Steuerschulden der Gemeinde und der vABs (nicht nur Ertragsteuern), soweit sie nicht der Höhe und dem Grunde nach feststehen und daher als Verbindlichkeiten auszuweisen sind. Ungewissheit besteht bis zur Festsetzung der Steuer. Dabei ist auch das erkennbare Risiko für Steuernachzahlungen zu berücksichtigen.

Die sonstigen Rückstellungen bestehen im Wesentlichen aus Verpflichtungen im Personalbereich, Rückstellungen für ausstehende Rechnungen sowie andere ungewisse Verbindlichkeiten.

#### 4. Verbindlichkeiten

Es wird auf den beiliegenden Verbindlichkeitspiegel verwiesen.

#### 5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten weist Einnahmen vor dem Bilanzstichtag aus, die Erträge nach dem Stichtag darstellen. Im Konzern Stadt Duisburg resultieren diese insbesondere aus dem Friedhofsbereich (53,8 Mio. EUR) sowie den Zuwendungen nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und U3-Ausbau (13,4 Mio. EUR).

	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	83.597.392,84	79.964.534,89

## Überblick über die Ertragslage des Konzerns

Gesamtergebnisrechnung Stadt Duisburg	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR
Summe ordentliche Erträge	3.450.506.697,67	3.188.846.799,37
Summe ordentliche Aufwendungen	3.309.863.520,21	3.064.390.730,74
Ordentliches Gesamtergebnis	140.643.177,46	124.456.068,63
Summe Gesamtfinanzergebnis	-47.490.634,68	-51.028.936,81
Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	93.152.542,78	73.427.131,82
Summe außerordentliches Gesamtergebnis	0,00	0,00
Gesamtjahresergebnis	93.152.542,78	73.427.131,82
Jahresergebnis Anteil Fremder * <sup>1</sup>	-4.492.616,44	-4.536.203,54
Ergebnisverwendung * <sup>2</sup>	-15.110.701,99	-22.367.674,53
Gesamtbilanzergebnis	73.549.224,35	46.523.253,75

\*<sup>1</sup> im Jahresergebnis enthaltener, anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn oder der auf sie entfallende Verlust

\*<sup>2</sup> Entnahmen/Zuführungen Allgemeine Rücklage

## Haftungsverhältnisse

### Bürgschaften

Im Grundbuch von Rheinhausen ist eine Grundschuld in Höhe von 500.000,00 EUR zu Gunsten der Stadt Duisburg zur Absicherung der Fortführung des Bertha-Krankenhauses gemäß Vertrag zwischen der Sana-Kliniken AG, der Klinikum Duisburg GmbH und der Stadt Duisburg vom 03.08.2007 eingetragen worden.

Darüber hinaus hat die Stadt Duisburg Ausfallbürgschaften für folgende Kreditnehmer übernommen:

	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
Wohnungsgen. Rheinpreußensiedlung eG	499.836,68	523.746,74
	<b>499.836,68</b>	<b>523.746,74</b>

### Sonstige Garantieerklärungen

Im Rahmen eines Finanzierungsgeschäftes (Forfaitierung) der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage GmbH (GMVA) hat die Stadt Duisburg eine Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung gegenüber der finanzierenden Bank abgegeben. Diese Verpflichtung ist auf die WBD-AöR übergegangen, wobei gleichzeitig festgelegt wurde, dass diese von der Stadt von jeglichen Zahlungsverpflichtungen bei einer Inanspruchnahme aus der Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung freigestellt wird. Für die auf Basis neu kalkulierter Verbrennungsentgelte ermittelte Forfaitierungsunterdeckung für den Zeitraum 2016-2020 wurde im Haushaltsjahr 2015 eine Rückstellung (vergleiche Passiva 3.4) in Höhe von 27,4 Mio. EUR gebildet, welche sukzessive aufgelöst wird (Buchwert 2017: 22,0 Mio. EUR). Aktuell beträgt der Rückstellungsbetrag 17,4 Mio. EUR. Das Gesamtrisiko aus der Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung beträgt zum 31.12.2018 noch rd. 18,0 Mio. EUR

## **Finanzinstrumente**

Zum 31.12.2018 bestehen bei der Stadt Duisburg selbst keine Finanzgeschäfte mit Kreditinstituten zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken außer der nachfolgend aufgeführten:

### DVV-Konzern

Im DVV-Konzern werden derivative Finanzinstrumente eingesetzt, um Marktpreisrisiken am dem Bezug und Absatz von Strom- und Gasgeschäften sowie Emissionsrechten zu reduzieren. Des Weiteren werden zusätzlich im Zins- und Schuldenmanagement zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken und zur Optimierung von Kreditkonditionen derivative Finanzinstrumente eingesetzt, um so vorhandene Risiken zu mindern und die Zahlungsströme zu verstetigen.

## **Gesamtkapitalflussrechnung**

Die Gesamtkapitalflussrechnung soll ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Gesamtfinanzlage des Konzerns Stadt Duisburg vermitteln. Neben den Finanzierungsquellen - unterteilt in Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit - wird ebenso die Veränderung der liquiden Mittel dargestellt.

Die Gesamtkapitalflussrechnung wurde unter Beachtung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) aufgestellt. Für die Bereiche Investitions- und Finanzierungstätigkeit wurde die direkte Methode (Erfassung der entsprechenden Ein- und Auszahlungen) angewendet. Für den Bereich der laufenden Geschäftstätigkeit wurde die indirekte Methode (abgeleitet aus dem Gesamtjahresergebnis zu- bzw. abzüglich zahlungsunwirksamer Vorgänge) gewählt.

		<b>Ergebnis 2018</b>
		in T.Euro
1	Gesamtergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit vor außerordentlichen Posten	93.153
2 +/-	Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	223.192
3 +/-	Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	45.463
4 +/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	-90.747
5 +/-	Verlust / Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0
6 +/-	Abnahme / Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-56.052
7 +/-	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	3.006
8 +/-	Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0
<b>9 =</b>	<b>Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>218.014</b>
10	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	39.735
11 -	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-278.154
12 +	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	4
13 -	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-2.257
14 +	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	3.439
15 -	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-10.800
16 +/-	Einzahlungen/Auszahlungen aus dem Verkauf/Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	2.045
17 +/-	Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0
18 +	Einzahlungen aus investiven Zuwendungen und Beiträgen (Einzahlungen in Sonderposten)	96.054
19 -	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	-2
<b>20 =</b>	<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-149.937</b>
21	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (Kapitalerhöhungen, Verkauf eigener Anteile)	0
22 -	Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter (Dividenden, Eigenkapitalrückzahlungen, andere Ausschüttungen)	0
23 +	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	1.333.737
24 -	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-1.429.637
<b>25 =</b>	<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-95.901</b>
<b>26</b>	<b>Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>218.014</b>
<b>27 +/-</b>	<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-149.937</b>
<b>28 +/-</b>	<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-95.901</b>
<b>29 =</b>	<b>Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds</b>	<b>-27.823</b>
30 +/-	Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0
31 +	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	162.542
<b>32 =</b>	<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>134.719</b>



Im Konzern Stadt Duisburg übersteigen die operativen Einzahlungen die laufenden Auszahlungen, so dass der Saldo aus der laufenden Geschäftstätigkeit mit 218 Mio. EUR positiv ausfällt. Der negative Saldo aus Investitionstätigkeit von 149,9 Mio. EUR ergibt sich insbesondere durch Investitionen in das Anlagevermögen im Konzern Stadt Duisburg. Der Saldo aus Finanzierungstätigkeit i. H. v. rd. -95,9 Mio. EUR wird maßgeblich durch die Aufnahme von Liquiditätskrediten und Auszahlungen zur Tilgung von Kredite geprägt. Unter Berücksichtigung des Finanzmittelbestands zu Periodenbeginn i.H.v. 162,5 Mio. EUR ergibt sich per Saldo ein Finanzmittelbestand zum 31.12.2017 i.H.v. 134,7 Mio. EUR.

Zwischen dem Finanzmittelfonds am Ende der Periode (134,7 Mio. EUR) und den in der Bilanz ausgewiesenen Liquiden Mittel zum 31.12.2018 (137,7 Mio. EUR) besteht buchungsbedingt eine Differenz in Höhe von 3 Mio. EUR. Diese bleibt als unwesentlich bestehen, da sie die Aussage der Gesamtkapitalflussrechnung nicht wesentlich verändert.

### **Sonstige Angaben**

keine

<b>Anlagenspiegel zum 31.12.2018</b>									
<b>Anlagevermögen</b>			<b>Anschaffungs- und Herstellungskosten</b>			<b>Abschreibungen</b>			
	<b>Stand 31.12.2018 TEUR</b>	<b>Stand 31.12.2017 TEUR</b>	<b>Zugänge TEUR</b>	<b>Um- buchungen TEUR</b>	<b>Abgänge TEUR</b>	<b>Zugänge TEUR</b>	<b>Um- buchungen TEUR</b>	<b>Abgänge TEUR</b>	<b>Zuschrei- bungen TEUR</b>
Immaterielle Vermögensgegenstände									
Geschäfts- oder Firmenwert	8.865	10.342	0	0	0	1.477	0	0	0
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	5.523	5.624	2.102	1.139	211	3.194	148	210	0
Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	568	353	424	-205	4	0	0	0	0
<b>Summe immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>14.956</b>	<b>16.320</b>	<b>2.526</b>	<b>934</b>	<b>215</b>	<b>4.671</b>	<b>148</b>	<b>210</b>	<b>0</b>
Sachanlagen									
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	428.921	433.571	4.893	-247	5.788	3.650	-1	141	0
Bebaute Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	1.837.150	1.823.187	47.127	33.116	16.560	59.165	1	9.446	0
Infrastrukturvermögen	3.355.778	3.377.614	51.451	52.625	16.670	122.335	12	13.105	0
Bauten auf fremdem Grund und Boden	621	998	52	0	0	430	0	0	0
Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	89.393	89.353	40	0	0	0	0	0	0
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	155.615	126.718	26.197	31.075	16.809	20.635	2.456	11.524	0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	107.408	105.956	12.796	1.698	5.687	11.104	608	4.356	0
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	276.862	234.653	154.821	-111.698	844	193	1	123	0
<b>Summe Sachanlagen</b>	<b>6.251.747</b>	<b>6.192.051</b>	<b>297.378</b>	<b>6.569</b>	<b>62.358</b>	<b>217.511</b>	<b>3.077</b>	<b>38.695</b>	<b>0</b>
Finanzanlagen									
Anteile an verbundenen Unternehmen	8.204	9.218		0	1.014	0	0	0	0
Beteiligungen	46.214	36.312	10.039	10	148	0	0	0	0
Assoziierte Unternehmen	334.574	332.117	2.805	-10	184	154	0	0	0
Wertpapiere des Anlagevermögens	42.632	41.771	5	0	0	0	0	0	-856
Ausleihungen	50.852	52.794	741	0	2.684	0	0	0	0
Sondervermögen	4.143	4.132	0	0	-11	0	0	0	0
<b>Summe Finanzanlagen</b>	<b>486.618</b>	<b>476.343</b>	<b>13.591</b>	<b>0</b>	<b>4.018</b>	<b>154</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-856</b>
<b>Summe Anlagevermögen</b>	<b>6.753.321</b>	<b>6.684.714</b>	<b>313.494</b>	<b>7.504</b>	<b>66.592</b>	<b>222.336</b>	<b>3.225</b>	<b>38.905</b>	<b>-856</b>

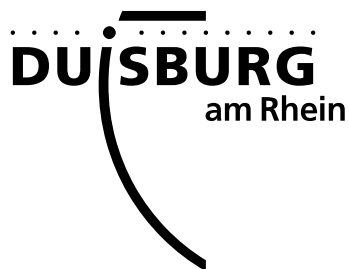
<b>Rückstellungsspiegel zum 31.12.2018</b>							
	<b>Periodenanfang</b>	<b>Inanspruchnahme</b>	<b>Auflösungen</b>	<b>Zuführungen</b>	<b>Umbuchungen</b>	<b>Konsolidierungs- maßnahmen</b>	<b>Periodenende</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Pensionsrückstellungen	1.126.526.185,83	37.880.281,80	548.409,60	83.839.891,08			1.171.937.385,51
Instandhaltungsrückstellungen	13.071.032,90	5.484.643,31	770.952,75	3.653.836,16			10.469.273,00
Steuerrückstellungen	18.195.955,19	1.241.060,08	144.977,25	2.296.283,13			19.106.200,99
Sonstige Rückstellungen	412.440.594,28	125.799.958,65	33.845.760,11	161.388.544,79			414.183.420,31
<b>Summe Rückstellungen</b>	<b>1.570.233.768,20</b>	<b>170.405.943,84</b>	<b>35.310.099,71</b>	<b>251.178.555,16</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>1.615.696.279,81</b>

<b>Verbindlichkeitspiegel zum 31.12.2018</b>					
<b>Art der Verbindlichkeiten</b>	<b>RLZ &lt;1 Jahr EUR</b>	<b>RLZ &gt;1 Jahr &lt;= 5 Jahre EUR</b>	<b>RLZ &gt; 5 Jahre EUR</b>	<b>Gesamt EUR</b>	<b>Vorjahr EUR</b>
Anleihen					
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	196.668.033,65	459.966.540,74	1.441.158.829,15	2.097.793.403,54	2.045.771.915,77
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.128.738.026,32	71.623.036,01	209.851.547,63	1.410.212.609,96	1.542.982.198,71
Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	300.440,38	1.518.598,74	22.223.613,03	24.042.652,15	24.247.713,26
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	99.968.339,11	420.222,85		100.388.561,96	81.446.689,70
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	13.225.911,01			13.225.911,01	15.673.699,79
Sonstige Verbindlichkeiten	72.725.643,27	1.073.436,71	8.599.982,61	82.399.062,59	98.738.202,17
Erhaltene Anzahlungen	159.271.708,61	21.844.382,52		181.116.091,13	120.332.221,56
<b>Summe Verbindlichkeiten</b>	<b>1.670.898.102,35</b>	<b>556.446.217,57</b>	<b>1.681.833.972,42</b>	<b>3.909.178.292,34</b>	<b>3.929.192.640,96</b>
Nachrichtlich:					
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten:					
Patronatserklärungen					
Bürgschaften	499.836,68				523.746,74
Sonstige Garantieerklärungen	18.007.223,98				27.010.835,97

# Gesamtabschluss 2018

für das Haushaltsjahr vom 01.01.2018 – 31.12.2018

## Gesamtlagebericht



## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Vorbemerkung</b>	<b>3</b>
<b>A. Darstellungen der Rahmenbedingungen und der verselbstständigten Aufgabenbereiche</b>	<b>3</b>
a) Rahmenbedingungen	3
b) Geschäftsverlauf im Konzern Stadt Duisburg	5
I. Aufgabenfelder	5
II. Vorgänge von besonderer Bedeutung	7
<b>B. Ertragslage (Ergebnisrechnung)</b>	<b>10</b>
<b>C. Vermögens-, Schulden- und Finanzlage (Bilanz)</b>	<b>14</b>
<b>D. Risiko-, Chancen- und Nachtragsbericht</b>	<b>18</b>
a) Entwicklung des Eigenkapitals im Konzern Stadt Duisburg	18
b) Entwicklung der Verschuldung der Stadt Duisburg (Einzelabschluss)	19
c) Weitere Risiken	20
<b>E. Ausblick und Prognose</b>	<b>23</b>
<b>F. Kennzahlen</b>	<b>26</b>
a) Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation	26
b) Kennzahlen zur Vermögenslage	28
<b>Anlage</b>	<b>31</b>

## **Vorbemerkung**

Gemäß § 116 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit § 50 Abs. 2 KomHVO NRW ist der aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang bestehende Gesamtabschluss um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Beginnend mit dem Gesamtabchluss 2019 sind zudem ein Eigenkapitalspiegel sowie die Kapitalflussrechnung als eigener Bestandteil beizufügen. Die nachfolgenden Ausführungen geben einen Überblick über den Geschäftsablauf mit den wichtigsten Ergebnissen des Gesamtabchlusses und der Gesamtlage in ihren tatsächlichen Verhältnissen. Sie erläutern das durch den Gesamtabchluss vermittelte Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Duisburg einschließlich der verselbstständigten Aufgabenbereiche. Darüber hinaus enthält der Gesamtlagebericht eine Zusammenfassung der relevanten Analysekenntzahlen. Auf Chancen und Risiken für die künftige Gesamtentwicklung wird eingegangen.

Auf die Angabe der Organe und Mitgliedschaften des Verwaltungsvorstandes sowie der Ratsmitglieder gem. § 95 Abs. 3 GO NW wird verzichtet, da die Informationen bereits im Einzellagebericht der Kernverwaltung dargestellt werden, auf den hiermit verwiesen wird.

### **A. Darstellungen der Rahmenbedingungen und der verselbstständigten Aufgabenbereiche**

#### **a) Rahmenbedingungen**

Zu Beginn des Jahres 2019 verlangsamte sich das Wachstum der Weltwirtschaft zunächst leicht. Man rechnet jedoch insgesamt mit einem gleichbleibenden Wachstumstempo für die Gesamtbetrachtung des Jahres 2019. Für diese Annahme ist insbesondere die erwartete Entwicklung für die Gruppe der Schwellenländer relevant. Einer fortgesetzten allmählichen Wachstumsabschwächung in China soll durch die anziehende Dynamik in einigen ostasiatischen Volkswirtschaften und Lateinamerika entgegengewirkt werden können. Etwas sinken dürfte hingegen das Expansionstempo der fortgeschrittenen Volkswirtschaften (ohne den Euroraum), aufgrund nachlassender Auswirkungen expansiver fiskalischer Maßnahmen und einer darüber hinausgehenden zyklischen Abschwächung. In den USA wird weiterhin mit einem soliden Konjunkturaufschwung gerechnet, wenngleich das Wachstum an Fahrt verlieren dürfte. So legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 2. Quartal 2019 auf das Jahr hochgerechnet um 2,1% zu, nach einer Zunahme von 3,1% im 1. Quartal 2019. Das Wachstum wurde sowohl durch den privaten Konsum, als auch durch die Bundes- und Landesausgaben getrieben.

Die Indikatoren für den Welthandel fielen, aufgrund der Wende im globalen Industriezyklus und verstärkter Handelsspannungen, etwas schwächer aus. In den Schwellenländern belebt sich die Konjunktur etwas, obwohl der Produktionsanstieg geringer ausfällt als in den vergangenen beiden Jahren. Ursächlich für die nur allmähliche Erholung der Produktion in den Schwellenländern ist die wohl nachhaltige Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingung in einigen Ländern, aufgrund des in 2018 eingetretenen Vertrauensverlustes an den internationalen Finanzmärkten.

Der weiterhin ungelöste Handelsstreit zwischen den Vereinigten Staaten und China könnte die Weltkonjunktur zusätzlich bremsen.

Im Euro-Raum setzt sich die wirtschaftliche Erholung fort. So konnte im ersten Quartal 2019 gegenüber dem Vorquartal ein Zuwachs von 0,4% verzeichnet werden. Im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres nahm das saisonbereinigte BIP im ersten Quartal 2019 um 1,2% zu. Der öffentliche Schuldenstand der Länder der Eurozone stieg im ersten Quartal 2019 auf 85,9% des BIP, gegenüber 85,1% am Ende des vierten Quartals 2018. Gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres verringerte er sich im Verhältnis zum BIP von 87,1% auf 85,9%.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich noch weiter entspannt. Im Juni 2019 lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum bei 7,5%. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber 7,6 % im Mai 2019 sowie gegenüber 8,2 % im Juni 2018 und ist die niedrigste Quote die seit Juli 2008 im Euroraum verzeichnet wurde.

Dabei ergeben sich bei der Verteilung der Arbeitslosenzahlen innerhalb des Euroraums deutliche Unterschiede. So verzeichneten Deutschland (3,1%) und die Tschechische Republik (1,9%) im Juni 2019 die niedrigste harmonisierte Arbeitslosenquote. Die höchsten Quoten registrierten weiterhin Griechenland (17,6% im April 2019) und Spanien (14,0%). Insgesamt fiel die Arbeitslosenquote im Juni 2019 in allen Mitgliedstaaten, deren Daten im Zeitverlauf vergleichbar sind, mit Ausnahme von Estland und Polen, wo sie unverändert blieb, und Schweden und Luxemburg, wo sie stieg.

Die deutsche Wirtschaft ist insgesamt etwas abgeschwächt. Das reale BIP ist verglichen zum Vorquartal leicht gesunken und war im zweiten Quartal 2019 um 0,1% niedriger als im Vorquartal. Während sowohl die privaten Haushalte, als auch der Staat ihre Konsumausgaben zum Jahresbeginn erhöhten, gingen die Exporte, im Vergleich zum Vorquartal, stärker zurück als die Importe und bremsten das Wirtschaftswachstum etwas. Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich demnach vor allem aus dem Inland. Die Investitionen legten insgesamt zu, wobei die Bauinvestitionen rückläufig waren.

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt sich weitgehend robust, wobei auch hier die konjunkturelle Abschwächung sichtbar wird. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm weiter zu, wenn auch nicht mehr so stark wie im vergangenen Jahr. Die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern hingegen wird merklich schwächer, bewegt sich aber auf hohem Niveau. Die Zahl der Erwerbstätigen hat im Juni 2019 saisonbereinigt um 8.000 zugenommen. Insgesamt reduzierte sich die Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen im Juli 2019 um 0,1 Prozentpunkte auf 5,0%, verglichen mit der Quote des Vorjahres.

Auf kommunaler Ebene haben die Gemeindehaushalte (einschl. Extrahaushalte) auch im Jahr 2018 einen Überschuss vorzuweisen, der jedoch knapp unter dem sehr hohen Vorjahresergebnis liegt. Die Einnahmen stiegen dabei – vor allem aus Steuern und Landeszuweisungen – um 4,5%, während die Ausgaben mit 5,0% etwas schneller anstiegen. Damit belief sich der Überschuss für das Gesamtjahr 2018 auf 10 Mrd. EUR. Bei den Einnahmen leistete das Mehraufkommen bei den Steuern (+5,5%) den wichtigsten Einzelbeitrag. Diese Entwicklung entsprach der besonders gewichtigen Gewerbesteuer. Auch die Einkommensteueranteile und die Umsatzsteueranteile trugen deutlich zum Aufkommensplus bei. Darüber hinaus legten die



Gebühreneinnahmen kräftig zu, die Zuweisungen der Länder hingegen entwickelten sich insgesamt etwas schwächer als die Gesamteinnahmen. Dementgegen stiegen die Ausgaben mit +5,0% etwas schneller. Besonders die gestiegenen Personalausgaben (+5,0%) und Sachaufwendungen (+4,5%) leisteten dazu einen großen Beitrag. Zurückzuführen ist das Plus der Personalaufwendungen auf die spürbare Zunahme der Tarifentgelte, aber auch der Personalaufbau. Die Sachinvestitionen sind, aufgrund von Nachholeffekten, im Schlussquartal deutlich angestiegen (+13%). Bei den Ausgaben für Sozialleistungen hat sich kaum eine Veränderung ergeben. Während die Zahlungen von Sozialhilfe an nicht erwerbsfähige Personen weiter deutlich zunahmen, waren die Asylbewerberleistungen stark rückläufig und auch die Unterkunftskosten für Arbeitslosengeld II-Bezieher nahmen ab.

Insgesamt wird für das Jahr 2019 und die Folgejahre mit einer Verschlechterung des Finanzierungssaldos gerechnet. Die erwartete konjunkturellen Abschwächung, und die damit verbundene Entwicklung der Steuereinnahmen, trägt unter anderem hierzu bei. Die jüngste Steuerschätzung prognostizierte lediglich einen Anstieg des Steueraufkommens um gut 2%. Darüber hinaus wird erwartet, dass die Ausgaben, aufgrund der Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrs- und Schulinfrastruktur sowie der Kinderbetreuung, weiter dynamisch steigen. Zudem dürften perspektivisch die Lasten der Sozialleistungen wieder steigen. Im Ergebnis würden die kommunalen Haushalte un-günstiger abschließen als im Vorjahr, jedoch nach wie vor mit einem hohen Überschuss. Sollte sich die Gesamtwirtschaft weitgehend stabil entwickeln, sind die Perspektiven mittelfristig günstig.

In Duisburg waren im Mai 2019 insgesamt 28.315 Personen arbeitslos gemeldet. Das entspricht einem Rückgang um 1.190 Personen im Vergleich zum Vorjahr. Die Arbeitslosenquote beträgt 11,0% und ist damit um 0,5 Prozentpunkte verglichen mit dem Wert vor einem Jahr gefallen. Die darin enthaltene SGB-II-Arbeitslosenquote beläuft sich auf 8,8%. Auf die Zahl der arbeitslosen Ausländerinnen und Ausländer entfielen 11.728 Personen, im Mai 2018 waren es 11.797.

Auch die konjunkturelle Entwicklung am Niederrhein zeigt sich in noch guter Verfassung. In der Frühsommerumfrage der Niederrheinischen IHK gaben 40 % der Unternehmen an, dass sie ihre eigene Lage im Frühsommer 2019 mit „gut“ beurteilen. Für das Gesamtjahr 2019 sind die Erwartungen jedoch weniger optimistisch als bisher, während noch jeder fünfte Betrieb mit einer Verbesserung seiner Lage rechnet, geht mittlerweile fast jeder sechste Betrieb von einer Verschlechterung aus. Die Erwartungen sind insbesondere durch die Handelsstreitigkeiten, den Brexit sowie die Russland- und Iran-Sanktionen negativ beeinflusst. Der Konjunkturklimateindex für den Niederrhein, der Lage und Erwartungen zusammenfassend darstellt, zeigt, dass die konjunkturellen Aussichten insgesamt etwas zurückgegangen sind. Der Wert ist auf nunmehr 117 Punkte gesunken (Vorjahreswert: 121).

## **b) Geschäftsverlauf im Konzern Stadt Duisburg**

### **I. Aufgabenfelder**

Die Geschäftstätigkeit des „Konzerns Stadt Duisburg“ umfasst pflichtige und freiwillige Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung, die durch die Kernverwaltung und die in den Gesamtabchluss einbezogenen Einrichtungen und Beteiligungen erbracht werden. Dieser Konsolidierungskreis wird regelmäßig überprüft. Ihm gehören in 2018

- wie schon in den Vorjahren - neben der Kernverwaltung, die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Immobilien-Management Duisburg und DuisburgSport sowie die nachfolgend genannten Beteiligungen des öffentlichen und privaten Rechts an.

Die vAB werden im Folgenden in der Reihenfolge des Beteiligungsberichtes aufgeführt, die Gliederung orientiert sich also an den Sparten. Zu einer detaillierteren Beschreibung der einzelnen vAB wird auf den Gesamtanhang 2018 verwiesen. Weitere Informationen zu allen Beteiligungen sind im Beteiligungsbericht zu finden.

### **Versorgung, Entsorgung und Verkehr**

- Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) mit Stadtwerke Duisburg AG (SWDU) und Duisburger Verkehrsgesellschaft AG (DVG)
  - Der DVV-Konzern stellt als Teilkonzern mit seinen Tochtergesellschaften die größte beherrschte Beteiligung der Stadt Duisburg dar. Sie ist zuständig für die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme sowie die Erfüllung von Verkehrsaufgaben jeder Art, insbesondere des öffentlichen Nahverkehrs.
- Duisburger Hafen AG (duisport) – Konzern
  - Die Stadt Duisburg hat durch ihre 33,33%ige Beteiligung einen maßgeblichen Einfluss und bezieht den Konzern daher als assoziiertes Unternehmen mit in den Gesamtabschluss ein. Das Unternehmen betreibt die Häfen einschließlich aller Nebenanlagen und Bahnanlagen. Duisburg hat den größten Binnenhafen Europas.
- Wirtschaftsbetriebe Duisburg – Anstalt öffentlichen Rechts (WBD)
  - Die Stadt Duisburg ist alleinige Trägerin der Anstalt, welche für die Kommune sämtliche Aufgaben in den Bereichen Abfallwirtschaft, Stadtentwässerung, Stadtreinigung und Winterdienst, Unterhaltung der Grünflächen, Betrieb der Friedhöfe, Pflege der gesamten städtischen Infrastruktur, Gewässerunterhaltung und Hochwasserschutz wahrnimmt.

### **Stadtmarketing, Kultur und Freizeit**

- Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum - Zentrum internationaler Skulptur – (SWLM)
  - Die Stiftung wird aufgrund ihrer Wichtigkeit in Bezug auf Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler in den Gesamtabschluss einbezogen.

### **Immobilien**

- Duisburger Baugesellschaft mbH (GEBAG)
  - Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie nimmt in allen Bereichen des Immobilienmanagements Aufgaben wahr. Schwerpunkte sind die Immobilienentwicklung, Stadtentwicklung, Mitwirkung bei der Verbesserung der Infrastruktur und der Wirtschaftsförderung.

- Immobilien-Management Duisburg (IMD)
  - Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung hat die Aufgabe, Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Gebäude sowie sonstige Bauwerke für die Zwecke der Stadt Duisburg nach kaufmännischen Grundsätzen zu erwerben, anzumieten, zu pachten, zu bewirtschaften, zu entwickeln und zu verwerten sowie Bauvorhaben zu realisieren. Die Ziele der Stadt im Hinblick auf die Stadtentwicklung und die Wirtschaftsförderung sind dabei zu beachten. Dem IMD wurde zum 01.01.2003 bzw. 01.01.2004 in zwei Schritten das wesentliche Immobilienvermögen der Stadt Duisburg übertragen.

## **Gesundheit, Sport, Arbeit und Soziales**

- DuisburgSport (DuSport)
  - Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung ist als Sondervermögen der Stadt für sämtliche Belange des Sportbereichs zuständig und pflegt die Sportstätten der Stadt Duisburg. Ihr wurde das Sportstättenvermögen der Stadt teilweise übertragen.

## **II. Vorgänge von besonderer Bedeutung**

Der Haushalt der Stadt Duisburg war vor Einführung des Stärkungspaktgesetzes letztmalig im Jahr 1992 ausgeglichen. Das Defizit im Verwaltungshaushalt bzw. nach der Umstellung auf das „Neue kommunale Finanzmanagement (NKF)“ im Jahr 2008 im Ergebnishaushalt stieg kontinuierlich an. Dieser Verlauf konnte mit dem Jahresabschluss 2015 aufgehalten und umgekehrt werden. Seit nunmehr 4 Jahren (2015 – 2018) kann unter Einbeziehung der Stärkungspakthilfe ein positives Jahresergebnis ausgewiesen werden, und auch das Haushaltsjahr 2019 wird ausweislich des Controllingberichts zum 30.09.2019 voraussichtlich positiv abschließen.

Am 22.03.2010 hatte der Rat der Stadt Duisburg das Haushaltssicherungskonzept 2010 (HSK) mit einem Konsolidierungsvolumen von bis zu 162 Mio. EUR verabschiedet. Dieses musste im Rahmen der zweiten Fortschreibung zum Haushaltsjahr 2012 im Volumen auf rd. 159 Mio. EUR p.a. abgesenkt werden (davon rd. 140 Mio. EUR innerhalb des Finanzplanungszeitraums). Trotz intensiver Konsolidierungsbemühungen war die Stadt Duisburg weiterhin nicht in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt innerhalb des Finanzplanungszeitraums darzustellen. Somit unterlag die Stadt Duisburg in den letzten Jahren dauerhaft den Restriktionen des § 82 Gemeindeordnung NRW, wonach sie nur zur Leistung von Aufwendungen berechtigt war, zu deren Leistung sie rechtlich verpflichtet war oder die zur Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar waren.

Am 16.12.2011 wurde schließlich im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW das „Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen“ (Stärkungspaktgesetz) veröffentlicht. Demnach unterstützt das Land NRW ab dem Jahr 2011 die Haushaltskonsolidierung aller überschuldeten oder von Überschuldung bedrohten Gemeinden mit einer jährlichen Konsolidierungshilfe.

Mit einem „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ von 140,1 Mio. EUR zum Stichtag 31.12.2010 (31.12.2011 = 240,9 Mio. EUR) gehörte die Stadt Duisburg zum Kreis der bereits überschuldeten Kommunen und unterlag somit der pflichtigen Teil-

nahme am Stärkungspakt Stadtfinanzen. Dabei beläuft sich die jährliche Konsolidierungshilfe auf rd. 52 Mio. EUR, die erste Rate wurde bereits im Dezember 2011 ausbezahlt.

Gem. § 6 Abs. 2 Stärkungspaktgesetz NRW ist die Stadt Duisburg verpflichtet, den Haushaltsausgleich spätestens im Jahr 2016 – dann noch unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe – zu erreichen. In den Folgejahren ist durch weitere Konsolidierungsbemühungen „ein degressiver Abbau der zum Haushaltsausgleich erforderlichen Konsolidierungshilfe vor(zu)sehen“. Spätestens ab dem Jahr 2021 muss der Haushaltsausgleich aus eigener Kraft und ohne Konsolidierungshilfe des Landes erreicht werden. In der Spitze weist der am 25.06.2012 vom Rat der Stadt Duisburg beschlossene und zuletzt im Rahmen der Beratungen zum (Doppel)-Haushalt 2020 / 2020 fortgeschriebene Haushaltssanierungsplan (HSP) ein Konsolidierungsvolumen von 287,8 Mio. EUR aus. Darin sind die im Jahr 2010 ff. beschlossenen Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts (HSK) mit enthalten.

Im festgestellten Jahresabschluss 2018 konnte die Stadt Duisburg, so wie in den Vorjahren, ein positives Jahresergebnis (rd. 46,9 Mio. EUR) verbuchen und somit den vom Landesgesetzgeber geforderten Haushaltsausgleich abermals erreichen. Gemäß aktueller Haushaltsplanung für das Jahr 2020 / 2021, die einen Jahresüberschuss von rd. 9,0 Mio. EUR (2021: rd. 1,5 Mio. EUR) ausweist, wird die Stadt Duisburg das Konsolidierungsziel weiterhin erfolgreich verfolgen. Der positive Jahresüberschuss 2021 wird dabei planerisch ohne Konsolidierungshilfe erreicht.

Damit würde die Stadt Duisburg in die Lage versetzt, die in den vergangenen Jahren eingetretene Überschuldung Schritt für Schritt abzutragen und perspektivisch zu einer generationengerechten Haushaltsführung zurückzukehren. Bei einem negativen Eigenkapital von voraussichtlich rd. 298,6 Mio. EUR (gemäß Einzelabschluss 2018) im Jahr 2021 wird deutlich, dass auch über den HSP-Zeitraum hinaus sparsames Wirtschaften und konsequente Konsolidierung notwendig sein werden. Die Belastung durch die Liquiditätskredite und der Abbau selbiger erfordern auch weiterhin die Einhaltung vorgenannter Haushaltsdisziplin.

Anzumerken ist an dieser Stelle allerdings auch, dass die Realisierung der im Eckwertepapier dargestellten Entwicklungen nicht allein in der Hand der Stadt Duisburg liegt. Auf der Ertragsseite können die Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer, Umsatzsteuer) nur aufgrund der jeweils aktuellen Steuerschätzungen und Orientierungswerte berechnet werden. Auch die Gewerbesteuer eignet sich aufgrund ihrer volatilen Entwicklung kaum für eine verlässliche Prognose. Sollte es aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung zu Steuerausfällen kommen, wäre die Stadt Duisburg – und somit auch der Haushaltssanierungsplan – davon in erheblichem Maße betroffen.

Entsprechendes gilt auch für die mit Abstand größte Ertragsposition, die Schlüsselzuweisungen. Verringert sich auf Landesebene der Steuerertrag, der zur Berechnung der auf die Kommunen zu verteilenden Masse (Schlüsselmasse) entfällt, hat dies direkt Auswirkungen auf die Empfängerkommunen. Gleiches gilt, wenn sich die Steuerkraft der Kommunen untereinander erheblich verschieben sollte. In der Folge würden dann Kommunen mit überdurchschnittlich stark sinkender Steuerkraft erheblich mehr Zuweisungen – zu Lasten der anderen Empfängerkommunen – erhalten. Insbesondere dieser Tatbestand lässt sich mangels Kenntnis der realen Entwicklungen in der Zukunft nicht in der Prognose abbilden.

Auch die Umsetzung der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen kann, bei aller Sorgfalt der Planung, nicht in allen Fällen als gesichert angesehen werden. Neben den im erheblichen Umfang geplanten Personaleinsparungen, die nur durch konsequente Aufgabenkritik realisiert werden können, drohen insbesondere auch aus dem Bereich der städtischen Beteiligungen Risiken für den Haushaltssanierungsplan.

**B. Ertragslage (Ergebnisrechnung)**

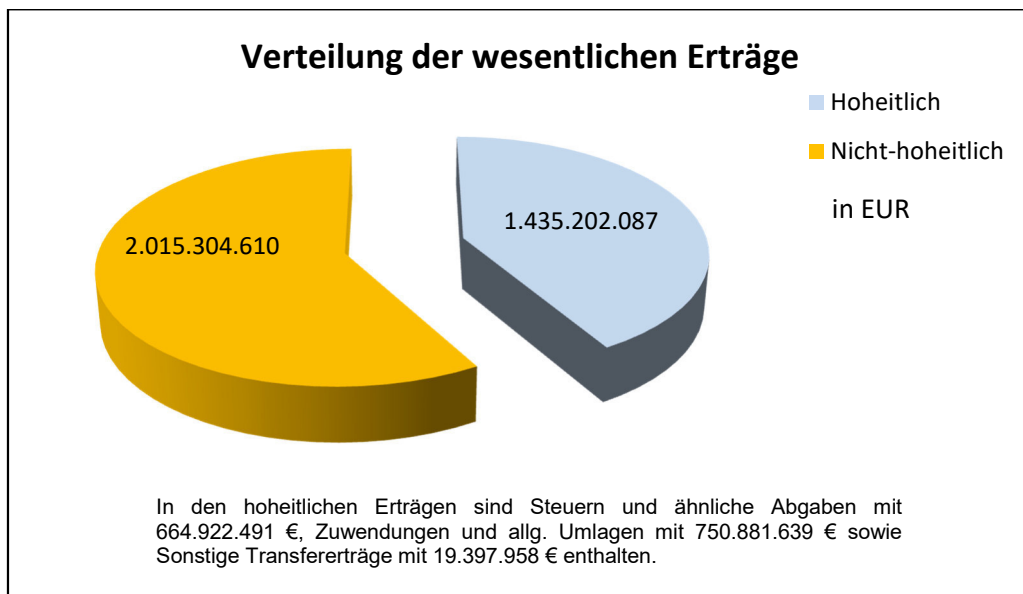
Gesamtergebnisrechnung Stadt Duisburg	Ergebnis 2018 EUR	%	Ergebnis 2017 EUR	%
<b>Ordentliche Erträge</b>				
Steuern und ähnliche Abgaben*	664.922.491,02	19,27	628.881.263,46	19,72
Zuwendungen und allgemeine Umlagen*	750.881.638,61	21,76	744.765.371,86	23,36
Sonstige Transfererträge*	19.397.957,64	0,56	19.531.175,64	0,61
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	229.541.154,42	6,65	225.191.530,78	7,06
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.385.528.776,09	40,15	1.193.667.146,24	37,43
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	194.752.661,28	5,64	196.901.157,29	6,17
Sonstige ordentliche Erträge	166.777.727,56	4,83	140.590.191,87	4,41
Aktivierte Eigenleistungen	34.644.770,30	1,00	35.468.215,27	1,11
Bestandsveränderungen	4.059.520,75	0,12	3.850.746,96	0,12
<b>Summe ordentliche Erträge</b>	<b>3.450.506.697,67</b>	<b>100,00</b>	<b>3.188.846.799,37</b>	<b>100,00</b>
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>				
Personalaufwendungen	711.864.562,07	21,51	659.992.299,84	21,54
Versorgungsaufwendungen	68.341.348,58	2,06	69.309.250,91	2,26
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.473.165.346,56	44,51	1.261.150.658,94	41,16
Bilanzielle Abschreibungen	227.258.593,93	6,87	264.631.734,59	8,64
Transferaufwendungen	627.824.170,29	18,97	629.125.781,59	20,53
Sonstige ordentliche Aufwendungen				
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.652.584,25		8.840.890,24	
Sonstige Steuern	-2.189.112,84		3.279.226,94	
Übrige sonstige ordentliche Aufwendungen	197.938.073,29		168.060.887,69	
Summe sonstige ordentliche Aufwendungen	201.409.498,78	6,09	180.181.004,87	5,88
<b>Summe ordentliche Aufwendungen</b>	<b>3.309.863.520,21</b>	<b>100,00</b>	<b>3.064.390.730,74</b>	<b>100,00</b>
<b>Ordentliches Gesamtergebnis</b>	<b>140.643.177,46</b>		<b>124.456.068,63</b>	
<b>Gesamtfinanzergebnis</b>				
Erträge aus Beteiligungsverhältnissen	8.021.272,06		8.726.855,53	
Anteil am Ergebnis v. assoziierten Unternehmen	2.781.625,50		2.031.592,20	
Zinsen und ähnliche Erträge	2.564.876,76		1.981.963,62	
Aufwendungen aus Gewinnabführungsverträgen	82.418,04		187.541,46	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	60.775.990,96		63.581.806,70	
<b>Summe Gesamtfinanzergebnis</b>	<b>-47.490.634,68</b>		<b>-51.028.936,81</b>	
<b>Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>93.152.542,78</b>		<b>73.427.131,82</b>	
<b>Außerordentliches Gesamtergebnis</b>				
Außerordentliche Erträge	0,00		0,00	
Außerordentliche Aufwendungen	0,00		0,00	
<b>Summe außerordentliches Gesamtergebnis</b>	<b>0,00</b>		<b>0,00</b>	
<b>Gesamtjahresergebnis</b>	<b>93.152.542,78</b>		<b>73.427.131,82</b>	
Jahresergebnis Anteil Fremder * <sup>1</sup>	-4.492.616,44		-4.536.203,54	
Ergebnisverwendung * <sup>2</sup>	-15.110.701,99		-22.367.674,53	
<b>Gesamtbilanzergebnis</b>	<b>73.549.224,35</b>		<b>46.523.253,75</b>	

\* hoheitliche Erträge

\*<sup>1</sup> im Jahresergebnis enthaltener, anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn oder der auf sie entfallende Verlust\*<sup>2</sup> Entnahmen/Zuführungen Allgemeine Rücklage

Den ordentlichen Erträgen in Höhe von 3.450.506 TEUR stehen ordentliche Aufwendungen von 3.309.863 TEUR gegenüber, so dass sich erneut ein positives **Ordentliches Ergebnis von 140.643 TEUR** ausweisen lässt.

Die **Erträge** mit privatrechtlichem Charakter (58%) übersteigen wie im Vorjahr deutlich die Erträge, die dem hoheitlichen Bereich (42%) zuzurechnen sind. Hier spiegeln sich die hohe Ertragskraft der Beteiligungen, aber auch die relativ geringen Steuererträge wider.



Im Vergleich zu 2017 steigen die Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben (um 36.041 TEUR; +5,73%) ebenso wie die Zuwendungen und Umlagen (um 6.116 TEUR; +0,82%), öffentlich rechtlichen Leistungsentgelten (um 4.350 TEUR, +1,93%) und die Sonstigen Ordentlichen Erträge (um 26.188 TEUR, +18,63%). Die privatwirtschaftlichen Leistungsentgelte, als größter Posten des nicht-hoheitlichen Bereichs, erhöhen sich um 191.862 TEUR (+16,02%).

Verschlechterungen ergeben sich hingegen bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen (um 2.148 TEUR, -1,09%) sowie den sonstigen Transfererträgen (um 133 TEUR; -0,68%).

Die hoheitlichen Erträge steigen somit insgesamt 42.024 TEUR höher aus, die nicht-hoheitlichen Erträge steigen um 219.636 TEUR im Vergleich zu den Vorjahreswerten.

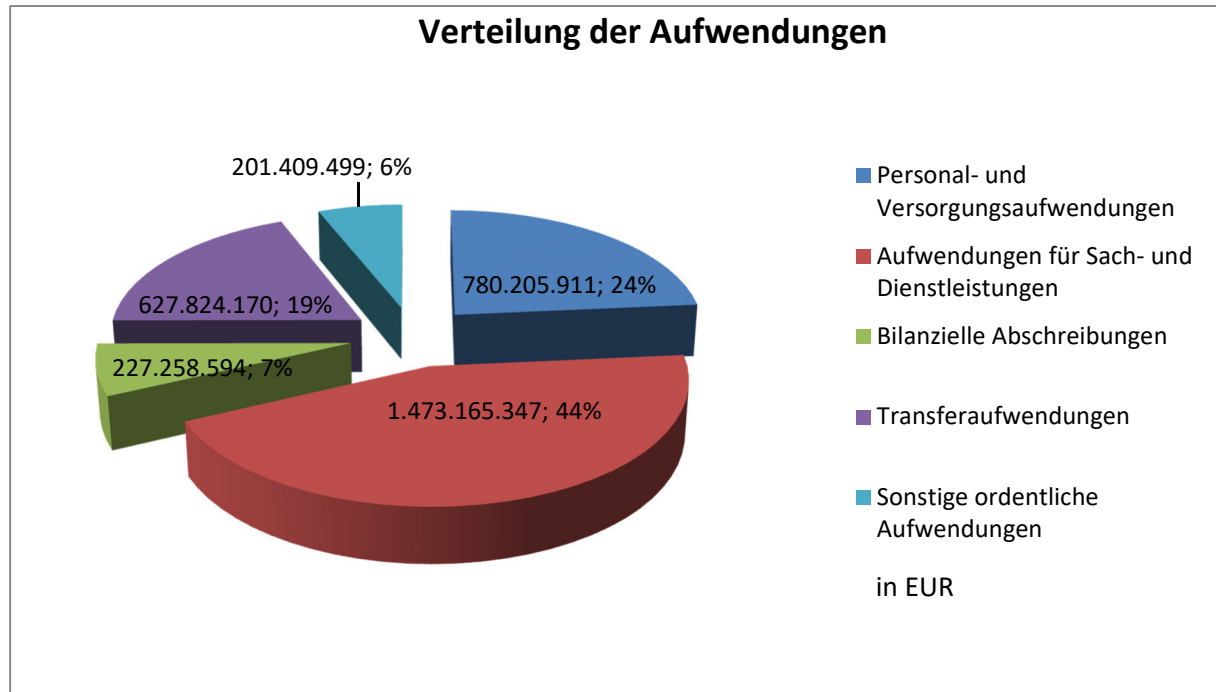
Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen spielen in der Gesamtergebnisrechnung keine wesentliche Rolle.

Im **Aufwandsbereich** bilden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen die größte Position (44,5%), die im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegen ist (um 212.015 TEUR, +16,8%). Erst nach dieser Aufwandsart folgen die Personalaufwendungen, die einschl. Versorgungsaufwendungen 23,6% der ordentlichen Aufwendungen ausmachen und die Transferaufwendungen mit 19%.

Die Versorgungsaufwendungen sind hierbei gesunken (um 968 TEUR; -1,4%), währenddessen die Personalaufwendungen gestiegen sind (um 51.872 TEUR; +7,86%).

Diese Diskrepanz steht in direktem Zusammenhang mit der Veröffentlichung der neuen Richtwerte der Heubeck-Tafeln, die sich aufwandserhöhend auf die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen auswirken.

Gesunken sind die Bilanziellen Abschreibungen (um 37.373 TEUR; -14,18%).



Das **Finanzergebnis** (-47.491 TEUR) hat sich gegenüber 2017 (-51.029 TEUR) durch die Aufwandsposition „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ (-2.806 TEUR) verbessert.

Es ergibt sich insgesamt ein positives **Gesamtjahresergebnis** für 2018 in Höhe von **93.153 TEUR**, das sich auf die Kernverwaltung und die vAB nach Konsolidierung wie folgt verteilt:

Bereich	Anteil am Gesamtergebnis in EUR	
	2018	2017
Kernverwaltung	41.924.464,97	10.381.788,38
Immobilien Management Duisburg	7.806.449,60	12.976.630,58
DuisburgSport	230.008,67	-284.928,51
DVV - Konzern	6.668.880,48	24.548.092,08
WBD AöR	21.352.204,53	14.141.699,16
GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH	11.351.167,88	8.527.359,84
Duisburger Hafen AG - duisport	3.960.075,50	3.125.867,20
Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum	-140.708,85	10.623,09
<b>Summe</b>	<b>93.152.542,78</b>	<b>73.427.131,82</b>

Das Jahresergebnis der Kernverwaltung hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert und stellt sich positiv dar (+31.543 TEUR). Wesentliche positive Jahresergebnisse erzielten auch die WBD AöR sowie die GEBAG. Die Ergebnisse des DVV-Konzerns sowie des IMD sind gegenüber dem Vorjahr zwar rückläufig, insge-



samt hat sich dennoch, insbesondere aufgrund der Entwicklung der Kernverwaltung, das Gesamtjahresergebnis positiv entwickelt.

Dem Gesamtjahresergebnis sind der Ergebnisanteil Fremder\*<sup>1</sup> sowie die Ergebnisverwendung\*<sup>2</sup> zuzurechnen, so dass sich ein **Gesamtbilanzergebnis** von 73.549 TEUR ergibt. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung von 27.026 TEUR.

\*<sup>1</sup> im Jahresergebnis enthaltener, anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn oder der auf sie entfallende Verlust

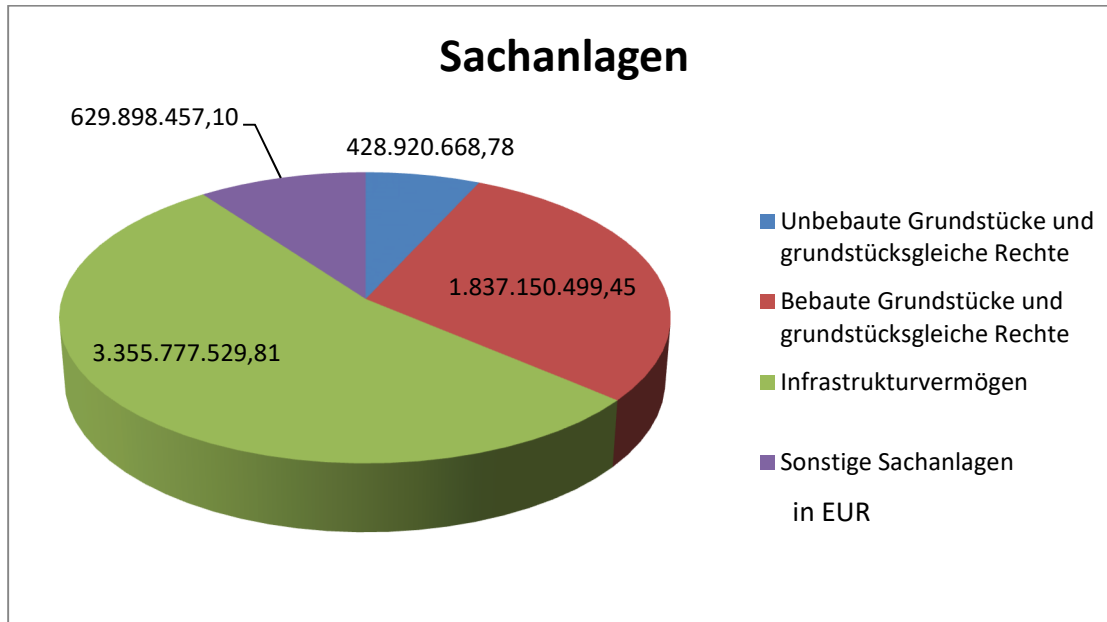
\*<sup>2</sup> Entnahmen/Zuführungen Allgemeine Rücklage

**C. Vermögens-, Schulden- und Finanzlage (Bilanz)**

Gesamtbilanz Stadt Duisburg		Stand 31.12.2018 EUR	%	Stand 31.12.2017 EUR	%
<b>A K T I V A</b>					
<b>1</b>	<b>Anlagevermögen</b>				
1.1	<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>				
1.1.1	Geschäfts- oder Firmenwert	8.864.691,12	0,12	10.342.139,64	0,14
1.1.2	Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	5.522.778,40	0,07	5.624.228,49	0,07
1.1.3	Anzahlungen auf immat. Vermögensgegenstände	568.308,81	0,01	353.249,52	0,00
	Summe immaterielle Vermögensgegenstände	14.955.778,33	0,20	16.319.617,65	0,22
1.2	<b>Sachanlagen</b>				
1.2.1	Unbeb. Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	428.920.668,78	5,67	433.571.213,26	5,73
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	1.837.150.499,45	24,28	1.823.186.909,77	24,10
1.2.3	Infrastrukturvermögen	3.355.777.529,81	44,34	3.377.613.908,08	44,65
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	621.268,61	0,01	998.416,69	0,01
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	89.392.510,07	1,18	89.352.510,07	1,18
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	155.614.823,49	2,06	126.718.136,60	1,68
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	107.407.517,06	1,42	105.956.443,35	1,40
1.2.8	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	276.862.337,87	3,66	234.653.150,87	3,10
	Summe Sachanlagen	6.251.747.155,14	82,61	6.192.050.688,69	81,85
1.3	<b>Finanzanlagen</b>				
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	8.204.080,70	0,11	9.218.236,63	0,12
1.3.2	Beteiligungen	46.213.599,06	0,61	36.311.501,14	0,48
1.3.3	Assoziierte Unternehmen	334.574.057,88	4,42	332.116.566,52	4,39
1.3.4	- davon Unterschiedsbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	42.631.776,90	0,56	41.770.884,90	0,55
1.3.6	Ausleihungen	50.851.636,26	0,67	52.794.354,84	0,70
1.3.7	Sondervermögen	4.142.989,00	0,05	4.131.787,85	0,05
	Summe Finanzanlagen	486.618.139,80	6,43	476.343.331,88	6,30
	Summe Anlagevermögen	6.753.321.073,27	89,23	6.684.713.638,22	88,37
<b>2</b>	<b>Umlaufvermögen</b>				
2.1	Vorräte	88.014.298,53	1,16	58.023.514,63	0,77
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen u. Forderungen aus Transferleistung	118.603.649,18	1,57	111.431.858,76	1,47
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	114.964.810,65	1,52	110.259.502,23	1,46
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände	88.797.586,44	1,17	74.294.847,60	0,98
	Summe Forderungen u. son. Verm.gegenstände	322.366.046,27	4,26	295.986.208,59	3,91
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	254.330,61	0,00
2.4	Liquide Mittel	137.726.736,59	1,82	162.541.721,24	2,15
	Summe Umlaufvermögen	548.107.081,39	7,24	516.805.775,07	6,83
<b>3</b>	<b>Aktive Rechnungsabgrenzungsposten</b>	70.588.348,64	0,93	70.907.183,71	0,94
<b>4</b>	<b>Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	196.052.634,31	2,59	292.303.613,40	3,86
	<b>Summe Aktiva</b>	<b>7.568.069.137,61</b>	<b>100,00</b>	<b>7.564.730.210,40</b>	<b>100,00</b>

Die **Gesamtbilanzsumme** beträgt 7.568.069 TEUR, dies bedeutet einen geringen Anstieg gegenüber 2017 von 3.339 TEUR.

Der überwiegende Teil der **Aktivseite** entfällt mit 82,61% auf die Sachanlagen, hier ist die größte Position das Infrastrukturvermögen, das mehr als die Hälfte des Sachanlagevermögens ausmacht. Weitere wesentliche Positionen sind die bebauten und die unbebauten Grundstücke.



Die Finanzanlagen stiegen um 10.275 TEUR (+2,16%), die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind um 26.380 TEUR (+8,91%) gestiegen.

Gesamtbilanz Stadt Duisburg		Stand 31.12.2018 EUR	%	Stand 31.12.2017 EUR	%
<b>P A S S I V A</b>					
<b>1 Eigenkapital</b>					
1.1	Allgemeine Rücklage				
1.2	Sonderrücklagen	54.475.103,67	0,72	54.475.103,67	0,72
1.3	Ausgleichsrücklage				
1.4	Gewinn- und Verlustvortrag				
1.5	Gesamtbilanzergebnis				
1.6	- davon Gesamtjahresergebnis				
1.7	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	113.266.186,90	1,50	111.409.158,47	1,47
	Summe Eigenkapital	167.741.290,57	2,22	165.884.262,14	2,19
<b>2 Sonderposten</b>					
2.1	Sonderposten für Zuwendungen	1.594.521.804,37	21,07	1.607.858.139,03	21,25
2.2	Sonderposten für Beiträge	160.489.960,75	2,12	165.594.578,93	2,19
2.3	Sonderposten für den Gebührenausschlag	12.559.534,26	0,17	8.523.342,26	0,11
2.4	Sonstige Sonderposten	27.917.440,62	0,37	26.826.916,85	0,35
	Summe Sonderposten	1.795.488.740,00	23,72	1.808.802.977,07	23,91
<b>3 Rückstellungen</b>					
3.1	Pensionsrückstellungen	1.171.937.385,51	15,49	1.133.210.767,32	14,98
3.2	Instandhaltungsrückstellungen	10.469.273,00	0,14	13.071.032,90	0,17
3.3	Steuerrückstellungen	19.106.200,99	0,25	18.195.955,19	0,24
3.4	Sonstige Rückstellungen	414.183.420,31	5,47	412.775.181,98	5,46
	Summe Rückstellungen	1.615.696.279,81	21,35	1.577.252.937,39	20,85
<b>4 Verbindlichkeiten</b>					
4.1	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	2.097.793.403,54	27,72	2.045.771.915,77	27,04
4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.410.212.609,96	18,63	1.542.982.198,71	20,40
4.3	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	24.042.652,15	0,32	24.247.713,26	0,32
4.4	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	100.388.561,96	1,33	81.446.689,70	1,08
4.5	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	13.225.911,01	0,17	15.673.699,79	0,21
4.6	Sonstige Verbindlichkeiten	82.399.062,59	1,09	98.738.202,17	1,31
4.7	Erhaltene Anzahlungen	181.116.091,13	2,39	120.332.221,56	1,59
	Summe Verbindlichkeiten	3.909.178.292,34	51,65	3.929.192.640,96	51,94
<b>5 passive Rechnungsabgrenzungsposten</b>		79.964.534,89	1,06	83.597.392,84	1,11
	<b>Summe Passiva</b>	<b>7.568.069.137,61</b>	<b>100,00</b>	<b>7.564.730.210,40</b>	<b>100,00</b>

Auf der **Passivseite** ist ein **Eigenkapital von 167.741 TEUR** ausgewiesen.

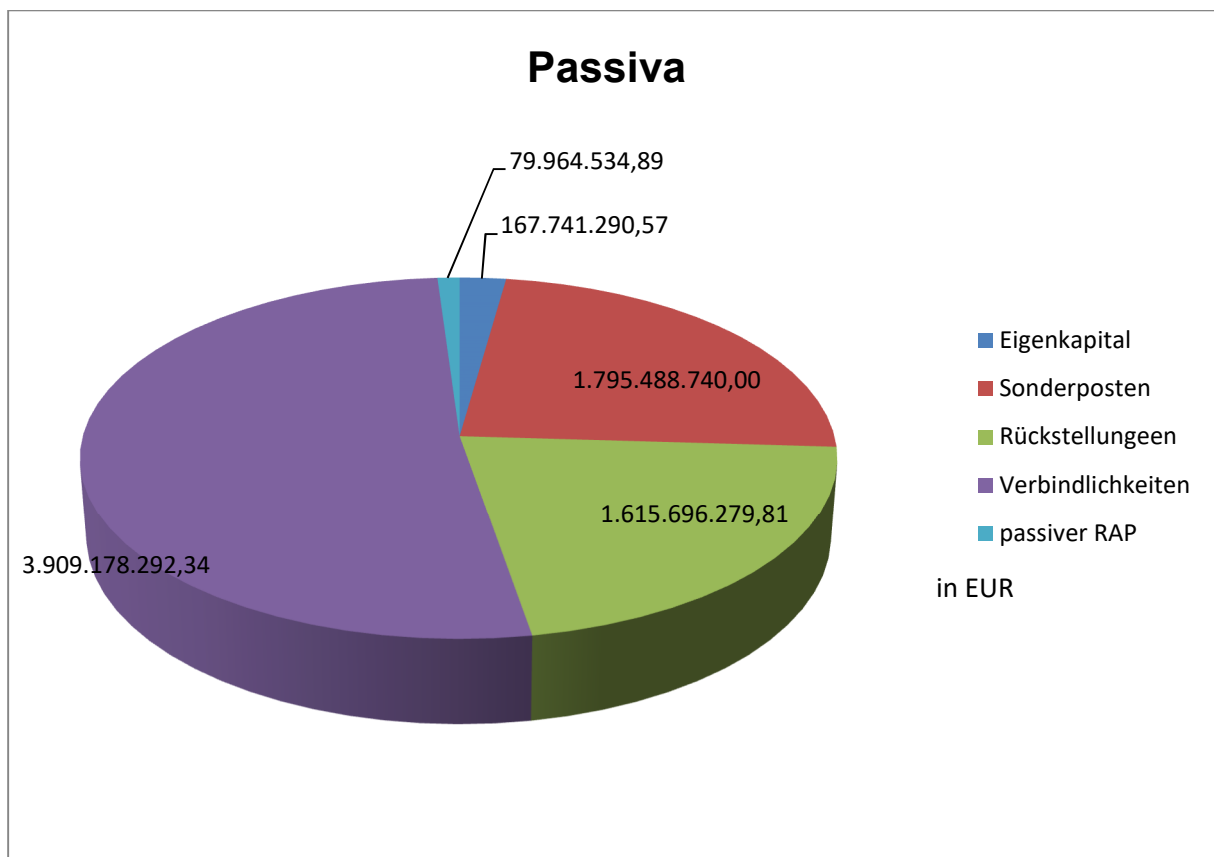
Dem gegenüber steht der **nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag** auf der Aktivseite in Höhe von **196.053 TEUR**. Aufgrund des wiederholten positiven Gesamtjahresergebnisses in Höhe von 93.153 TEUR hat sich der nicht durch EK gedeckte Fehlbetrag reduziert.

Es verbleiben aber trotz negativem Eigenkapitals die Sonderrücklagen und auch der Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter auf der Passivseite unter dem Eigenkapital bestehen.

Bei der Beurteilung der Sonderposten ist zu beachten, dass diese auch inhaltlich zwischen Eigen- und Fremdkapital stehen und deshalb in der Beurteilung der Bilanz zumindest teilweise dem Eigenkapital (beispielsweise bei Ermittlung einer EK-Quote) zuzurechnen sind.

Die Rückstellungen betreffen vor allem die Pensionsrückstellungen.

Größter Posten der Passivseite sind die Verbindlichkeiten mit 3.909.178 TEUR. Es entfallen auf Kredite zur Liquiditätssicherung (hier: überwiegend Kernverwaltung) 1.410.213 TEUR sowie 2.097.793 TEUR auf Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen. Die Verbindlichkeiten insgesamt haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 20.014 TEUR reduziert, dies entspricht einer prozentualen Veränderung von - 0,51 %.



## D. Risiko-, Chancen- und Nachtragsbericht

Die Stadt Duisburg hat kein formalisiertes Gesamtrisikomanagementsystem aufgebaut, Risiken werden jedoch in allen vAB identifiziert und beobachtet. Im Rahmen des Gesamtabchlusses wird untersucht, ob es darüber hinaus Risiken gibt, die zwar für einzelne vAB nicht wesentlich sind, sich aber gegenseitig verstärkend auf die Stadt Duisburg als Gesamtheit auswirken.

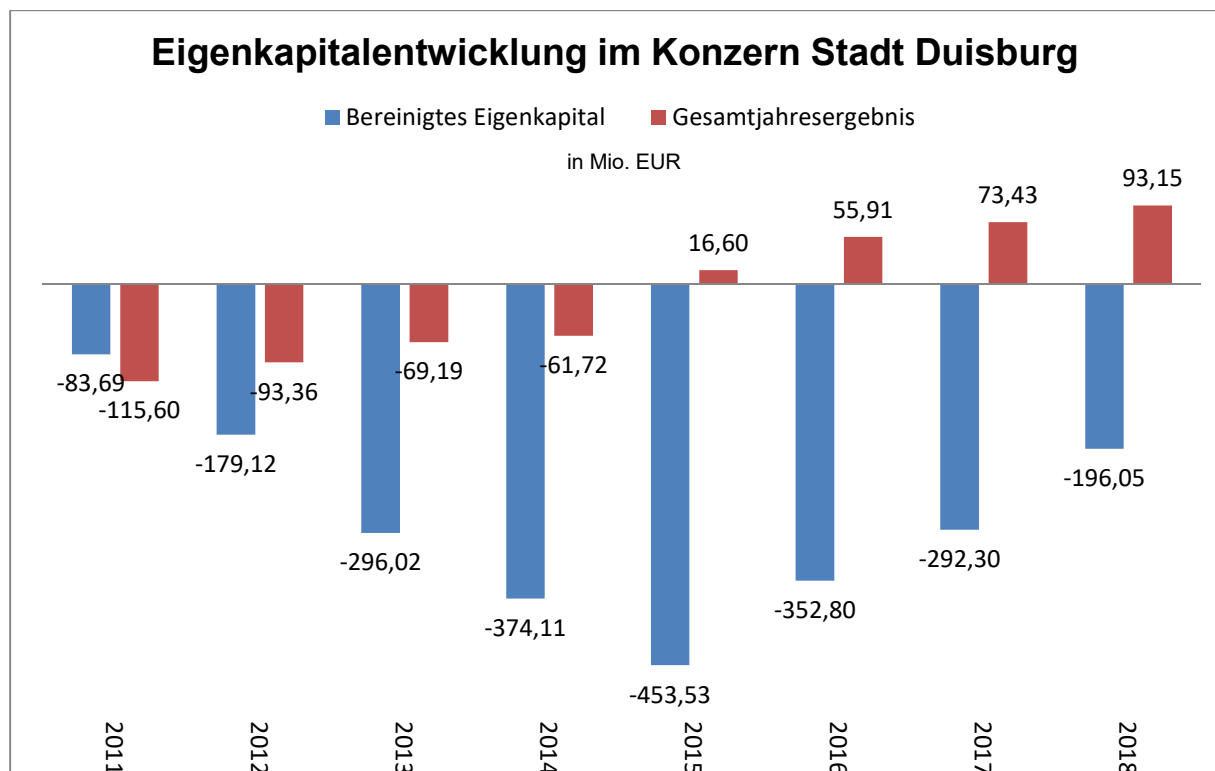
Es wird im Folgenden auf die Sachverhalte eingegangen, die als wesentlich identifiziert wurden oder Chancen/Risiken für mehrere Teilbereiche des Konzerns Stadt Duisburg darstellen:

### a) Entwicklung des Eigenkapitals im Konzern Stadt Duisburg

Zwischen dem 01.01.2010 und dem 31.12.2015 hat sich das Eigenkapital im Konzern stetig verringert, ab 2016 war erstmalig eine Zunahme zu verzeichnen, was sich auch in 2018 fortgesetzt hat. Dargestellt wird die Entwicklung hier anhand des bereinigten Eigenkapitals, d. h. das Eigenkapital ohne die Sonderrücklage und den Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter, da diese Posten auch auf der Passivseite der Bilanz stehen bleiben, seitdem das Eigenkapital negativ geworden ist und auf die Aktivseite umgebucht wird.

Die Gesamtbilanz weist zum 31.12.2018 einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 196,1 Mio. EUR aus.

Das Gesamtjahresergebnis hat sich bis einschließlich 2018 stetig verbessert (Stand zum 31.12.2018: 93,2 Mio. EUR).



Eine fundierte Prognose der Entwicklung des Eigenkapitals im Konzern für die Folgejahre ist zurzeit noch nicht möglich. Zum einen begründet sich dies aus den Überleitungen der HGB-Einzelergebnisse gemäß dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement und der Einheitstheorie im Konzern. Zum anderen können sich die einzelnen Chancen und Risiken der vAB im Konzern sehr unterschiedlich auswirken (erhöhend oder verringend).

#### **b) Entwicklung der Verschuldung der Stadt Duisburg (Einzelabschluss)**

Im Bereich der Investitionskredite hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die im Haushaltsplan veranschlagten Kreditaufnahmen insb. aufgrund der restriktiven Bewirtschaftungspraxis nur in einem geringeren Umfang benötigt wurden. Gleichzeitig wurden die bestehenden Kredite im Rahmen der ordentlichen Tilgung abgebaut, so dass in den letzten Jahren eine kontinuierliche Entschuldung im Investivbereich festzustellen war.

Dessen ungeachtet verzeichnen die Investitionskredite im Haushaltsjahr 2018 eine Erhöhung um 14,3 Mio. EUR. Die Erhöhung ist auf die Deckung der Finanzierungsbedarfe für die zweite Zahlung (35,8 Mio. EUR) der DVV-Kapitalerhöhung zurückzuführen (vgl. DS 14-1012/13, DS 15-0505. Eine entsprechende Verbindlichkeit i.H.v. 176,2 Mio. EUR ggü. dem DVV-Konzern war bereits im Haushaltsjahr 2015 gebildet worden, siehe hierzu auch im Anhang zur Bilanz, Abschnitt „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“). Ohne diesen Sondereffekt, hätte sich das Volumen der Investitionskredite – ähnlich wie in den vergangenen Jahren – um rd. 21,5 Mio. EUR reduziert.

Im Folgejahr ist angesichts der weiteren fällig werdenden Raten der DVV-Kapitalerhöhung ebenfalls mit einer Ausweitung der Investitionskreditvolumina zu rechnen. Eine negative Nettoneuverschuldung (Schuldenabbau) ist somit nicht vor dem Haushaltsjahr 2020 zu erwarten.

Bei der Entwicklung der Liquiditätskredite war wie schon im Vorjahr eine Reduzierung festzustellen. Eigentlich als Instrument zur kurzzeitigen Überbrückung von Liquiditätsengpässen gedacht, erreichten sie aufgrund der langjährig defizitären Haushaltswirtschaft ein sehr hohes Volumen: Zwar gab es einen Rückgang um rd. 154,8 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr, das Volumen zum Stand 31.12.2018 beläuft sich allerdings immer noch auf rd. 1.347,4 Mio. EUR.

Entsprechend der Planungen des Haushaltssanierungsplanes müssten die Liquiditätskredite in den kommenden Jahren weiter abgebaut werden. Doch selbst die Planungen für das Jahr 2024 gehen noch von einem Bestand von rd. 1,2 Mrd. EUR aus.

Durch die niedrigen Kreditzinsen halten sich die Auswirkungen für den städtischen Haushalt derzeit noch in Grenzen. Auch die Investitionskredite profitieren vom niedrigen Zinsniveau, wenn auch durch die eher langfristige Orientierung nicht im selben Maße.

Es ist allerdings absehbar, dass dieser Zustand nicht von Dauer sein wird. Auch wenn zumindest die Leitzinsen der EZB in 2019 noch nicht angepasst wurden, kann zumindest mittelfristig ein Anstieg der Kurzfrist-Zinsen nicht ausgeschlossen werden.

Da auch langfristige Zinsbindungen (für Liquiditätskredite sind maximal 10 Jahre zulässig) zeitlich begrenzt sind, lassen sich die Risiken eines dauerhaften Zinsanstieges nicht absichern. Beispielsweise wird bei einem (gleichverteilten) rollierenden 10-Jahres-Portfolio jedes Jahr 1/10 der Kredite fällig. Die Zinssicherung erreicht insofern nicht mehr als eine „Glättung“ des Zinsanstiegs – auf Basis eines insgesamt höheren Zinsniveaus. Diese Wirtschaftlichkeitserwägungen müssen bei Zinssicherungsinstrumenten deshalb mit berücksichtigt werden.

### **c) Weitere Risiken**

Für alle vAB und die Kernverwaltung können sich aus verändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen Risiken ergeben. Dies gilt insbesondere für Regulierungsfragen im Bereich der Versorgung, Vergaben im Bereich der Verkehrsleistungen sowie den Anschluss- und Benutzungszwang im Bereich der Hausmüllsammlung.

Ein weiteres Risiko stellt das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW dar: Es ergeben sich höhere Aufwendungen im Vergabeprozess, gleichzeitig birgt die Komplexität der Vergaberegeln die Gefahr von Vorstößen und die damit verbundene Rückzahlung von Fördermitteln. Die demografische Entwicklung kann zudem mittelfristig dazu führen, dass benötigtes Fachpersonal innerhalb der Verwaltung nicht ausreichend vorhanden ist. Um dem gegenzusteuern, werden in allen Bereichen der Stadt Duisburg Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt.

Die DVV und ihre Tochtergesellschaften agieren an verschiedenen Märkten, die durch unterschiedliche Rahmenbedingungen geprägt werden.

Die traditionellen Geschäftsmodelle sind geprägt von Assets, Besitz von Erzeugungsanlagen, Netzinfrastruktur, Verkehrsinfrastruktur und Fahrzeugen. Dies wird auch weiterhin die Grundsäule der Geschäftsmodelle im DVV-Konzern bleiben. In der Energie- und Verkehrswelt von morgen werden jedoch Daten und Informationen zu einem immer wichtigeren Asset, um Produkte und Dienstleistungen noch besser an Kunden und ihren Bedürfnissen auszurichten.

Speziell für die DVV-Tochtergesellschaft Stadtwerke Duisburg AG (SWDU) als mittelgroßes Stadtwerk, die mit ihren Tochtergesellschaften die gesamte Wertschöpfungskette (Energieerzeugung – Energieverteilung – Energiehandel – Energievertrieb) der Energiewirtschaft abdeckt, haben die Rahmenbedingungen der Energiewende Einfluss auf die Ergebnisentwicklung.

Angesichts der Dynamik im Rahmen der Energiewende sind weitere Gesetzesänderungen und Markteingriffe in die Energiewirtschaft nicht auszuschließen - mit entsprechenden Chancen und Risiken aus künftigen Gesetzesänderungen.

Konzernübergreifend werden allgemeine finanzwirtschaftliche Risiken unterteilt in Liquiditäts-, Finanzierungs- und Zinsrisikomanagement. Durch die entsprechende Steuerung dieser Risiken soll negativen Tendenzen entgegengewirkt werden. Strategien sind zum Beispiel die Bildung einer operativen Liquiditätsreserve, Vorhaltung von Kredit-/Betriebsmittellinien, umfangreiche Kommunikation in Form von Berichten gegenüber den Finanzpartnern, Zins- und Schuldenmanagement unter Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit den Grundgeschäften.



Die politisch-/rechtlichen Rahmenbedingungen prägen die Entwicklung der DVG entscheidend. Existenzgrundlage bildet die Betrauung der DVG mit der Erbringung der Verkehrsleistung durch den Aufgabenträger Stadt Duisburg. Die bis zum Jahr 2019 geltende Betrauung der DVG durch den Aufgabenträger soll im Anschluss durch die Direktvergabe des Aufgabenträgers Stadt Duisburg gemäß EU-VO 1370/2007 abgelöst werden. Im Berichtsjahr endeten diverse Fristen, u.a. ist das vorgeschriebene Wartejahr nach Veröffentlichung der Vorabbekanntmachung im EU-Amtsblatt beendet. Insoweit wird nach entsprechenden Beschlüssen des Rates der Stadt die endgültige Vergabe mit einer Laufzeit von 22,5 Jahren ab dem 01.01.2020 erfolgen.

Im ÖPNV stehen zahlreiche Großprojekte in die Infrastruktur sowie Aufbau von Mobilität an, die nachhaltig die Attraktivität sowie Zukunftsfähigkeit des ÖPNV sichern sollen. Neben der Erneuerung des Zugsicherungssystems sind der Bau und die Erprobung der neuen Stadt-/Straßenbahnen eng zu begleiten.

Die WBD-AöR verfügt über ein umfassendes IT-gestütztes Risikomanagementsystem mit den Schwerpunkten Risikoidentifikation und Risikosteuerung. Infolge des OVG-Urteils zu preisrechtlich überhöhten Verbrennungsentgelten der GMVA und entsprechender deutlicher Reduzierung dieser Entgelte musste der Beteiligungswert der GMVA bei der WBD-AöR zum 31.12.2015 komplett abgeschrieben werden. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung der GMVA mit ihren Auswirkungen auf die WBD-AöR ist von der künftigen Entwicklung/Höhe preisrechtlich zulässiger Verbrennungsentgelte, welche die gerichtlichen Vorgaben berücksichtigen müssen, abhängig. Die Preisprüfungsstelle der Bezirksregierung Düsseldorf hat die Entgeltkalkulationen für die Jahre 2012 bis 2019 geprüft und zulässige Entgelte ermittelt. Auf dieser Basis hat die WBD-AöR für die Jahre 2012 bis 2017 bereits neue Abfallgebührenbescheide erlassen und Gebührenrückerstattungen veranlasst. Für die Jahre 2018 und 2019 konnten zulässige Entgelte bereits vor Erlass der entsprechenden Gebührenbescheide ermittelt und mit der Preisprüfungsstelle abgestimmt werden. Für das Jahr 2020 ist dieses Verfahren ebenfalls vorgesehen.

Der Wirtschaftsplan des IMD für das Geschäftsjahr 2019 schließt mit einem Überschuss i.H. von 0,5 Mio. EUR ab. Hinzuweisen ist auf die weitestgehend zeitlich parallelen Investitionsvorhaben der Förderprogramme KIDU, Gute Schule und KIDU Schule. Aufgrund der umzusetzenden Bauleistungen und des während der Programmlaufzeit erforderlichen Kapazitätsaufbaus im bautechnischen und verwaltenden Bereich sind Effekte auf den Wirtschaftsplan 2019 ff. im Wesentlichen auf die Vermögens- und Finanzanlage zu erwarten. Die Betriebsleitung sieht zurzeit keine wesentlichen Ergebnisunterschreitungen gegenüber dem Wirtschaftsplan. Abhängig ist die weitere wirtschaftliche Entwicklung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung gemäß Ausführung der Betriebsleitung von der Zinsentwicklung, der Aktivierungsquote (73 %) für Sanierungsmaßnahmen an Schulimmobilien und sonstigen Immobilienvermögen sowie der Weitergabe der Kostensteigerung im Bereich der Betriebskosten an die Nutzer.

Das wesentliche Geschäftsrisiko beim IMD liegt in der langfristigen Vermietbarkeit des Immobilienbestandes. Aufgrund der Mieterstruktur, welche überwiegend aus städtischen Dienststellen und Gesellschaften besteht, tritt ein nachfrageseitiges Ausfallrisiko in den Hintergrund. Die Erlöse sind über die vollständige Abbildung der Miet- und Betriebskostenzahlungen im Haushalt der Stadt Duisburg abgesichert. Bei einer Änderung des Nachfrageverhaltens der Stadt Duisburg bestünden aufgrund der eingeschränkten Drittverwertungsmöglichkeit eines Großteils des Bestandes - insbe-

sondere nicht marktgängige Spezialimmobilien wie Schulen und Kulturgebäude - allerdings Risiken hinsichtlich der nachhaltigen Ertragslage des Betriebes.

Darüber hinaus sind weitere Risiken, die den Bestand des IMD gefährden oder die vermögens-, Ertrags- und Finanzlage beeinträchtigen, nicht erkennbar.

Die seit Jahren positive Entwicklung der Betriebsergebnisse von DuisburgSport konnte auch im Jahre 2018 bestätigt werden. Der positive Trend setzt sich fort, da die Anstrengungen im Rahmen der Konsolidierung des Betriebsergebnisses durch zusätzliche Maßnahmen erfolgreich waren. Durch diverse Bundes- und Landesförderprogramme zur Verbesserung der sportlichen Infrastruktur wurden zudem Risiken, die mit dem Abbau des erheblichen Investitionsstaus einhergehen, deutlich minimiert. Es befinden sich wichtige Projekte zur Stabilisierung der Sportstadt Duisburg in der Ausführung. In 2018 konnten zudem die Sanierung des Bundes- und Leistungszentrums sowie Maßnahmen der Kommunalen Investitionsoffensive Duisburg (KIDU) abgeschlossen werden.

Zur Sicherung der langfristigen Ertragskraft beabsichtigt die GEBAG gesteigerte Investitionen in die Werterhaltung des Bestandes und die Errichtung von Neubauten. Ziel ist ein weiterer Abbau des Leerstandes und die Umsetzung von Quartierskonzepten. Als Risiken werden das derzeitige gesamtstädtische Überangebot an nicht zeitgemäßen Wohnungen und Mietausfallrisiken durch ein Absinken der Zahlungsfähigkeit in der Mieterstruktur gesehen. Allerdings werden Chancen wegen der Überhitzung der umliegenden A-Lagen wie z. B. in Düsseldorf gesehen.

Die Sparte Flächenentwicklung entwickelt sich zum zweiten Kerngeschäftsfeld. Aus den bestehenden Verträgen mit der Stadt Duisburg resultieren aufgrund der vollständigen Kostenübernahme keine wirtschaftlichen Risiken. Bei langjährigen Projekten auf eigener Rechnung besteht jedoch das Risiko sich verändernder Rahmenbedingungen. Daher bleibt die Entwicklung des Krieger-Geländes, welches als wichtiger Meilenstein für die weitere Stadtentwicklung Duisburgs in 2018 gekauft wurde, abzuwarten.

Das risikoträchtige Bauträgergeschäft befindet sich in der Abwicklung.

Der Immobilienfinanzierungsmarkt in Deutschland zeigte sich in 2018 ausgeglichen mit insgesamt guter Finanzierungsbereitschaft der Akteure. Die GEBAG konnte dieses gute Klima nutzen und ihre Position am Finanz- und Kapitalmarkt weiter stärken. Darlehen, welche vorwiegend zur Finanzierung von Investitionen in den Wohnungsbestand benötigt wurden, konnten problemlos und zu guten Konditionen aufgenommen werden. Finanzierungsrisiken bestehen für die GEBAG demnach nur im branchenüblichen, überschaubaren und gut beherrschbaren Rahmen.

Das Wilhelm Lehmbruck Museum wurde im Jahr 2000 in die Rechtsform einer Stiftung überführt, verbunden mit dem Ziel, aus den Erträgen des Stiftungsvermögens einen wesentlichen Teil der Betriebskosten decken zu können. Angesichts einer rückläufigen Zinsentwicklung ist dieses Ziel immer weniger zu erreichen, so dass sich die Ertragslage voraussichtlich vermindern wird.

Auf die Ausführungen im Lagebericht zum Jahresabschluss der Stadt Duisburg wird bezüglich ihrer Risiken verwiesen. Weitergehende Chancen und Risiken sind im Konzern aktuell nicht ersichtlich bzw. gehen nicht über das allgemeine wirtschaftliche

Risiko hinaus. Neben den operativen und strategischen Risiken, welche sich bei jeder vAB individuell ergeben, ist anzumerken, dass auf Konzernsicht fast alle Beteiligungen bei der Aufnahme von Investitionskrediten eine lange Zinsbindungsfrist anstreben.

## **E.    Ausblick und Prognose**

Während ein Überblick über die Ergebnisse des Gesamtabchlusses vergangenheitsbezogen ist, muss der Lagebericht auch auf die zukünftige Entwicklung des Konzerns eingehen.

Für die Kernverwaltung kann festgestellt werden, dass auch in den kommenden Jahren die Erreichung der Haushalts- und Stärkungspaktziele maßgeblich durch die Steuerentwicklung und die Entwicklung der Allgemeinen Finanzwirtschaft geprägt sein wird.

Angesichts der nach wie vor gewaltigen Schuldenlast kommt auch dem Zinsumfeld eine besondere Bedeutung zu. Bei einem Kassenkreditbestand von rd. 1,3 Mrd. EUR führt jeder Prozentpunkt mehr bei den Zinssätzen zu einem Mehraufwand von rd. 13 Mio. EUR. Derart hohe Altschulden stellen nicht nur eine Hypothek für Duisburgs Zukunft dar, sie gefährden auch massiv die Einhaltung des Konsolidierungskurses. Insgesamt besteht somit in den nächsten Jahren für das Gesamtergebnis ein Zinsänderungsrisiko, welches insbesondere durch die kurzen Laufzeiten von Liquiditätskrediten der Kernverwaltung begründet wird.

Eine deutliche Herausforderung besteht auch weiterhin durch die Entwicklung der Zuwanderung aus Südosteuropa und aus den Folgewirkungen der Zuweisung von Asylbewerbern. Während die Asylzuweisungen zwischenzeitlich stagnieren und für diese Leistungen eine pauschale Kostenerstattung je Asylbewerber zugesagt ist, stellen künftig insbesondere die städtischen Leistungen für anerkannte Flüchtlinge ein finanzielles Risiko dar, die lediglich für 2019 und 2020 durch die Integrationspauschale gemindert werden. Hieraus resultierende zusätzliche Anforderungen an die städtische Infrastruktur beispielsweise durch die Erweiterung von Schulen oder die Schaffung von neuen Kita-Plätzen dürfen hier ebenfalls nicht unerwähnt bleiben. Zwar können erforderliche Maßnahmen in die Infrastruktur zumindest anteilig aus Fördermitteln und der Schul-/Bildungspauschale finanziert werden, nicht gedeckt wird aber regelmäßig der mit der Umsetzung der Maßnahmen verbundene zusätzliche Personalaufwand. Mit Blick auf die Zielsetzung der im HSP beschlossenen Personalkonsolidierung werden hier derzeit Lösungswege erarbeitet.

Der Fokus bleibt auch Weiterhin auf dem Gelingen der Integration und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Verselbständigung der zugereisten Einwohner. Die Stadt Duisburg stellt sich diesen Herausforderungen auch unter Inanspruchnahme der hierfür relevanten Förderprogramme. Gleichwohl können die sich hieraus ergebenden Bedingungen nicht oder nur sehr bedingt beeinflusst werden. Neben den bereits ergriffenen Steuerungsmaßnahmen wird daher auch weiterhin im Einzelfall auf Entwicklungen zu reagieren sein.

Akteure in der kommunalen Daseinsvorsorge sowie in der Energiewirtschaft wie die DVV sehen sich einer Vielzahl von Umweltfaktoren wie regulatorischer, ökonomischer, politischer, gesellschaftlicher und technologischer Art gegenüber. Als Multi-

dienstleistungskonzern bündelt die DVV Leistungen ihrer Tochtergesellschaften in den Geschäftsfeldern Holding, Versorgung, Mobilität und Services.

Besonders der technische Fortschritt in den Bereichen Digitalisierung, Big Data etc. erzeugen hohen Veränderungsdruck auf die traditionellen Geschäftsmodelle. Ein weiterer Innovations-schub begründet sich in den ökologisch/politischen Faktoren wie der Abkehr von der Kernenergie oder der angestrebten Reduktion der Treibhausgase, u. a. durch Dekarbonisierung. Letzteres kann einerseits durch eine Erhöhung der Energieeffizienz sowohl bei der Erzeugung als auch beim Energieverbrauch, andererseits durch den Einsatz umweltfreundlicher regenerativer Energien generiert werden.

Nach dem erfolgreichen Verlauf des Restrukturierungsprogramms RePower sieht die DVV die Entwicklung jedoch nicht nur als Bedrohung an, sondern auch zunehmend als Chance. Die traditionellen Geschäftsmodelle sind geprägt von Assets, Besitz von Erzeugungsanlagen, Netzinfrastruktur, Verkehrsinfrastruktur und Fahrzeugen. Dies wird auch weiterhin die Grundsäule der Geschäftsmodelle im DVV-Konzern bleiben. In der Energie- und Verkehrswelt von morgen werden jedoch Daten und Informationen zu einem immer wichtigeren Asset, um Produkte und Dienstleistungen noch besser an Kunden und ihren Bedürfnissen auszurichten.

Für den DVV-Konzern sind Veränderungen aufgrund dieser Entwicklungen auf allen Ebenen spürbar. Sie werden in den nächsten zehn Jahren einen radikaleren Wandel herbeiführen, als dies in den vergangenen 60 Jahren geschehen ist. Als Auswirkung bedeutet dies, dass das Geschäft zukünftig an vielen Stellen kleinteiliger wird. Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung ist die Fähigkeit schnell und flexibel auf sich ändernde Marktbedingungen zu reagieren und die Neuausrichtung der Organisation. Ziel ist daher eine stetige Veränderung, bei der sich die Organisation und die Mitarbeiter Schritt für Schritt auf die neue Welt ausrichten.

Allerdings bietet das Umfeld von Stadtwerken strategisch zahlreiche Chancen im Zusammenhang mit der Herausforderung, die Energiewende auf kommunaler Ebene durch Vernetzung und intelligente Steuerung zu erreichen. So ergeben sich für Stadtwerke neue Kooperationsfelder im Rahmen von Mobilitätskonzepten im ÖPNV oder in der Quartiersentwicklung. Insbesondere mit der wachsenden Bedeutung von alternativen Antriebstechnologien, wie etwa Elektromobilität, ergeben sich über die Wertschöpfungsstufen hinweg neue Geschäftsfeldoptionen.

Mittels diverser Infrastrukturprojekte, sowohl im Energie- als auch ÖPNV-Sektor, wird das städtische Profil wesentlich durch die DVV geprägt. Von einem nachhaltigen Geschäftsverlauf der DVV profitieren daher unmittelbar die Stadt Duisburg und deren Bürger.

Die WBD-AöR plant für das Jahr 2020 einen Jahresüberschuss von 13,469 Mio. EUR. Auch für die künftigen Wirtschaftsjahre kann nach heutigem Kenntnisstand gemäß der Mittelfristplanung der WBD-AöR mit weiteren nennenswerten Jahresüberschüssen der Anstalt gerechnet werden.

Für das Geschäftsjahr 2019 ist zu erwarten, dass das IMD weiterhin von dem insgesamt noch niedrigen Zinsniveau profitieren kann, soweit dies die bestehenden Verträge mit der Kernverwaltung zulassen. Vertragsgemäß ist ein Teil der Zinseinsparung an die Kernverwaltung weiterzugeben.

In der Ergebnisplanung für 2019 steht einem Umsatzvolumen von 184,9 Mio. €, bei einer Gesamtleistung von 193,5 Mio. €, ein Gesamtaufwand unter Einbeziehung der Zinserstattung an die Kernverwaltung der Stadt in Höhe von 193,0 Mio. € gegenüber.

Hierbei sind u. a. Maßnahmen aus den Förderprogrammen „Gute Schule 2020“ „KIDU“ und „KIDU Schule“ berücksichtigt, die wiederum für die folgenden Schwerpunkte gebildet werden:

- Komplettsanierung von Gebäuden
- Austausch der Ver- und ggf. Entsorgungsleitungen sowie in der sanitären Ausstattung
- Anpassung an den Vorgaben zur Einhaltung der Barrierefreiheit
- Herrichtung und Neuaufbau der Außensportanlagen

Deren Verlauf bleibt abzuwarten.

Auf der Grundlage der Planung wird für das Jahr 2020 ein Defizit in Höhe von 7,1 Mio. EUR erwartet. Ursache hierfür sind insbesondere steigende Abschreibungen aufgrund der erhöhten Investitionstätigkeiten bei gleichzeitig stagnierenden Mieterlösen sowie erhöhte Anstrengungen zur erforderlichen Substanzerhaltung städtischer Immobilien wegen bestehender Eigentümerpflichten und Betreiberverantwortung. Aufgrund der derzeit sehr guten Eigenkapitalausstattung des IMD ist ein grundsätzlich zu vermeidender Verlustausweis im Hinblick auf das Risiko einer NKF-Bilanzkorrektur des Beteiligungsbuchwertes unkritisch zu sehen.

In 2018 wurde PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsberatungsgesellschaft (PwC) beauftragt ein Fachgutachten „Analyse des Reorganisationsbedarfs des IMD und Ableitung von Maßnahmen für eine Restrukturierung der Immobilienwirtschaft in Duisburg“ zu erstellen. Mit Konzentration auf die Kernkompetenzen soll zukünftig sichergestellt werden, dass das IMD sich auf die Gewährleistung des Betriebs, der Instandhaltung und Sanierung der Bestandsimmobilien sowie die Umsetzung der Sonderinvestitionsprogramme fokussieren kann. Beispielhaft für eine wesentliche Veränderung ist hier die Teilrückführung von Aufgaben in die Kernverwaltung (Liegenschaftsmanagement, Elektroprüfgruppe, Cafeteria, Pforte, Verwaltungshausmeister). Eine erste Evaluierung des sich daraus ergebenden Restrukturierungsprozesses ist auf Empfehlung von PwC für Ende 2020 vorgesehen.

DuisburgSport hat in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Konsolidierungsmaßnahmen erfolgreich umsetzen können. Als Folge dieser Konsolidierung ist das Ziel, die Ausweisung einer schwarzen Null erreicht worden. Dokumentiert wird dies insbesondere durch die Jahresabschlüsse der vergangenen 4 Jahre, die jeweils, wenn auch nur geringe, Überschüsse auswiesen. Gemäß der Mittelfristplanung setzt sich der positive Trend fort. Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung von Verlusten werden in die Wege geleitet, soweit jeweils erkennbar wird, dass von dem vorrangigen Ziel (Ausweis mindestens einer schwarzen Null) negativ abgewichen werden müsste.

Die Geschäftstätigkeit der GEBAG konzentriert sich aktuell und in Zukunft auf ihr beiden Kerngeschäftsfelder Bestandsbewirtschaftung und Wohnbauflächenentwicklung. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 wurden keine wesentlichen Risiken registriert, die den Fortbestand der GEBAG gefährden

könnten. Das Jahresergebnis sowie die weiteren bilanziellen Kennzahlen des Geschäftsjahres 2018 verdeutlichen die nun seit Jahren anhaltende positive Entwicklung der GEBAG. Es werden konstante Jahresüberschüsse erwirtschaftet, die das Unternehmen zur Stärkung des Eigenkapitals einbehält. Die positive Ergebnisentwicklung hat dazu geführt, dass die Eigenkapitalquote zum 31.12.2018 auf 10,1 % gestiegen ist. Im Branchenvergleich ist dies allerdings immer noch eine geringe Quote. Auch für die Wirtschaftsjahre ab 2019 erwartet die GEBAG positive Jahresergebnisse, die zu einer weiteren Verbesserung der Eigenkapitalquote führen. In der Konzernbetrachtung leisten die Gewinne der GEBAG einen positiven Beitrag zum Gesamtergebnis.

Die Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum setzt angesichts einer schwierigen Finanzmarktlage und einem hohem Kostendruck auf das Ausschöpfen von Ertragschancen. Es wird eine intensive Akquise von Förder- und Spendengeldern betrieben. Die Stiftung sieht sich indessen mit einer anhaltend schwierigen Finanzmarktlage und einer rückläufigen Zinsentwicklung im Stiftungsfonds konfrontiert, die die Ertragslage in den kommenden Jahren vermutlich vermindern wird. Auf Basis der Prognosen könnte die Stiftung zukünftig negative Jahresergebnisse aufweisen. Gemäß der Mittelfristplanung sind – unter Berücksichtigung unveränderter städtischer Zuschüsse – Jahresfehlbeträge nicht ausgeschlossen.

Eine Gesamtentwicklung für einen kommunalen Konzern zu prognostizieren, birgt gegenüber einem privaten Konzern gewisse Besonderheiten. Hier sind zum einen die sehr unterschiedlichen Geschäftsfelder zu nennen. Darüber hinaus ist ein Großteil des kommunalen Konzerns durch Daseinsvorsorge und Pflichtaufgaben in seiner Selbstbestimmung eingeschränkt.

Weiterhin wird die Erreichung der Haushalts- und Stärkungspaktziele eine Herausforderung für die Kernverwaltung und die vAB darstellen. Besonders die Steuerentwicklung hat darauf maßgeblichen Einfluss. Verschlechterungen müssen weiterhin kompensiert werden. Die restriktive Haushalts- und Wirtschaftsführung wird deshalb auch zukünftig alle anderen Entwicklungen dominieren. Nur wenn es gelingt, den positiven Weg weiter beizubehalten, kann Duisburg mittel- bis langfristig die finanzielle Autonomie behalten.

## **F. Kennzahlen**

Im Folgenden sind diejenigen Kennzahlen aus dem NKF-Kennzahlenset, die sich nach Auffassung der GPA auf den Gesamtabschluss übertragen lassen, aufgeführt.

### **a) Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation**

#### **Aufwandsdeckungsgrad (ADG)**

Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

Formel:

$$\text{Aufwandsdeckungsgrad} = \frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \mathbf{104,25 \%} \text{ (Vj 104,06 \%)}$$

**Eigenkapitalquote 1 (EkQ1) <sup>1</sup>**

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 1“ misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Gesamtbilanz.

Formel:

$$\text{Eigenkapitalquote 1} = \frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = \mathbf{2,22 \%} \text{ (Vj. 2,19 \%)}$$

**Eigenkapitalquote 2 (EkQ2)**

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2“ misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Gesamtbilanz. Weil die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert.

Formel:

$$\text{Eigenkapitalquote 2} = \frac{(\text{Eigenkapital} + \text{SoPo Zuwendungen/Beiträge}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = \mathbf{25,41 \%} \text{ (Vj. 25,64 \%)}$$

**Fehlbetragsquote (FbQ)**

Diese Kennzahl gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil. Da Sonderrücklagen hier jedoch unberücksichtigt bleiben müssen, bezieht die Kennzahl ausschließlich die Ausgleichsrücklage und die allgemeine Rücklage ein. Zur Ermittlung der Quote wird das negative Jahresergebnis (Summe aus ordentlichem Ergebnis und außerordentlichem Ergebnis) ins Verhältnis zu diesen beiden Bilanzposten gesetzt. Da Ausgleichs- sowie allgemeine Rücklage aufgezehrt ist, ist die Berechnung der Kennzahl nicht möglich.

Formel:

$$\text{Fehlbetragsquote} = \frac{\text{Negatives Jahresergebnis} \times (-100)}{\text{Ausgleichsrücklage} + \text{Allgem. Rücklage}} = \mathbf{n.n.} \text{ (Vj. n.n.)}$$

<sup>1</sup> Es wird hier zwar eine Eigenkapitalquote ausgewiesen, jedoch ist zu beachten, dass das Eigenkapital im Gesamtabchluss 2016 vollständig aufgezehrt ist (es entsteht ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag auf der Aktivseite der Bilanz). Lediglich die Sonderrücklage sowie der Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter bleiben unter dem Eigenkapital bestehen und fließen in die Berechnung der Kennzahl mit ein.

## **b) Kennzahlen zur Vermögenslage**

### **Infrastrukturquote (IsQ)**

Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie soll Aufschluss darüber geben, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde und ihrer vAB entspricht.

Formel:

$$\text{Infrastrukturquote} = \frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = \mathbf{44,34 \%} \text{ (Vj. 44,65 \%)}$$

### **Abschreibungsintensität (Abl)**

Die Abschreibungsintensität zeigt an, welchen Anteil die Abnutzung des Anlagevermögens an den ordentlichen Aufwendungen beansprucht.

Formel:

$$\begin{aligned} \text{Abschreibungsintensität} &= \frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen Anlagevermögen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} \\ &= \mathbf{6,71 \%} \text{ (Vj. 8,54 \%)} \end{aligned}$$

### **Anlagendeckungsgrad 2 (AnD2)**

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ gibt an, wie viel v. H. des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

Formel:

$$\begin{aligned} \text{Anlagendeckungsgrad 2} &= \frac{(\text{Eigenkapital} + \text{SoPo Zuwendungen} / \text{Beiträge} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}} \\ &= \mathbf{59,53 \%} \text{ (Vj. 59,62 \%)} \end{aligned}$$



**Kurzfristige Verbindlichkeitsquote (KVbQ)**

Wie hoch die Gesamtbilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl „Kurzfristige Verbindlichkeitsquote“ beurteilt werden.

Formel:

$$\begin{aligned} \text{Kurzfristige Verbindlichkeitsquote} &= \frac{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} \\ &= \mathbf{23,93 \%} \text{ (Vj. 24,90 \%)} \end{aligned}$$

**Zinslastquote (ZIQ)**

Die Zinslastquote soll aufzeigen, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Formel:

$$\text{Zinslastquote} = \frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \mathbf{1,84 \%} \text{ (Vj. 2,07 \%)}$$

**Zuwendungsquote (ZwQ)**

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde und ihre vAB von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Formel:

$$\text{Zuwendungsquote} = \frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}} = \mathbf{21,76 \%} \text{ (Vj. 23,36 \%)}$$

**Personalintensität (PI)**

Die „Personalintensität“ gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Formel:

$$\text{Personalintensität} = \frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \mathbf{21,51 \%} \text{ (Vj. 21,54 \%)}$$

### **Sach- und Dienstleistungsintensität (SDI)**

Die Kennzahl „Sach- und Dienstleistungsintensität“ lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich die Gemeinde und ihre vAB für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Formel:

$$\begin{aligned} \text{Sach- und Dienstleistungsintensität} &= \frac{\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} \\ &= \mathbf{44,51 \%} \text{ (Vj. 41,16 \%)} \end{aligned}$$

## Anlage

### Wesentliche Veränderungen und Entwicklungen der Beteiligungen in 2018 auf einen Blick

Beteiligung	Veränderungen und Entwicklungen
GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH	<p>Erwerb von Anteilen an der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH in Höhe von 9.720 EUR oder 3,74 %.</p> <p>Die Haus Ruhrort II Verwaltungs- und Vermietungsgesellschaft mbH &amp; Co. Grundstücks-KG ist seit dem 07.03.2018 im Liquidationsverfahren.</p>
Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH	<p>Gründung der ID Quadrat Verwaltungsgesellschaft mbH (Komplementärin) und der Innovative Immobilien Duisburg Düsseldorf ID Quadrat GmbH &amp; Co. KG (Kommanditistin) mit jeweils 50 % der Anteile.</p> <p>Erwerb der städtischen Aktien an der Zoo Duisburg AG, der Anteil beträgt 72,86 %</p>
Stadtwerke Duisburg AG	<p>Erwerb der restlichen 50 % der Anteile an der rhein ruhr partner Gesellschaft für Messdienstleistungen mbH durch die Netze Duisburg GmbH</p> <p>Erwerb weiterer 5 % der Anteile der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH</p> <p>Die strasserauf GmbH i. L. befindet sich in Liquidation.</p>
Duisburger Hafen AG	<p>Neuordnung der Beteiligungsverhältnisse im Verpackungsbe- reich mit der Verschmelzung der omnipack GmbH auf die dpl Weinzierl Verpackungen GmbH sowie der Änderung der Ge- sellschaftsanteile der dpl Weinzierl Verpackungen GmbH, der Weinzierl Beteiligungs-GmbH und der Holz Weinzierl Fertigung- en GmbH Co. &amp; KG</p> <p>Beteiligung an der Great Stone Industrial- und Logistik Park, Minsk, in Höhe von 0,66 %</p>